Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100,— M., durch die Post bezogen monatlich 100,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180,— M. Einzelnummer 5,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 3 M.

Nr. 204 | Dresden, Freitag den 1. September 1922 | 33. Jahrg.

Die verschobene Entscheidung

Moratorium-Ersatz — Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland

Gestern abend hat die Reparationskommission über das deutsche Stundungsgesuch beschlossen. Sie ist aber einer klaren Entscheidung über das deutsche Stundungsgesuch aus dem Wege gegangen. Die Reparationskommission hat sich nicht dazu aufschwingen können, ein Moratorium für Deutschland offen zu beschließen. Aber sie ist offenbar davon überzeugt, daß Deutschland zur Zahlung seiner Reparationsverpflichtungen auch beim besten Willen nicht imstande ist, und sie hat deshalb die Entscheidung über das deutsche Stundungsgesuch verschoben.

Eine Konzession an Herrn Poincaré ist es wohl, wenn sich die Reparationskommission bei ihrer Entschließung wieder mit den deutschen Finanzen beschäftigt. Von Deutschland wird gefordert, es sollte der Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen fertiggestellt werden, der ein Gleichgewicht des deutschen Budgets und der Anleihen zur Konsolidierung der Finanzlage vorsieht und außerdem eventuell die Herabsetzung der auswärtigen Schuldenlasten Deutschlands in dem Maße, wie es für eine Wiederherstellung des deutschen Kredits notwendig sei, vorausgesetzt, daß die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen ihre Zustimmung gegeben haben. Man kann annehmen, daß dieser erste Teil des Beschlusses der Reparationskommission eine Dekoration ist, denn darüber dürften sich die Herren von der Reparationskommission endlich klar geworden sein, daß eine Ordnung der Finanzlage Deutschlands und eine Reform der deutschen Währung nur dann möglich ist, wenn vorher eine brauchbare Lösung des Reparationsproblems erfolgt ist.

Praktisch wichtiger ist der zweite Abschnitt der Entschließung, der, trotz der formellen Ablehnung des Moratoriums, der von der Reparationskommission anerkannten Tatsache Rechnung trägt, daß Deutschland die nächste Raten für die Wiedergutmachung unter keinen Umständen zahlen kann. Statt der Barzahlungen, die am 15. August und 15. September und eventuell auch diejenigen, die zwischen dem 15. Oktober und 15. Dezember fällig sind, sollen deutsche Schatzbons mit sechsmonatiger Laufzeit angenommen werden. Ueber die Frage der Garantien für diese Schatzbons soll Deutschland mit Belgien, das die nächsten Barzahlungen zu erhalten hat, verhandeln. Kommen keine Vereinbarungen zustande, so soll Deutschland Gold hinterlegen. Die Reparationskommission hat die Entscheidung über die Frage der Garantien, über die in der letzten Zeit so viel gestritten worden ist, nun Belgien zugeschoben. Gelingt eine Einigung zwischen Deutschland und Belgien, so bedeutet das praktisch eine Atempause für einige Monate für Deutschland, eine Atempause, die freilich viel zu kurz ist und durch deren Gewährung wir einer befriedigenden Lösung des Reparationsproblems noch nicht näher gekommen sind. Kommt die Zeit heran, zu der Deutschland die Bons einlösen muß, so werden sich, wenn wir inzwischen mit der Lösung des Reparationsproblems nicht vorwärts gekommen sind, für Deutschland erhöhte, völlig unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Man kann aber wohl damit rechnen, daß bis zum Ablauf der Frist, die durch den Beschluß der Reparationskommission gegeben ist, neue Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage stattfinden werden.

Der Beschluß der Reparationskommission läßt die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß wir vorläufig von militärischen Sanktionen Frankreichs verschont bleiben. Die Resolution ist einstimmig, also auch mit Zustimmung des französischen Vertreters gefaßt und das läßt darauf schließen, daß die maßgebenden Kreise in Frankreich zur Zeit nicht den Mut haben, die Krise auf die Spitze zu treiben. Vielleicht hat Keynes nicht Unrecht, der in seiner Hamburger Rede meinte, Poincarés scharfe Reden seien nur bestimmt, die Tatsache zu verhüllen, daß Poincaré nicht den Mut hat, auch zu scharfen Maßnahmen zu greifen.

Die Entschließung in Paris läßt die Möglichkeit offen, daß zunächst Deutschlands Lasten vorübergehend etwas erleichtert werden. An der so überaus schweren Lage Deutschlands wird für die Dauer auch dann nichts geändert, wenn eine Vereinbarung mit Belgien zustande kommt. Deswegen ist es dringend notwendig, daß wir in Deutschland selber alles tun, was wir können, um unsre wirtschaftliche Lage zu bessern. Dazu ist vor allem notwendig, daß der überflüssige Konsum in Deutschland vermindert wird.

Es darf freilich nicht dabei bleiben, daß man von einer Einschränkung des Luxuskonsums spricht, sondern es müssen auch wirklich durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um den der Volkswirtschaft schädlichen Verbrauch zu drosseln. Auch in Leitsätzen, die von dem wirtschaftlichen und reparationspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates am 29. August angenommen wurden, wird die Forderung aufgestellt, daß dem überflüssigen Luxuskonsum mit den schärfsten Mitteln entgegengetreten wird. Es wird da unter anderm verlangt, daß der Ausschank von Schnaps und Champagner verboten und die hohe Zahl von Likörstuben, Bars, Dielen und Schlemmergoststuben durch entsprechende Besteuerung und durch scharfe Handhabung der Konzessionserteilung und Entziehung, eventuell auch durch Verbotsbestimmungen herabgedrückt werde.

Es wäre sehr notwendig, daß wirklich nach diesen Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates gehandelt wird und daß man sich nicht durch das Geschreider bedrohten Interessenten von durchgreifenden Maßnahmen abhalten läßt. In der Resolution des Reichswirtschaftsrates ist u. a. davon die Rede, daß aus der Zuckerernte zunächst der Bedarf von Verbrauchszucker im Haushalt gedeckt werden müsse, ehe gestattet wird, Zucker zu Likör, Konfitüren- und Schokoladenfabrikation zu verwenden. Es hätte ausgesprochen werden müssen, daß zur Fabrikation von Likören überhaupt kein Zucker verwendet werden darf, weder Inland- noch Auslandzucker. Die Lage Deutschlands ist wirklich ernst genug und wird es noch lange Zeit bleiben. Wir dürfen uns jetzt nicht mehr mit halben Maßnahmen begnügen. Wenn dem deutschen Volke geholfen werden soll, so muß man den Mut haben, durchzugreifen.

Die Entschließung der Reparationskommission

Paris, 31. August. Frankreich und Belgien stimmten in der Reparationskommission gegen die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland, England stimmte dafür, Italien enthielt sich der Abstimmung.

Paris, 31. August. Nach dem gemeldeten Beschluß über das Moratoriumsgesuch Deutschlands nahm die Reparationskommission einstimmig folgende Entschließung an:

Die Reparationskommission beschließt über das neue Moratoriumsgesuch vom 12. Juli 1922, berücksichtigt dabei, daß Deutschland jeden Kredit nach innen und außen verloren hat und daß die Mark auf ein Dreihundertstel ihres Wertes gefallen ist und entscheidet:

I.

Die Reparationskommission verschiebt den Beschluß über das Gesuch, wie es von Deutschland gestellt worden ist, bis sie den Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt hat, der folgendes vorsieht:

a) Gleichgewicht des Budgets,

b) für den Fall, daß die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen vorher ihre Zustimmung gegeben haben, die etwaige Herabsetzung der auswärtigen Schuldenlasten Deutschlands in dem Maße wie eine solche Herabsetzung als für die Wiederherstellung seines Kredites notwendig erachtet werden würde,

c) Währungsreformen,

d) Aufnahme äußerer und innerer Anleihen unter Berücksichtigung der Konsolidierung der finanziellen Lage.

II.

Um für die Vorbereitung und Durchführung der in dem vorerwähnten § 1 angekündigten Maßnahmen die notwendige Zeit zu schaffen, wird die Reparationskommission als Begleichung der Barzahlungen, die am 15. August und 15. September 1922 fällig sind, und falls nicht in der Zwischenzeit andre Vereinbarungen getroffen worden sind, als Begleichung der darauf folgenden Barzahlungen, die zwischen dem 15. Oktober und dem 15. Dezember 1922 fällig werden,

deutsche Schatzbons mit sechsmonatiger Laufzeit, zahlbar in Gold, annehmen, Bons, die mit Garantien ausgestattet sind, über die die deutsche Regierung und die belgische Regierung, für die die Barzahlungen bestimmt sind, sich einigen werden,

und, falls keine derartige Vereinbarung zustande kommt, garantiert werden durch Deponierung von Gold bei einer auswärtigen Bank, zu deren Wahl Belgien seine Zustimmung gibt.

Nicht genug Papiergeld

Wie aus Berlin gemeldet wird, kam es in Berliner Großbanken vielfach zu peinlichen Auftritten, weil die Beamten sich außerstande erklärten, den Geschäftsleuten Papiergeld im erforderlichen Umfange zur Verfügung zu stellen. Die Reichsbank hat angeblich nicht genügend Papiergeld ausgegeben. Auch hier in Dresden macht sich die Knappheit an Umlaufsmitteln in empfindlicher Weise bemerkbar. In vielen Betrieben können die Löhne und Gehälter nicht ausgezahlt werden.

In einem Inserat der Dresdner Banken und Bankfirmen wird unter anderm behauptet, daß die Reichsbank auch infolge der Nachwirkungen des kürzlichen Buchdruckerstreiks zur Zeit nicht in der Lage sei, die erforderlichen Barmittel den Geldinstituten zur Verfügung zu stellen. In Wirklichkeit ist die Ursache der Geldknappheit vor allem in dem schnellen Steigen aller Preise und Löhne zu suchen, das die Folge des Marksturzes der letzten Wochen war.

Der Berliner Buchdruckerstreik, der die Notenpresse vorübergehend lahmlegte, kann nur eine nebensächliche Rolle spielen. Die Notenpresse kommt nicht mehr mit, um den gewaltig gestiegenen Bedarf der Volkswirtschaft an papiernen Zahlungsmitteln zu decken. Für die Arbeiter und Angestellten aber ist es auf jeden Fall unerträglich, daß sie in der gegenwärtigen Zeit ihre Löhne nicht rechtzeitig erhalten, und es muß unter allen Umständen sofort Abhilfe geschaffen werden.

Einigungsverhandlungen

Gemeinsamer Parteitag in Nürnberg?

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind in gutem Fortgang begriffen. Es wurde bereits bekanntgegeben, daß die beiden Parteivorstände schon vor mehreren Tagen den Beschluß faßten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das am 3. September beraten werden soll. Nunmehr haben sich die unabhängigen Sozialdemokraten entschlossen, mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihren Parteitag, der ursprünglich auf den 1. Oktober angesetzt war, auf den 20. September vorzuverlegen. Der unabhängige Parteitag findet in Gera statt; auf seiner Tagesordnung steht hinter dem Geschäftsbericht und dem Bericht der Reichstagsfraktion als besonderer Punkt „Einigung des Proletariats". Referenten sind Crispien und Ledebour. Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt, die ursprünglichen Wahltermine werden beibehalten.

Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinstimmenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag den 24. September eine gemeinsame Tagung beider Parteien stattfindet, als deren Ort Nürnberg in Aussicht genommen ist.

•

Zur Begründung für die frühere Einberufung des Unabhängigen Parteitages schreibt die Freiheit:

Ein Hinausschieben der Parteitage auf einen späteren Termin war auch aus politischen Gründen nicht angängig. Schon der ursprünglich vorgesehene 1. Oktober als Beginn des Parteitages unsrer Partei erwies sich als ein zu später Termin, denn bereits am 27. September tritt der preußische Landtag zusammen; außerdem muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß der Reichstag ebenfalls in dieser Zeit mit seinen Verhandlungen beginnt, und endlich stehen in Sachsen Landtagswahlen und in verschiedenen andern Ländern Gemeindewahlen bevor.

Wenn die sozialistischen Parteien sich mit der nötigen Aktivität an der Erledigung dieser politischen Aufgaben beteiligen wollen, so müssen alle parteipolitischen, parteitaktischen und parteiorganisatorischen Fragen vor den letzten Septembertagen geklärt sein. Dazu gehört auch die Klärung der Einigungsfrage des sozialistischen Proletariats. Es ergab sich aus allen diesen Gründen die politische Notwendigkeit, den Beginn unsers Parteitages vom 1. Oktober auf den 20. September vorzuverlegen.

Was noch vor wenigen Monaten, ja Wochen, wie ein ferner Traum erschien, soll noch in diesem Monat Wirklichkeit werden. Eine gemeinsame Tagung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten! Ein Aufatmen geht durch das deutsche, geht durch das Weltproletariat. Ein erlösender Jubelschrei aus tiefster Brust, ein Jubelschrei von Millionen! Auch wir, die wir seit Jahren für die Einigung gewirkt und gearbeitet haben, die wir die Einigung kommen sahen, weil sie kommen mußte, als geschichtliche Notwendigkeit, freuen uns der raschen Entwicklung, die sich — allen Pessimisten und Mießmachern zum Trotz! — vollzieht!

Gerade wir Mehrheitssozialisten in Sachsen haben immer und immer wieder zur Einigung gedrängt. Haben wir doch in Sachsen wie in den andern mitteldeutschen Staaten mit sozialistischen Mehrheiten längst erkannt, daß in allen praktischen Fragen zwischen S. P. D. und U. S. P. nicht größere Meinungsverschiedenheiten bestanden, als sie auch innerhalb einer Partei in der Regel vorhanden sind. Und wir begrüßen es, daß die Führer der U. S. P. sich entschlossen über die Bedenken eines Teiles ihrer Parteimitglieder hinweggesetzt haben und gerade im Hinblick auf die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen die Notwendigkeit erkannten, die kommenden Kämpfe mit möglichster Geschlossenheit durchzuführen.

Die Not von innen, die Gefahr von draußen hämmern Erkenntnis in die proletarischen Hirne, führten die sozialistischen Parteien zusammen, werden auch die Zögernden mit sich reißen und die Reihen des sozialistischen Proletariats zusammenschweißen!

Geeinigt werden wir mit verjüngter und verdoppelter Kraft an die gewaltigen Aufgaben herangehen, die in der nahen Gegenwart von uns gelöst werden müssen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gegen das Währungselend

Der wirtschaftspolitische und der reparationspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben am 29. August in einer gemeinsamen Sitzung eine Entschließung betreffend die Ursachen und Folgen des Verfalls der deutschen Währung und die zu seiner Bekämpfung anzuwendenden Mittel einstimmig angenommen.

Die Resolution stellt fest, daß die Hauptursache des Zusammenbruchs der Markwährung die immer wieder erneute Verzögerung einer der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angemessenen Regelung der Reparationsfrage ist. Vorbedingung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Markkurses sei der Aufschub der Barzahlungen und die Anpassung der Menge und Art der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Zahlungsbilanz. Zur Sanierung durch eine Anleihe sei nicht nur bloß Nachsicht bei Erzwingung der Verpflichtungen, sondern eine Aenderung der Gesamtverpflichtungen, eine endgültige Lösung des Reparations- und des deutschen Währungsproblems erforderlich.

Im einzelnen stellt die Resolution für die inneren Maßnahmen der Abhilfe und Abwehr die folgenden Richtlinien auf:

Für die Volksernährung

Im kommenden Winter bedeutet der Währungsverfall eine große Gefahr. Die in diesem Jahre geringere Getreideernte macht erhöhte Zufuhren aus dem Auslande notwendig. Ob eine bessere Kartoffelernte einen Ausgleich für den Ausfall an Getreide bieten wird, läßt sich bei der unbestimmten Wetterlage noch nicht voraussehen. Ein erheblicher Rückgang der Schweinezucht beeinträchtigt die Fleisch- und Fettversorgung. Bei dem augenblicklichen, durchschnittlich unter den Gewohnheiten der Vorkriegszeit stehenden Ernährungszustand des deutschen Volkes lassen sich nennenswerte Ersparnisse durch Verbrauchseinschränkungen nicht erzielen. Für die nötigen Nahrungsmitteleinfuhren sind die Devisen daher zu sichern, daneben ist der Verwendung der heimischen Ernte die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Als die Deckung des Bedarfs und die zweckmäßigste Verwendung der Ernte fördernde Maßnahmen werden beispielsweise empfohlen: Unterstützung der Bestrebungen, durch Lieferungsverträge zwischen Erzeugern und unmittelbaren Verbrauchern sowie deren Organisationen, die Kartoffelversorgung zu erleichtern und zu verbilligen. — Fernhalten aller überflüssigen Zwischenglieder, wie der Aufkäufer von Gemeinden, Werken und Betriebsräte, vom Kartoffelmarkt — Einwirkung auf die Gemeinden, damit sie Massenspeiseeinrichtungen vorbereiten — Einfuhr von Gefrierfleisch — Prüfung der Frage, ob eine höhere Ausmahlung des eingeführten Getreides vorzuschreiben ist — Ergreifen aller Maßnahmen, die der zum Herbste drohenden Transportkrisis mit ihren katastrophalen Folgen für unsre Kohlen- und Lebensmittelversorgung entgegenwirken. — Für besonders gefährdete Bevölkerungsschichten, wie Sozialrentner und dergleichen, sind Sondervergünstigungen zu gewähren.

Der Verbrauch ist so zu beeinflussen, daß weniger lebensnotwendige oder gar überflüssige Verwendungszwecke erst Berücksichtigung finden, wenn die elementaren Bedürfnisse befriedigt sind. Zu Speisezwecken verwendbare Kartoffeln sollen erst zu Spiritus verbrannt werden, wenn für die menschliche Ernährung genügend Kartoffeln gesichert sind; aus der Zuckerernte ist zunächst der Bedarf von Mund- und Verbrauchszucker im Haushalt zu decken, ehe gestattet wird, Zucker zur Likör-, Konfitüren- und Schokoladefabrikation zu verwenden. Mit den schärfsten Mitteln ist

aller überflüssige Luxuskonsum,

der in Zeiten, wie den gegenwärtigen, die Volksstimmung verdirbt, die Volksmoral gefährdet und im Aus- und Inlande ein falsches Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und den Entbehrungen der großen Masse des deutschen Volkes gibt, zu unterdrücken. Der Ausschank von Schnaps und Champagner in öffentlichen Lokalen sollte sofort verboten werden. Die beschämend hohe Zahl der Likörstuben, Bars, Dielen und Schlemmergaststätten ist durch zweckentsprechende Besteuerung, durch schärfere Handhabung der Konzessionserteilung und -entziehung, gegebenenfalls auch durch Verbotsbestimmungen herabzudrücken. Sollten die örtlichen Behörden hierbei versagen, so haben die zentralen Organe entsprechende Anordnungen zu treffen.

Bei der Beurteilung dieser Frage ist vor allem die schädliche Einwirkung auf die sittliche Kraft unsres Volkes, die von derartigen ungeziemenden Erscheinungen ausgeht, zu berücksichtigen; wirtschaftliche Interessen einzelner Personen oder Berufsgruppen müssen in der gegenwärtigen Notlage in den Hintergrund treten.

Von der

Steuergesetzgebung

ist größere Einfachheit und Uebersichtlichkeit zu verlangen. Sie ist außerdem von der roten Last der übertrieben hohen Verwaltungsausgaben zu befreien. Die Verbrauchssteuergesetzgebung ist so zu gestalten, daß sie sich automatisch den durch den Bewegungen des Geldwerts verursachten Aenderungen anpaßt. Absolute Steuersätze, wie bei der Biersteuer, sind in relative (nach Prozenten berechnete) Steuersätze umzuwandeln. Die Besteuerung der Spekulationsgewinne beim Valutageschäft hat nach dem höchsten durchführbaren Satze zu erfolgen.

Alle handels-, finanz- und währungspolitischen Maßnahmen zur Aufhaltung des Währungsverfalls müssen wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von energischen Anstrengungen begleitet werden, den Kern des Uebels, soweit dieses innerwirtschaftlicher Natur ist, zu beseitigen; den

allzu geringen Ertrag der deutschen Produktion

auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Die deutsche Währung kann nicht in Ordnung gebracht werden, solange das Ergebnis der landwirtschaftlichen Arbeit sich weiter unter dem Resultat hält, das in der Vorkriegszeit erreicht wurde, solange in Industrie, Handel und Verkehr der Wirkungsgrad der Arbeit nicht wesentlich erhöht wird, solange unser Devisenbedarf durch die Notwendigkeit, englische Kohle einzuführen, belastet wird. Die ungenügende Leistung des gesamten Produktionsapparats in Deutschland ist feine Ursache unsrer finanziellen Nöte, die an zweiter Stelle, gleich nach den außenpolitischen Gründen des Währungsverfalls steht.

Kein Vorurteil und kein Profitinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz darf uns höher stehen als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistungen Volk und Heimat vor dem Versinken in Elend, Unkultur und Versklavung zu retten.

Der Ausschuß fordert alle Beteiligten: Regierung und Parteien, Unternehmer und Arbeiter, Industrielle, Gewerbetreibende, Landwirte, Handelsangehörige, Beamte und Angehörige freier Berufe auf, in dieser Gesinnung an die Lösung der Aufgabe, den Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, heranzutreten."

•

Besprechungen beim Kanzler

Am Donnerstag abend 6 Uhr versammelten sich die Führer sämtlicher Parteien, ausschließlich der Kommunisten, beim Reichskanzler. Die Sozialdemokratische Partei war vertreten durch die Genossen Scheidemann und Braun, Franken; Genosse Wels sprach schon vormittags beim Reichskanzler vor, da er abends zur Beerdigung unsers Genossen Dietz nach Stuttgart abreisen mußte. Von den Unabhängigen waren anwesend Breitscheid, Dittmann, vom Zentrum Spahn und v. Gerard. Die Deutschnationalen hatten Herrn Helfferich sowie die Herren Hergt und Westarp entsandt. Die Demokraten waren durch Koch und Erkelenz, die Volksparteiler durch Kempkens und v. Leroner vertreten. Der Reichskanzler gab einen ausführlichen Ueberblick über die Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission in Berlin. Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete er besonders dem letzten deutschen Vermittlungsvorschlag. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden vom Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsarbeitsminister Brauns in ihren Einzelheiten noch weiter ergänzt. Da die Sitzung der Reparationskommission in Paris erst auf nachmittags 6 Uhr angesetzt worden war, konnten Nachrichten über eine eventuelle Entscheidung in Berlin noch nicht vorliegen. Die Parteiführer stellten deshalb die Debatte über die Mitteilungen des Reichskanzlers zurück und begnügten sich vorläufig mit der Beantwortung einzelner von ihnen gestellter Fragen. Der Reichskanzler bat zum Schluß der Besprechung, sich bereitzuhalten, damit sofort nach Uebermittlung der Entscheidung der Reparationskommission die Beratungen fortgesetzt werden können.

•

Am Freitag, vormittags 11 Uhr, tritt der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen, um sich mit der bayerischen Frage zu beschäftigen.

Erhöhung der Kohlenpreise

Die zuständigen Organe der deutschen Kohlenwirtschaft, der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats, haben, wie wir bereits meldeten, am 30. August eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen, die 100 Prozent des bisherigen Preises weit übersteigen. So stellen sich die zukünftigen Preise ab Zeche für:

Rheinisch-westfäl. Förderkohle, bisher auf 1513, ab 1. Sept. auf 4106 M.			
Braunkohlenbriketts des Mitteldeutschen und Ostelbischen Kernreviers	1211	1.	3379
Braunkohlenbriketts des Rhein. Reviers	908	1.	2239

Diese gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise ist begründet durch die notwendig gewordene Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne, ebensosehr aber auch durch eine starke Verteuerung der im Bergbau benötigten Materialien, von denen die notwendigsten seit Juli auf das 2½ bis 3fache gestiegen sind. Trotzdem aber bleiben die neuen Kohlenpreise noch weit hinter den Preisen für englische Kohle zurück. Diese kostet z. B. ab Hamburg zur Zeit 11 000 M. pro Tonne. Dadurch, daß die Ueberschichten der Bergarbeiterschaft jetzt zustande gekommen sind, besteht Aussicht, daß sowohl die Industrie wie die Reichsbahn in verstärktem Maße mit inländischer Kohle beliefert werden können. Da die Industrie bisher den Weltmarktpreisen sehr stark gefolgt ist, hat sie bereits die Kohlenpreiserhöhung in ihren Preisen vorweggenommen, so daß sich keine allzu starke Mehrbelastung durch die neuen Kohlenpreise ergeben dürfte. Dagegen wird der Hausbrand und werden die Gemeinden von der neuen Verteuerung unsres wichtigsten Rohstoffes schwer betroffen werden. Hoffentlich aber wird die Preissteigerung durch eine bessere Belieferung der Verbraucher wenigstens teilweise wettgemacht.

Amerikanische Vorschläge im November!

Nach Pariser Meldungen wird man in zwei Monaten auf einer neuen Konferenz über die Moratoriumsfrage beraten. Dieser Plan gründet sich anscheinend auf die Erklärung des stellvertretenden amerikanischen Delegierten in der Reparationskommission, der das Projekt des belgischen Ministerpräsidenten Theunis unterstützte und erklärte:

Wenn Amerika in diesem Augenblick auch nicht offiziell in die Debatte eingreifen könne, es sich doch vorbereite, im November bestimmte Vorschläge zu machen. Ein System, das die Rechte Belgiens aufrechterhält — und diese allein stehen gegenwärtig in Frage — müßte unbedingt angenommen werden.

Es war vorauszusehen, daß Amerika vor den Wahlen im November nicht aktiv in die europäischen Wirren eingreifen will.

Amerika mahnt

Wie der Matin mitteilt, haben die amerikanischen Delegierten von Frankreich verlangt, daß es die Regelung seiner Kriegsschulden durch Abschluß von Vereinbarungen im Rahmen des Bundesgesetzes ins Auge fasse. Parmentier hat darauf hingewiesen, daß es der französischen Regierung, solange die Reparationsfrage nicht geregelt sei, unmöglich sei, derartige Vereinbarungen zu treffen.

Poincarés Verzicht auf Sonderaktionen

Nach einer Drahtmeldung der Voss. Ztg. verlief der erste Teil der gestrigen Nachmittagssitzung der Reparationskommission sehr stürmisch. Um 5¼ Uhr schien es fast sicher, daß sich die Kommission auflösen werde. Zu Beginn des zweiten Teiles der Sitzung hielt der englische Delegierte Sir John Bradbury eine Rede, die Dubois sichtlich beeinflußte.

Bradbury sagte, daß er den Auftrag habe, die Kommission zu verlassen und daß er die Verantwortung hierfür Frankreich überlassen müsse, denn er glaube, daß es durch seine Haltung das einzige Organ zerstöre, das noch Aussicht habe, die Probleme und Schwierigkeiten des Versailler Vertrages lösen zu können.

Dubois beantragte hierauf eine Unterbrechung der Sitzung und eilte zu Poincaré. Nach seiner Rückkunft erklärte er, Poincaré, der fast den ganzen Tag mit ihm in Verbindung sei, und der immer Nein gesagt hatte, habe nach dem letzten Besuch erklärt:

„Ich nehme an, wenn man vorher über den englischen Vorschlag abstimmt und ihn ablehnt."

Daraufhin wurde die Sitzung wieder aufgenommen und, um Poincaré Genugtuung zu geben, über den englischen Vorschlag abgestimmt. Derselbe wurde von Frankreich und Belgien abgelehnt, während sich Italien der Abstimmung enthielt.

Daraufhin wurde über den belgischen Vorschlag abgestimmt. Vorher aber wurde Dubois befragt, ob er dafür garantieren könne, daß Poincaré nicht nur die Entscheidung der Reparationskommission annehme, sondern daß er auch auf alle Komplikationen verzichte, worauf Dubois die Versicherung abgab, daß die Instruktionen Poincarés diese Zusicherungen enthalten. Der belgische Vorschlag wurde darauf einstimmig angenommen.

Bradbury hat daraufhin erklärt, er habe von Lloyd George Auftrag bekommen, sofort nach London zurückzukehren, wenn der englische Vorschlag abgelehnt sei, und da er noch keine Gegenorder empfangen habe, müsse er die Kommission verlassen, um nach London zurückzukehren.

Bombenanschlag auf die Pariser Untergrundbahn

Den gestrigen Pariser Morgenblättern zufolge wurde auf den Schienen der Pariser Untergrundbahn von zwei Arbeitern, die mit der Ueberwachung der Schienen beauftragt waren, eine Granate gefunden. Als einer der Angestellten die Granate aufheben wollte, explodierte sie und zerriß ihn in Stücke. Wie die Abendblätter feststellen, scheint die Granate in eine Bombe umgewandelt gewesen zu sein.

Leben • Wissen • Kunst

Michael Kramer

Michael Kramer gehört zu den früheren Werken Hauptmanns, die in Gefahr sind, zuweilen überlebt zu erscheinen. Doch kann eine starke Aufführung das vertuschen. Der Doppelkonflikt des unergründlichen Kampfes des Sohnes wider den Vater und der schwachen Seele wider die Grausamkeit der Welt, endend in Selbstmord, ist stark genug für einen langen Abend. Das Ausfließen des Stückes in eine rätselnde „Philosophie" hält das empfängliche Gemüt noch über die Konfliktlösung hinaus wach. Neben naturalistischen Szenen von einiger Banalität stehen solche von quellender Innerlichkeit und dem langsamen Ablauf sind genug zugespitzte, bühnengerechte Theaterauftritte eingewoben. So erscheint die Wiederaufnahme des echt-altzuecht Hauptmannschen Stückes in den Spielplan immerhin gerechtfertigt.

Die Aufführung, unter Georg Kiesaus Leitung stehend, ist nach zwei Seiten hin bemerkenswert. Denjenigen, die kritiklos empfänglich und bereit sind, auf Wirkungen starker Art zu reagieren, darf man getrost versprechen: aus dieser Vorstellung geht ihr nicht unberührt heim. So zielsicher seit ihr lange nicht in den Schraubstock theatralischer Gemüt- und Geistbearbeitung genommen worden. Das Haus hat es gestern schweigend bezeugt, welche Ergriffenheit diese Aufführung zuwege bringt.

Davon soll nun nichts abgemarktet werden. Doch „um des Gewissens willen" sei auf die andre Seite der Sache hingewiesen. Es gibt im Theater Wirkungen, denen man einen Mißerfolg vorzieht. Wenn Vossart den Advokaten im Fallissement spielte, war das größte Haus platzend voll, und der Applaus drohte das Dach in die Luft zu heben. Leider war trotzdem sein Advokat nicht von Björnson, sondern von Sardou. Ob nun wohl der gestrige „Kramer" ganz von Hauptmann war?

Der erste Akt setzte seltsam ein. War das Feinheit oder Zufall? Olga Fuchs als Michaline hielt sich so sicher, so klar an eine einfache Linie, traf den Ton dieser klug-nüchternen Entsagerin so schön und echt. Ida Barbou-Müller gewann der dürftigen Mutter-Rolle alles Erwartbare ab. E. J. Aufricht — im ganzen zu massiv, zu erwachsen, zu wenig zerquält und überreizt, zu grob — stellte einen Arnold hin, der in jedem Augenblick eine jedenfalls geschlossene und sachliche Wirkung machte. Alles „saß" im einzelnen, sogar trotz schleppenden Tempos. Aber die Atmosphäre fehlte dem Akt völlig, in der solche Gestalten allein so leben und sich geben können. Und was in der einen Sekunde überzeugte, schien in der nächsten darum erarbeitet und unglaubhaft. — Mit dem zweiten Akt übernahm Mehnert als Titelheld die Führung. Es war vorauszusehen, daß er diese Rolle nicht aus der Tiefe eines reinen, klaren, gottsucherischen Gemütes spielen könnte. Und das geschah denn auch wohl nicht. Aber nie habe ich ein klügeres, reifere, subjektiv tüchtigere, entfaltetere Leistung gesehen, die nicht aus Natur, sondern aus Können und Ueberlegung stammte. Stellenweise hat er mich schlechthin bezwungen, wenn auch einige wichtige Szenenteile unorganisch blieben — bewundernswert wenige. Jedenfalls, das Stück war gefeit gegen Widerspruch, solange er es führte. — Der dritte Akt aber blieb an Deutlichkeit kaum noch etwas schuldig. Hedwig Herder als Liese: Ja wohl! Bewegt und entfaltet habe ich sie diesmal zum erstenmal gesehen, und es ist ja gewiß erfreulich, daß sie überhaupt so vieler Regsamkeit fähig ist; aber — Verzeihung für das Gleichnis — das Maschinchen war geölt, nicht belebt! Die Stammgäste (Schröder, Posse, Farecht, Martens): sauber gearbeitetes Klischee, mit der Hetzpeitsche angetrieben. Paulsen — im ersten und zweiten Akt noch ungreifbar — sitzt plötzlich hölzern und hilflos, schlechthin keine lebenswahre Figur mehr, Olga Fuchs gegenüber, die mühlsam ihre Linie wahrt und erst nach dem brutal und mißlich durchgeführten Lärm der Katastrophe in dem Schrei der Angstverzweifelten ganz zur Echtheit zurückkehrt. Der letzte Akt fällt dann wieder Mehnert zu, neben dem Olga Fuchs noch eine ungemeine kleine Szene bringt, und er stillt vorübergehend alle prinzipiellen Bedenken.

Nach Fallen des Vorhanges aber kehren sie wieder. War das nun Hauptmann? Oder — — Sudermann?! Ins Sudermännische verkiesanter Hauptmann? Ich wage es nicht, endgültig zu unterscheiden. Eindeutig ist mir's nicht klar geworden. Es ist eine Gewissensfrage für die Mitwirkenden. Haben sie das Gefühl, sich rein und echt, aus menschlicher Natur mit schauspielerischem Talent entfaltet zu haben, so lag das Peinigende der Nebenwirkungen an unseligem Zufall. Wissen sie aber im Innersten, daß gestern abend nicht Hauptmann, sondern „Theater um jeden Preis" und „Wirkung ohne Ursache" gemacht wurde, wissen sie aus den Proben, daß hier Routine von einer nur durch Klugheit gemilderten Virtuosität die Führung hatte, dann — rette sich wer kann! Es gibt wahrhaftig Niederlagen, die froher machen als die Pyrrhussiege. Und nichts tut unserm von Bureaukratismus und Traditionswohn ohnehin gehemmten Staatstheater, wo wir Wiedes freies und künstlerisches Gestalten und Ilg' ernstes, zähes Wollen nun allenthalbest dringend brauchen, weniger not als Sudermanie. Freies, starkes, beglückendes Theater ist ein für allemal Sache gewagten, quellenden, aufgeschlossenen, unerrechneten, starken Lebens, das sich hinwegschwingt über Hemmungen jeder Art. Aber die Hüter der Ordnung und der Finanzen ebenso wie die wirkungsgewissen Einöler der Maschine vermögen auf die echte Theaterweisheit „Zweimal zwei ist fünf" nur zu erwidern: Nein! Bier! Indes, dazu brauchen wir kein Theater, um das zu erfahren, was — genug. Caveant consules, ne quid detrimenti theatrum capiat.

Wolfgang Schumann.

Theater

Im Opernhause war Hermann Kutzschbach nach längerem Urlaub am Pulte zu begrüßen. Man kennt und schätzt Kutzschbachs Stabführung, die zwischen Bühne und Orchester niemals Zwiespalt aufkommen läßt und von vielartigen, wertvollen Impulsen beschwingt ist. Er, der unermüdlich Tätige, der uns außer manchem andern in letzter Zeit Zauberflöte und Freischütz (zwei Aufmachungen hoher Qualität) wiedergegeben, hatte kurz vor den Sommerferien auch Carmen neueinstudiert, die nun gestern blitzsauber in Szene ging und stark fesselnd auf die Besucher des Hauses einwirkte. Der Neuinszenierung der Oper durch Reucker ist schon gedacht worden. Sie bevorzugt buntbewegte Bühnenbilder, die gewiß erfreuen, aber auch zuweilen den dramatischen Hergang verbrämen, ohne seine Zugkraft zu stärken. Trotzdem, und das ist Kutzschbachs und der Darsteller Verdienst, kam ein zweiter Akt zustande, der eindringlicher nicht zu denken ist. Hirzel hatte blitzplatz für den unpäßlich gewordenen Taucher den José übernommen. Er ist der besten einer, die wir hier sahen und hörten; in Ton und Spiel ein starker Partner der Carmen Frau Tervanis. Das will viel heißen; denn Frau Tervanis Carmen ist kaum zu überbieten. Immerhin zu fragen, warum diese Rolle auf allen Bühnen immer von einer ausgereiften — soll heißen älteren — Sängerin wiedergegeben wird. Warum soll Carmen nicht den Reiz der Jugend für sich ins Feld der Liebe führen? Soll ich nun noch sagen, daß Fleischer, den ich sonst hochwerte, als Escamillo fehl am Ort ist? Die erste Tänzerin des Bacchanals entzückte besonders durch delikaten Gebrauch des Tambourins.

P. B.

Das Gastspiel der Sächsischen Landesbühne im Vereinshause zu würdigen, müssen wir wegen Raummangels auf morgen verschieben. Heute beschränken wir uns darauf, unsern Lesern besonders die Aufführungen von Hauptmanns Drama Vor Sonnenaufgang, dem man nur selten auf dem Spielplan der Bühnen begegnet, zu empfehlen. Dieses Frühwerk des Dichters, das bei der Erstaufführung in Berlin im Winter 1889 einen Theaterskandal erregte, wie ihn die deutsche Bühne bis dahin noch nicht erlebt hatte, trägt mit Recht den Untertitel „Soziales Drama". Die heroische Zeit unsrer Partei spiegelt sich in ihm wieder, die Zeit, in der man Sozialdemokraten, weil sie wagten, offen die Wahrheit zu sagen, in die Gefängnisse sperrte. Die Häufung von Kraßheiten in dem Stück, die damals das Entsetzen des bürgerlichen Publikums hervorrief, vermag uns das Werk heute nicht mehr zu verleiden. Spätere Dramatiker haben Hauptmann darin weit überboten — zudem mildert den abstoßenden Eindruck das deutliche Gefühl, daß nicht Sensationslust, sondern tiefer sittlicher Ernst den Dichter leitete, als er eine bis in den Kern verfaulte Welt mit allen Einzelheiten schonungslos abmalte. — Ausdrücklich weisen wir auch noch einmal darauf hin, daß zu den Vorstellungen der Sächsischen Landesbühne alle, nicht bloß Mitglieder der Volksbühne, Zutritt haben.

pm.

Dresdner Kalender

Theater am 2. September. Opernhaus: Der Mann im Mond (7½). Volksbühne Nr. 15591 bis 15645. — Schauspielhaus: Außer Abonnement: Zweimal zwei ist fünf (7½). Volksbühne Nr. 15646 bis 15700. — Neustädter Schauspielhaus: Geschlossen. — Residenz-Theater: Die Mädels von Davos (7½).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Internationale Arbeiterbildungskonferenz

In Brüssel tagte vom 16. bis 18. August eine Konferenz der Arbeiterbildungszentralen der verschiedenen Länder. Vertreten waren 23 Organisationen mit 37 Delegierten aus Amerika, England, Frankreich, Deutschland, Belgien, Schweiz, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hatte die Genossin Kämmerer entsandt. Von Deutschland waren vertreten der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei durch die Genossen Korn und Weimann sowie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund durch die Genossen Maschke und Fricke. (Dieser vertrat die Berliner Betriebsräteschule.)

Die Konferenz fand statt in der großzügig eingerichteten Arbeiterhochschule Belgiens in Brüssel, die ein gemeinsames Unternehmen der belgischen Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften ist. Der Genosse de Man, der Leiter des belgischen Arbeiterbildungswesens, wies bei Eröffnung der Konferenz darauf hin, daß die Schule wie überhaupt das belgische Arbeiterbildungswesen eine gemeinsame Ausgabe aller Teile der modernen Arbeiterbewegung ist und daß mit vereinter Kraft auf kulturellem Gebiet Großes geleistet werden kann.

Von den Delegierten wurde zunächst ein Ueberblick gegeben über den Stand des Arbeiterbildungswesens in den verschiedenen Ländern, der wertvolle Informationen und Anregungen bot. Dann referierte Genosse Weimann, Deutschland, über die Frage des Austauschs von Schülern und Lehrern zwischen den Arbeiterhochschulen der verschiedenen Länder sowie der Organisierung von Studienreisen und unterbreitete der Konferenz eine Reihe praktischer Vorschläge zur Förderung dieser Bestrebungen. Die Anregungen des Referenten wurden in einer eingehenden Aussprache von allen Delegierten freudig aufgenommen und in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht. Besonders wurde an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale appelliert, diese Bestrebungen soweit als möglich zu unterstützen. Aus dem Verlauf der Konferenz ergab sich der allgemeine Wunsch, eine engere Verbindung der bestehenden Arbeiterbildungszentralen zu schaffen, um die gemeinsame Arbeit zu fördern durch Austausch von Material und Anregungen und Herausgabe eines Informationsorgans für die internationale Bildungsarbeit. Eine einstimmig angenommene Entschließung trug diesem Wunsche insofern Rechnung, als die belgische Arbeiterbildungszentrale von der Konferenz aufgefordert wurde, die Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen den in Brüssel vertretenen Organisationen zu sichern und ferner mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu verhandeln über die Möglichkeit der Errichtung eines Informationsbureaus für die internationale Arbeiterbildungsbewegung. Weitere Wünsche, gemeinsame Richtlinien aufzustellen für das Bildungswesen und seine einzelnen Teilgebiete sowohl nach der grundsätzlichen wie der methodischen Seite hin, ferner ein internationales Kultur- und Erziehungsprogramm auszuarbeiten, wurden für später zurückgestellt, da eine solche Aufgabe gründlich vorbereitet werden muß und die Zeit hierfür mit der Brüsseler Konferenz noch nicht gekommen war.

Die Tagung endete mit einem allgemeinen Appell an die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder, die kulturelle Tätigkeit der Arbeiterbildungszentralen auch weiterhin mit allen Kräften fortzusetzen zur Förderung des ökonomischen und politischen Aufstiegs der Arbeiterklasse.

An die Tagung schloß sich für eine Anzahl Teilnehmer noch eine Aussprache über die Organisation und die pädagogischen Grundsätze der Arbeiterbildungsschulen, wobei die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht wurden.

Die Brüsseler Tagung hat neben den reichen Anregungen, die sie bot, die Grundlage für die Errichtung einer Internationale der sozialistischen Bildungsorganisationen geschaffen, die für die Weiterentwicklung des sozialistischen Kulturlebens von großer Bedeutung werden kann.

Das Verdienst an der wohlgelungenen Konferenz gebührt in erster Linie unsern belgischen Genossen, von denen die Initiative ausging, die außerdem die Delegierten, insbesondere auch uns deutsche Genossen, in selten gastfreundlicher Weise aufgenommen haben, wofür ihnen an dieser Stelle nochmals aufs wärmste gedankt sei.

„Sächsische Amnestie in Sicht"

Unter dieser sensationellen Ueberschrift, die bei vielen Beteiligten unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken geeignet ist, meldet ein Dresdner Abendblatt, daß „der Wunsch nach einer Amnestie in ganz kurzer Zeit erfüllt werden wird, und zwar so, daß nicht wie früher alle Straftaten (bis zu einer gewissen Höhe) amnestiert werden, sondern so, daß auf Antrag die in Frage kommende Strafe erlassen werden wird. Diesem Antrag wird in weitherzigster Weise stattgegeben werden."

Diese Notiz ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, in ihren wesentlichen Punkten falsch. Das, was sie als bevorstehend ankündigt, nämlich die Einzelbegnadigungen, ist bereits längst vollzogene Tatsache, und zwar seit dem 12. Juli 1922, an welchem Tage der Landtag einen entsprechenden Wunsch ausgedrückt hat. Ferner ist keine Rede davon, daß Straftaten schlechthin auf Antrag amnestiert werden können, sondern entsprechend dem Beschluß des Landtags gilt das nur für politische Delikte und solche, die aus Not begangen worden sind. Alle übrigen werden von der seit Juli geübten Amnestie ausgeschlossen. Der weitere Wunsch des Landtages auf Erlaß eines Amnestiegesetzes kann nun nicht mehr erfüllt werden, da infolge der Haltung der Kommunisten der Landtag sich auflösen wird, ohne das bereits entworfene Amestiegesetz zu verabschieden. Wenn somit viele Beteiligte infolge der obigen leichtfertigen Zeitungsnotiz in ihrer Hoffnung bitter getäuscht werden, so können sie sich dafür bei den Kommunisten und bei der Redaktion des Dresdner Blattes bedanken.

Das Sterben im Blätterwalde

Die Verelendung der Presse wird in den Zeitungen mit bitteren Kommentaren und Vergleichen behandelt. Der Papierpreis ist von 21 Pf. im Juli 1914 auf 28 M. im Monat August 1922 gestiegen und soll vom September an 80 M. und mehr betragen. Das ist eine Erhöhung um rund das Vierhundertfache. Wollten die Zeitungen mit diesen Papierpreisen gleichen Schritt halten, dann müßte ein Blatt, das früher 1 M. den Monat kostete, jetzt 400 M. verlangen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berechnet für sich 25 Kilogramm Druckpapier für die Nummer und Monat, was einen Papierwert von 180 bis 200 M. ergeben würde. Derartige Herstellungskosten, sagt das Blatt, machten es den Zeitungen nunmehr zur gebieterischen Pflicht, ihre Bezugspreise ebenfalls ganz erheblich zu erhöhen, wenn anders sie ihr Erscheinen nicht einstellen sollen. Erschwerend komme hinzu, daß das Anzeigengeschäft gegenwärtig fast ganz daniederliegt, wodurch ein Ausgleich der Herstellungskosten von dieser Seite her nicht zu erwarten sei. Die Freiheit stellt fest, daß ihr Druckpapier allein im September rund 150 M. für die Nummer kostet. Dazu kämen dann noch die Farben-, Maschinen- und Satzkosten, die Geschäfts- und Expeditionskosten sowie die Gehälter für die Redakteure, das kaufmännische und das Expeditionspersonal. Hier liege eine Not vor, die eine der wichtigsten geistigen Quellen unseres Volkes zu verschütten drohe. Und in erster Linie werde die Arbeiterpresse davon betroffen, denn sie sei einzig auf die Unterstützung ihrer Leser angewiesen, denen das Halten einer Zeitung ohnehin schon große Schwierigkeiten bereite. Vor dem Kriege habe der Vorwärts allein 120 000 Auflage gehabt, die Freiheit bezweifelt, daß heute alle drei Arbeiterzeitungen Berlins soviel Auflage haben. Von 800000 organisierten Arbeitern Berlins lese nur noch der achte Teil die sozialistische Presse. Es bleibe nur ein Mittel, die heute für die Arbeiterbevölkerung fast nur noch einzige geistige Kost zu retten: die Einführung der Zwangswirtschaft für die Druckmaterialien, vor allem für Druckpapier. Auch die Rote Fahne sagt, daß der jetzige Zustand zu einer Katastrophe für die Arbeiterpresse führen müsse, und der Vorwärts spricht davon, daß die Krise des deutschen Zeitungsgewerbes jetzt in ein verschärftes, wenn nicht entscheidendes Stadium getreten sei.

Im Monat August sind abermals 144 deutsche Zeitungen und Zeitschriften eingegangen. Eine der größten und ältesten Zeitungen Südwestdeutschlands, der Stuttgarter Schwäbische Merkur, muß vom 1. September an seinen Betrieb stark einschränken und wird nur noch einmal täglich erscheinen. Auch die Berliner Blätter tragen sich mit dem Gedanken, in Zukunft nur eine Ausgabe am Tage herauszubringen. Der Verein der rheinischen Zeitungsverleger kündigt an, daß er die Bezugspreise für September um mindestens 150 Prozent erhöhen muß. Das Berliner Tageblatt berechnet in einem sehr pessimistisch gehaltenen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Die Zertrümmerung der Presse", daß auf Grund der neuen Papierpreise das unbedruckte Papier für ein Exemplar des Berliner Tageblatts monatlich 286 Mark kosten würde. In diesem Preis ist noch kein Groschen für Löhne, Gehälter, Farbe, Kraft, Licht, Miete, für die Fuhrkosten der Papieranfuhr und die infolge des Steigens der Auslandsvaluta ins Ungemessene wachsenden Kosten des Nachrichtenwesens sowie der übrigen Redaktionsausgaben eingerechnet. Das Berliner Tageblatt erhöht vom 1. September an seinen Bezugspreis auf 800 Mark für den Monat. Vergleichsweise sei hinzugefügt, daß die Neue Freie Presse in Wien vom 1. September an 18 000 Kronen im Monat kosten wird.

•

Den Seinen hilft Stinnes!

W. T. B. meldet aus Berlin:

„Die tägliche steigende Not im Zeitungsgewerbe hat den Verlag der Täglichen Rundschau gezwungen, seinen Redakteuren wie auch dem Personal zu kündigen. In dem Wunsche, das Blatt zu erhalten, hat sich der Verlag an Herrn Hugo Stinnes gewandt. Im Zusammenhang mit dem Nachrichtenapparat der Deutschen Allgemeinen Zeitung soll der Versuch gemacht werden, die Tägliche Rundschau weiter erscheinen zu lassen."

Der sozialdemokratischen Presse hilft kein Stinnes, und sie würde sich für diese Hilfe auch bedanken. Den Blättern der organisierten Arbeiterschaft kann nur die Arbeiterschaft selbst helfen, indem sie unermüdlich Abonnenten wirbt.

Neueste Telegramme

Besprechung der Reichsregierung über die Reparation

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtm.) Die Reichsregierung trat heute vormittag 10½ Uhr zur Besprechung der Entscheidung der Reparationskommission zusammen. Der Reichskanzler gab einen kurzen Ueberblick über die Entscheidung und äußerte seine persönliche Auffassung über das Verhalten der Reparationskommission. Anschließend fand ein Meinungsaustausch statt, in dem sich Uebereinstimmung dahin ergab, daß zur endgültigen Beurteilung der Lage zunächst die Rückkehr des Staatssekretärs Schröder erwartet werden müsse, der heute noch in Berlin eintrifft. Die Beurteilung wird zweifellos eine ganz andre sein, wenn der Mann zur Stelle ist, der an Ort und Stelle die Entstehung des Beschlusses der Reparationskommission mitgemacht hat. Unmittelbare Schritte des Reichskabinetts dürften durch die Entscheidung der Reparationskommission nicht notwendig werden, so daß die vorläufige Beschlußfassung in außenpolitischer Hinsicht keine Gefährdung der Lage bedeutet.

Zusammentritt des Ueberwachungs-Ausschusses

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtm.) Im Reichstag trat heute der Ueberwachungsausschuß zur Besprechung über die Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Brüninghaus, machte bekannt, daß an Stelle des erkrankten sozialdemokratischen Abgeordneten und Vorsitzenden Meerfeld der Abg. Scheidemann in den Ueberwachungsausschuß eingetreten sei. Hierauf übernahm Scheidemann den Vorsitz. Abg. Rosenfeld (U. Soz.) begründete nunmehr in eingehenden juristischen Ausführungen seinen Antrag auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses wegen der Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung.

Redner kam zu dem Schluß, daß mindestens bezüglich des Zugeständnisses eines Sondersenats von der Reichsregierung Vereinbarungen getroffen worden seien, die den klaren Bestimmungen des Gesetzes direkt widersprächen. Aehnliche Verletzungen des Gesetzes durch die Vereinbarungen zwischen Reichsregierung und bayerischer Regierung konstatierte der Redner auch beim Reichsbeamtengesetz und ebenso beim Reichskriminalpolizeigesetz. Die in den Gesetzen vorgesehene Reichsexekutive in besonderen Fällen sei willkürlich ausgeschaltet worden. Der Redner kam zu dem Schluß, daß die Vereinbarungen den Gesetzen durchaus widersprächen und deshalb ungültig seien. Das Reich muß endlich anfangen, sich gegen Bayern zu richten. Es gehe nicht an, daß sich fortdauernd einzelne Landesregierungen in verfassungs- und gesetzwidriger Weise gegen gesetzliche Bestimmungen des Reiches auflehnen. Der Redner verwies auf die nationalistisch aufgezogene Hindenburgfeier in München und sprach sein Bedauern über die auf dem Münchner Katholikentag widerspruchslos lautgewordene Aeußerung, die die Republik verächtlich gemacht hätte, aus. Abgeordneter Beyerle (Bayer. Vp.) wendet sich gegen die in der letzten Zeit unitaristisch aufgezogene Reichsgesetzgebung. Auch Bayern habe die energische Verfolgung der mit dem Rathenaumord in Verbindung stehenden Vorgänge gewünscht, aber es gehe nicht, daß dabei die Hoheitsrechte Bayerns geschmälert würden.

Ausgabe von Schecks bei der Lohnzahlung

Die Reichsbank und die Privatbanken sind leider heute nicht in der Lage, im Stadtbezirk zur Auszahlung der Gehälter und Löhne an Beamte, Angestellte und Arbeiter die nötigen Gelder in vollem Umfange zu beschaffen. Insbesondere fehlt es vielfach an kleinen Scheinen. Die zahlungspflichtigen Stellen — insbesondere wird dies auch bei der städtischen Verwaltung geschehen — werden diesem Mangel durch Ausstellung von Schecks auf runde Summen — zum Beispiel auf 500 M. — tunlichst abhelfen. Auf Anregung des Rates haben sich die Leitungen des Konsumvereins, der Fleischer- und der Bäckerinnung sowie des Einzelhandels in dankenswerter Weise bereit erklärt, den Geschäftsinhabern zu empfehlen, solche Schecks statt Bargeld anzunehmen und die Banken wegen der Einlösung der Schecks nicht vor Anfang nächster Woche in Anspruch zu nehmen. Der Rat richtet an alle Beteiligten das Ersuchen, ihn bei dieser Unternehmung, dem vorübergehenden Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, zu unterstützen.

Die Gewerkschaften fordern erneut Hilfe

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 1. September. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben heute Stellung genommen zu den beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung. Was darüber bisher bekannt geworden ist, wird in den Kreisen der Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in dringlichster Form sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gefordert.

Die Pest in Konstantinopel

Paris, 30. August. Wie Petit Journal aus Konstantinopel meldet, sind gestern im Viertel von Galata zwei Pestfälle festgestellt worden, von denen einer tödlich verlief.

Mit 160 Fahrgästen untergegangen

Santiago de Chile, 30. August. Der chilenische Dampfer Itata ist gescheitert. Etwa 160 Fahrgäste und die Besatzung sind umgekommen.

Der Streik der Bergarbeiter im Plauenschen Grunde ist beigelegt

Das Finanzministerium hat in die Lohnerhöhungen eingewilligt und eine Abschlagszahlung auf den Septemberlohn in Höhe von 2000 M. für Verheiratete und 1500 M. für Ledige bewilligt. Die Rückzahlung dieser Abschlagszahlung erfolgt bis 18. Oktober. Da die Arbeiter mit dieser Regelung einverstanden waren, ist gestern mittag die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Der Dollar 1298,37

Berlin, 1. September. (Amtlich.)

		1. 9. Geld	1. 9. Brief	31. 8. Geld	31. 8. Brief
Holland	100 Gulden	48288,7	49061,2	68414,8	68585,6
Dänemark	100 Kronen	27765,2	27834,7	37453,1	37446,9
Schweden	100 Kronen	34953,2	35043,7	46842,0	46958,0
Norwegen	100 Kronen	21578,0	21624,0	29089,2	29436,7
Helsingfors	100 finn. Mark	2921,80	2928,70	3695,85	3704,65
Schweiz	100 Frank	24569,2	24630,7	32958,8	33041,5
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	1,78	1,82	2,05½	2,09½
Prag	100 Kronen	3870,15	3879,85	5767,75	5782,25
Budapest	100 Kronen	55,93	56,07	76,90	77,10
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	9838,30	9861,70	12543,3	12565,7
Spanien	100 Peseten	20074,8	20125,1	26466,5	26533,5
Italien	100 Lire	5615,95	5632,05	7440,65	7459,35
London	1 Pfd. Sterl.	5598,—	5607,—	7840,15	7859,85
Neuyork	1 Dollar	1298,37	1301,63	1722,94	1727,16
Paris	100 Frank	10087,3	10112,6	13183,5	13216,5
Buenos Aires	1 Peso	460,40	461,60	684,20	685,90

rs. **Berlin, 1. September.** (Eig. Drahtm.) In den Finanz- und Handelskreisen wurde heute vormittag die Entscheidung der Reparationskommission lebhaft erörtert. Der Devisenverkehr stand naturgemäß vollkommen unter dem Eindruck der Entscheidung. Es war nur von Angebot die Rede, aber Geschäfte kamen überhaupt nicht zustande. Der Dollar setzte mit ungefähr 1200 bis 1300 ein. Dieser Kurs ist aber lediglich als gesprochen zu betrachten. Selbstverständlich dürfte die Reparationsentscheidung am Devisenmarkt eine starke Ernüchterung hervorrufen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß der tatsächliche Devisenbedarf des Reiches und der Industrie unvermindert fortdauern wird. So ist es zu erklären, daß sich an der Börse schon wieder eine kleine Befestigung durchsetzte. Der Dollar wurde zu einem Kurs von 1360 angesagt. Wenn auch die Reparationsentscheidung auf die internationale Finanz- und Handelswelt keinen schlechten Eindruck macht, so ist doch noch nicht abzusehen, wie weit sich die Börse von ihr beeinflussen läßt.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Pegelort	30.	31.
Moldau	Budweis	— 24	— 28
Moldau	Modran	— 43	— 47
Iser	Jungbunzlau	+ 10	+ 8
Eger	Laun	+ 7	— 8
Elbe	Pardubitz	— 73	— 70

	Pegelort	30.	31.
Moldau	Branzeis	— 5	— 10
Moldau	Melnik	+ 36	+ 36
Moldau	Leitmeritz	+ 60	+ 60
Moldau	Aussig	+ 6	— 6
Elbe	Dresden	— 185	— 180

Wasser der Elbe in Dresden 20 Grad Celsius.

Sächsische Landesbühne: Gastspiel im Vereinshaus für die Dresdner Volksbühne: Nathan der Weise.

Residenz-Theater. Von den neuverpflichteten Mitgliedern treten in der Operettenneuheit Die Mädels von Davos heute Freitag (7½) zum ersten Male auf: Otto Marlé vom Zentral-Theater, Robert Brake vom Zentral-Theater und Anny Oesterreicher vom Johann-Strauß-Theater in Wien, zuletzt am Gärtnerplatz-Theater in München.

Eine Schülervorstellung von Nathan der Weise durch die Sächsische Landesbühne, die zur Zeit täglich 7½ Uhr im Vereinshaus für jedermann zugängliche Aufführungen veranstaltet, findet am morgigen Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, statt. Karten für alle Schüler und Schülerinnen nebst Angehörigen zum Einheitspreis von 12,60 M. in der Annenschule (11—1), in der Geschäftsstelle der Dresdner Volksbühne, Hauptstraße 5 (9—3) und von 2 Uhr an an der Kasse des Vereinshauses.

Spiele von Hans Sachs (bar. Frau Wahrheit will niemand beherbergen, Der tote Mann, Der fahrende Schüler im Paradeis, Die Rockenstube) nebst einem Prolog werden bei dem Gartenfest des Verbandes Deutscher Theatervereine am Sonntag (4½) auf der freien Bühne im Zoologischen Garten (bei Regenwetter im Saal) aufgeführt werden.

Sonnabendvesper in der Kreuzkirche (6 Uhr). 1. G. Fr. Händel: Konzert für Orgel, Nr. 1, mit einer Kadenz von B. Middelschulte; 2. Max Bruch: „Lob der Musika", sechsstimmiger Chor, Werk 71 (Text aus der Reformationszeit); 3. „Mein Herze geht in Sprüngen"; sechsstimmigen Chor, Werk 18; 5. Wilhelm Middelschulte: Chromatische Fantasie und Fuge in C-Moll für Orgel. — Mitwirkende: Der Kreuzchor, Solist: Herr Professor Dr. jur. Wilhelm Middelschulte aus Chicago (Orgel). Leitung: Professor Otto Richter. — Text (3 M.) an den Kirchentüren.

Der Volkschor Dresden-N., Leiter: Arno Wagner, veranstaltet vom 2. bis 4. September mit über 300 Teilnehmern Werbekonzerte für den Deutschen Arbeiter-Sängerbund, und zwar in Chemnitz im Kaufmännischen Vereinshaus (weltliches Konzert) und in Plauen i. V. in der St.-Johanniskirche (musikalische Gedenkfeier für H. Schütz und J. S. Bach). Als Solisten wirken mit: Trude Schöne-Knüpfel (Sopran), Alfred Wolf (Orgel). Der Chor hat seit 1919 folgende Konzerte außerhalb veranstaltet: Reugersdorf, Zittau, Jonsdorfer Genesungsheim, Leipzig (Thomaskirche), Gera (Tonhalle und Stadtkrankenhaus), Saalfeld und Rudolstadt.

Krisen der Reifezeit lautet das Thema, das morgen Sonnabend (7½) im Festsaale des König-Georg-Gymnasiums, Fiedlerplatz 6, Amtsgerichtsrat Dr. W. Hoffmann aus Leipzig vor den hiesigen Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung behandeln. Gäste haben Zutritt. Karten zu 10 M. nur an der Abendkasse.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt und des Stadtrats zu Radeberg vom 27. Oktober 1921 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts unter 16 Jahren wird verboten, sich nach 10 Uhr abends auf den Straßen, auf Plätzen und in Anlagen zwecklos umherzutreiben oder die Oeffentlichkeit durch mutwilliges Umherstreifen oder ungebührliches Gebahren zu belästigen.
2. Allen Personen unter 16 Jahren wird verboten, nach 10 Uhr abends, wenn sie sich nicht in Begleitung ihrer Eltern, Verwandten, Lehr-, Dienst- oder Arbeitsherren oder sonstiger Erziehungspflichtiger befinden, Schankstätten zu besuchen. Den Gastwirten wird verboten, solche Jugendliche in ihren Schankstätten zu dulden. Wegen des Besuches von Tanzstätten durch Jugendliche gelten die Vorschriften des § 9 der Verordnung über Tanzvergnügungen vom 5. Juli 1922.
3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden mit Geld bis zu **1500 M.** oder mit Haft bis zu **14 Tagen** bestraft.
4. An alle, die ein warmes Herz für die sittliche Ertüchtigung unserer Jugend haben, insbesondere an alle Eltern und Erzieher, ergeht die Aufforderung, die Jugend zur Befolgung dieser zu ihrem Wohle erlassenen Bekanntmachung anzuhalten.

Dresden und Radeberg, 30. August 1922.

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.
[i 38] **Stadtrat zu Radeberg.**

Die Preise für Koks aus den städtischen Gaswerken

betragen vom 1. September 1922 an:

a) für Steinkohlenkoks und Perikoks im Kleinverkauf und bei Abschlüssen . . 150 M.
b) für Braunkohlenkoks und Brus . . „ „

allenthalben für 1 hl ab allen städtischen Werken.

Dresden, am 28. August 1922.

[i 297] **Der Rat zu Dresden, Betriebsamt.**

Pirna. Zur Belieferung freigegeben werden die Abschnitte 47 und 48 der Kohlengrundkarte mit je 1 Zentner, der Kohlenzusatzkarten 1 und 2 mit je ½ Zentner sowie die Abschnitte 7 und 8 der Gewerbekohlenkarte. [b 257]

Pirna, am 30. August 1922.

Der Rat der Stadt Pirna.

Sonnabend den 2. September 1922 von früh 7–7½ Uhr Verkauf ruhen Rindfleisches (1 Pfund 50 M.) an die Inhaber der städtischen Lebensmittelverbilligungskarten mit Nrn. 901–1000, Abschnitt 42. [b 253]

Pirna, am 31. August 1922.

Der Rat der Stadt Pirna.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Onkel

Robert Palitzsch

Lagerhalter in Kaitz

sanft entschlafen ist.

Kaitz, den 30. August 1922.

In tiefster Trauer: **Die Hinterbliebenen.**

Die Einäscherung findet Montag nachmittag 3¼ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt. Blumenspenden wolle man daselbst abgeben. [w 47

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß am Dienstag unser lieber, hoffnungsvoller, strebsamer Wegelagen und Bruder

Paul Reiche

im 17. Lebensjahre nach kurzer, schwerer Krankheit seinen Eltern nachfolgte.

Reichenberg. In tiefer Trauer:
Hermann Ziechner und Frau.
Alfred Martin und Herbert Reiche.

Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, 2. September, mittags 1½ Uhr, in Tolkewitz. [w 47

Geprüfte, ältere

Heizer

die schon längere Jahre selbständig Kessel gehelzt haben, stellen sofort ein

Rütgerswerke, vorm. Humann & Teisler
Dohna i. Sa. [i 223

Tüchtige

Konfektionsschneider

auf **Paletots** und **Sakkos** suchen wir für dauernde und lohnende Arbeit.

Robert Eger & Sohn
König-Johann-Straße. [i 344

Maurer

gesucht [i 379

Freital-Deuben, Obere Dresdner Str 142.

Schladitz Werke A.-G. Zwickauer Strasse 89

suchen einen älteren, erfahrenen **Werkzeug-Dreher** sowie mehrere **Schleifer** für Fahrradteile [i 297

15jähr. Mädchen für Badenhilfe u. Kinderpflege gesucht. Ruprecht, Wallstr. 4. [b 341

Guter Nebenverdienst

Zuverläss. Frauen zum Andrehen und Zeitschr. gesucht. Dresdner Hausfrau, Martenstr. 13.

2 Siedlerwohnungen

in der Sächs. Schweiz an Farka-Mitglieder abzugeben. Näheres durch Farka, Gutskowstr. 6, 2. Etage. [b 645

Suche sofort **möbliertes Zimmer.** Angeb. u. K. N. 3 a. die Geschäftsst. d. Ztg. erb. [b 646

Aeltere alleinst. Frau als **Aufwartung** für den ganzen Tag für Haushalt mit kleinem Kind sofort gesucht. **Feucker, Löbtau** Döblener Str. 27, 3.

Große Auswahl in [i 204 mod. Schlüpfern Anzügen, Joppen, Streif-, Militär-, Manchester- und Breeches-Hosen Schuhwaren noch sehr vorteilhaft in **Beyers Kinderbekleidungshaus Ziegelstraße 9**

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Bezirksverein Dresden.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Sonntag den 3. September, vormittags 9 Uhr
in den **Annensälen,** Fischhofplatz

Sonntag den 3. September, vormittags 9 Uhr
im **Gasthof Stadt Leipzig,** Leipziger Straße

Montag den 4. September, nachm. 5½ Uhr:
im **Gasthof Goldner Anker** in **Kötzschenbroda**
im **Gasthof Döhlener Hof** in **Freital**
im **Restaurant Deutscher Krug** in **Heidenau.**

Tagesordnung:

Bericht von den letzten Lohnverhandlungen und Beschlußfassung hierüber. [b 443

Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen, ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Der Vorstand.

SPD. 4. Unterbezirk
Parteisekretariat: Telephon 23 261. Dresden-Altstadt Gottschedstr. 10, 2. H.

Gruppe Hermsdorf. Sonnabend, 8 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Gruhle über: Der Eigenwille als Grundlage der Politik.

Deutscher Musiker-Verband
Ortsverwaltung Dresden.

Sonntag den 3. September, vorm. 9½ Uhr im Restaurant Hans Sachs, Schesselstraße 10, I.

Wichtige Versammlung

für die freistehenden Kollegen.

[b 488] **Die Ortsverwaltung.**

Central-Theater

Heute Freitag den 1. September
abends 7.30 Uhr:

Das grosse Varieté-Eröffnungs-Programm

mit
FRED MARION
der größte Musikimitator aller Zeiten
SALERNO
der weltberühmte Jongleur
GRIX-GRIGORY
Ikarische Spiele — Ein Viertelstündchen im Kinderzimmer
AURORA-TRUPPE
in ihrem glänzenden Radfahrakt
LEE-LOMA
das größte Gesangsphänomen der Gegenwart
10 RAFFI-GIRLS
zum 1. Male in Deutschland
COLE DE LOSSE humorist. Schlappseelukt **NADRAGÉ** Ventriloquist
und den weiteren erstklassigen Attraktionen

JEDEN SONNTAG:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit ungekürztem Programm
Anfang 3 Uhr **Kleine Preise**

Billettverkauf täglich von 11–2 Uhr an der Theaterkasse [b 160

SARRASANI

Täglich 7.30 Uhr, Sonntag auch 3 Uhr. Vorverkauf: Tageskasse und Resident-Kaufhaus.

Perzina
Martiny-Sceny
Sensations-Schaustück
Prinz und Bettlerin

1. Bild: **Prinz Michael, der Bucklige**
2. Bild: **Der Fürst und die Bettlerin**
3. Bild: **In die Falle gelockt**
4. Bild: **Der Tod unterm Hammer**
5. Bild: **Des Bucklig. Hochzeitsnacht**

[i 189

Reichshallen Palmstr. 13 nahe Postplatz

Sonnabend: **Gr. Wohltätigkeits-Herren- u. Damen-Ball.**
1. Sonntr.: Wiedereröffn. der Kleinkunst-Bühne.

Palast-PT-Theater
Alaunstrasse 28

Nur Freitag bis Montag:

I.

Quellen der Liebe

Neuestes Filmsingspiel mit Rezitationsprolog und Gesangsvortrag der sichtbar lebenden Darsteller im Film unter persönlicher Mitwirkung des Herrn Kammersängers **Günther Barlan, Stettin.**

Neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Kinematographie.

Ort der Handlung:
Alt-Heidelberg, die Königin des Neckartals.

II.

Der wandernde Koffer

Abenteuerfilm in 5 Akten mit **Erra Bognar.**

Beginn der Vorstellungen 6 und 8¼ Uhr.
Kassenöffnung 5½ Uhr. [w 268

Sächsische Landesbühne

Gastspiele i. Vereinshaus für die Dresdner Volksbühne

30. Aug., 2., 3., 4., 5., 7. Sept. **Nathan der Weise** Dramat. Ged. v. Lessing.
31. August, 1., 8., 9. Septbr. **Vor Sonnenaufgang** Soz. Drama v. G. Hauptmann.

Narrechtskarten zu 21 M. für alle Mitglieder in der Geschäftsstelle, Hauptstraße 5, 3., und an der Abendkasse. [b 505

Mangel an Zahlungsmitteln.

Die Reichsbank ist infolge der Nachwirkungen des kürzlichen Buchdruckerstreiks zur Zeit nicht in der Lage, die erforderlichen Barmittel den Geldinstituten zur Verfügung zu stellen. Dadurch sind auch die hiesigen Banken und Bankgeschäfte, zumal der allgemeine Geldbedarf andauernd außerordentlich groß ist, in die unangenehme Lage gekommen, die baren Auszahlungen in erheblichem Maße vorübergehend einschränken zu müssen, um die vorhandenen Barbestände möglichst gleichmäßig und gerecht verteilen zu können.

Es ist mit Sicherheit zu hoffen, daß die augenblickliche Kalamität bereits in Kürze durch Eingang der erforderlichen Banknotenmengen bei der Reichsbank behoben sein dürfte. Bis dahin muß das Publikum und die Geschäftswelt gebeten werden, die Ansprüche auf **Barzahlung** auf das unentbehrliche Mindestmaß zu beschränken und sich, soweit wie irgend möglich, des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs zu bedienen.

An alle diejenigen, bei denen im regelmäßigen Geschäftsverkehr Banknoten eingehen, wird die dringende Bitte gerichtet, alle irgend entbehrlichen Barbestände unverzüglich den Geldinstituten zuzuführen, damit für die Lohn- und Gehaltszahlungen wenigstens der dringendste Bedarf gesichert wird.

Dresden, den 31. August 1922.

Die Dresdner Banken und Bankfirmen. [i 119

Hultsch'
Nährzwieback
[i 462
Fernspr. 21 845 **Generalvertreter: P. Bernet,** Webergasse 21.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Volkswohlsaal
Täglich bis mit 1. Oktober:
Vorstellung der Oscar-Junghähnel-Sänger u. -Schauspieler
Anf. 7½ Uhr. - Näheres Plakatsäulen.
Am Sonntag: **Vorstellung.** [i 254

Billig
kaufen Sie, solange Vorrat reicht
Stoffe
in Modefarben f. Anzüge, Kostüme, Schlüpfer, Mäntel sowie
fertige Garderobe
wie Arbeits-, Strapazier-, Militär-, Breeches- und Streifhosen. [i 229
A. Pohorille, Falkenstr. 10.

Olympia-Theater Altmarkt

Fern Andra

in ihrem neuesten Filmwerk

Praschnas Geheimnis

6 Akte — **Prächtige Ausstattung**
Nach dem gleichnamigen Roman von Friedrich Freksa

Weitere Mitwirkende:
Dora Bergner — Frieda Richard — Alphons Fryland
Heinrich Peer — Leopold v. Ledebur — Leonh. Haskel

Wochenschau

[i 343
Beginn der Vorführungen täglich 4, 5¼, 7½ u. 9 Uhr

Preise steigen! Größte Eile geboten!

Stoffe

für Anzüge, Kostüme und Mäntel, Kammgarn, Cheviots, Homespuns, Gabardine, Damentuche, Covercoats, Affenhaut, Eskimo, Flausche, Marengo, Hosenstreifen, Popeline

besonders preiswert
in den billigsten bis zu den besten Qualitäten.
Billigste Bezugsquelle für Händler!

Starer & Großmann
22, 1. Grunaer Straße 22, 1. [i 339

Die besten Fleisch- und vorzüglichsten hausschlachtenen **Wurstwaren** kauft man jederzeit preiswert [w 99
23 Scheffelstraße 23

Zur Pflege des äußeren Menschen
ist tägl. Selbstrasieren Bedingung.
Meine einfachen, preiswerten Selbstrasier-Apparate, -Messer etc. ermöglichen Ihnen dieses bei
ganz erheblicher Zeit- und Geldersparnis [w 134
Herrfurth's
Solinger Stahlwarenfabrik und Versandhaus
Nur Große Brüdergasse 43

1 Serie: Eiche hell gemalter
Schlafzimmer
1 Spiegelschrank, 160 cm, ½ Gl., ¼ Gl., 1 Waschkommode m. Sp., 2 Betten, 2 Nachtschr. [w 657
Rob. Andrich, Pillnitzer Str. 26, nur I. Stock.

Decken Sie **jetzt** Ihren Bedarf in
Anzügen, Schuhen, Sommerjacken, Militär-, Manchester- und Streifhosen
bei **Weinberg,** Am See 11. [w 60

Noch kaufen Sie billig!
Anzüge
Schlüpfer
Militärhosen
schw. Tuchhosen, engl. Leder-, Manchester- u. Breeceshosen, Streifhosen, Winterjoppen
Gr. Brüderg. 41, 1.
Kein Laden, 2. Haus vom Postplatz. [i 294
Händler Vorzugspreise
Cleg. Kinder- u. Klappwagen bill. a. verk. Oppellstr. 10, 1.

Spül-Apparate
sämtliche Frauenartikel kauft man im Versandhaus „Diskret"
Freiberger Platz 8
(Hochfeine Frauenbedienung.)

Auf Teilzahlung und [i 280 **gegen bar**
Möbel
Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer
Farbige Küchen
Sofas, Schränke
Kinderbetten
Kinderwagen
Damenmäntel
Damenkleider
Strickjacken
Kostümröcke
Herren-Anzüge
Gardinen
Manufakturwaren
Damen- und Bettwäsche
Jtimann
9, I. Neumarkt 9, I.
im Hause der Post.

Spülapparate
Frauenbinden, Kissen, Unterlagen, Sauger, Leib- und Monatsbinden und alle sanitären Frauenartikel.
Damenwäsche „Jelida".
Sanitätshaus [i 230
M. Thierfelder
Amalienstr. 28, 1.

Anzüge in [i 738
unter Verarbeitung preiswert.
E. Goldhammer
Große Brüdergasse 19

Trauringe
Uhren u. Goldwaren.
E. Rudolph
Wettinerstraße 52

Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schläuche, Monatsgürtel, Ersatzteile
Fr. Heusinger
Jüdenhof 3 [i 248
am Ende der Galeriestr.

Musikinstrumente
aller Art, auch defekte, kauft u. tauscht
13 Otto Friebel 13
Ziegelstraße
Eckhaus Steinstraße.
Man achte genau auf meine Adresse! Fernruf 14864. [i 357

Feinste frische Tafel-
Margarine
Pfd. 170. N. Schweineschmalz Pfd. 255.
Preis 9, Schäferstraße 9. [b 717

Achtung!
Dobritz.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. sämtl. Parteiliteratur Annahme von Inseraten
R. Lecht
Georg-Marwitz-Str. 71.

Strengste Diskretion
Möbel
auf Teilzahlung und gegen bar
kompl. Schlafzimmer
kompl. Küchen
Chaiselongues u. Sofas
Kleiderschränke
Bettstellen
glas. Küchenschränke
Tische und Stühle
Mod. Zahlungserleichterung bei [i 342
S. Osswald
Dresden, Marienstr. 12, I.
Kredit auch a. auswärt.

Das heilige Feuer von Jürgen Brand. Volksbuchhandlung.

Große Auswahl in
Für Herren! Stoffen! Für Damen!
Ulsterstoffe, Affenhaut, Flausche und Eskimostoffe, Kammgarne, Hosenstreifen und Kammgarn-Cheviots, Damentuche, Gabardine und Twills, Anzugstoffe, Marengos und Homespun, Manchester, Covercoats, Futterstoffe usw.
Alles noch sehr preiswert!
Für Wiederverkäufer besondere Preise. [w 379
13,2. Baron & Co. 13,2.
Grunaer Straße

„Geheimratsmaschine!“

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

An diesen historischen Ausspruch Bismarcks wird man denken müssen, wenn man gezwungen ist, mit dem Oberversicherungsamt Dresden über die Durchführung des für die Krankenkassenangestellten bestehenden Tarifvertrags zu verhandeln. Was für jeden, der im öffentlichen Leben steht, eine Selbstverständlichkeit bedeutet, brauchen die Herren Geheim- und andern Räte noch nicht einmal zu ahnen!

„Und die Gewohnheit nennt er seine Amme!“ Jeder Arbeitnehmer und jeder Arbeitgeber weiß, daß abgeschlossene Tarifverträge auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 unabdingbar sind, d. h. nicht zuungunsten der Arbeitnehmer abgeändert werden dürfen. Die sächsischen Oberversicherungsämter, insbesondere das der Kreishauptmannschaft Dresden, säugen heute noch die für sie so süße Milch der Reichsversicherungsordnung, eines Gesetzes, das im Jahre 1911 geschaffen wurde, dessen Bestimmungen sich im allgemeinen gegen die sozialdemokratischen Kassenvorstände und die freigewerkschaftlich organisierten Kassenangestellten richten. Daß unterdessen ein neues Arbeitsrecht geschaffen wurde, daß es einen Artikel 165 der Reichsverfassung gibt — das alles wissen die Herren Räte im Oberversicherungsamt Dresden nicht! Die bestehenden Tarifverträge zu beachten, fällt ihnen gar nicht ein; sie maßen sich heute noch auf Grund des § 366 der R. V. O. das Recht an, Tarifverträge nach eigenem Gutdünken — natürlich immer zuungunsten der Angestellten — abzuändern. „Wir halten uns an das Gesetz!“ ist die ständige Redensart dieser Herren; natürlich nicht an das neue Gesetz, sondern an das alte; denn die liebe Amme Gewohnheit muß doch auch zu ihrem Rechte kommen. Daß der Buchstabe tötet, der Geist aber lebendig macht, kann die Herren wenig stören — und so arbeitet die Geheimratsmaschine heute noch so, wie sie zu Bismarcks Zeiten gearbeitet hat.

Herr Geheimrat Schmidt vom Oberversicherungsamt Dresden hat seine eigene Geheimratsmaschine. Diese wurde den Teilnehmern an einer Besprechung vor einigen Tagen, die vom Zentralverband der Angestellten erbeten wurde, vorgeführt. Diese Besprechung sollte nach dem Wunsch des Herrn Geheimrats in Gegenwart von zwei Gegnern des Tarifvertrags (Vertreter des gelben Bundes Deutscher Krankenkassenbeamten!) stattfinden. Als sich die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten weigerten, in Gegenwart dieser Herren zu verhandeln, erklärte Herr Schmidt, daß dann eben die Besprechung nicht stattfinde. Die Geheimratsmaschine war also im schönsten Gange und konnte in ihrem rasenden Laufe nur durch eine Anweisung des Arbeitsministeriums aufgehalten werden. Herr Schmidt mußte auf die Anwesenheit der von ihm gebetenen Tarifgegner verzichten. So etwas ist natürlich schmerzlich für einen Geheimrat und deshalb waren sich die Mitglieder des Z. d. A. gar nicht im unklaren darüber, daß ein positives Ergebnis der Besprechung nicht zu erwarten war. So kam es natürlich auch: Herr Schmidt geruhte die Vertreter des Z. d. A. anzuhören, stützte sich — buchstäblich — auf „sein“ Gesetz, zeigte herzlich wenig Kenntnis vom neuen Arbeitsrecht und — verschwand, ohne die Teilnehmer an der Besprechung eines geheimrätlichen Grußes zu würdigen. Es war 1 Uhr nachmittags geworden — und: „Der Bureaukrat tut seine Pflicht — von neun bis eins; mehr tut er nicht!“ (Obersteiger). Die Akten wurden schon während der Besprechung mehrfach zugeklappt und den Vertretern des Z. d. A. erklärt, wenn sie sich seiner — des Herrn Schmidt — Auffassung nicht anschließen wollten, sei die Besprechung erledigt. Und nun läuft die Geheimratsmaschine ihre alte Tourenzahl!

Wir fragen allen Ernstes: Wie lange noch soll dieser Geist in einer Behörde maßgebend sein? Wie lange noch werden die Versicherten ruhig zusehen, wie die Geheimratsmaschine das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zermalmt? Wie lange noch wird das Arbeitsministerium Beamte dulden, die ganz offensichtlich seine Anweisungen sabotieren?

Lange darf es nicht mehr dauern, weil die organisierten Kassenangestellten gewerkschaftliche Waffen auch zu gebrauchen verstehen! Das sollte auch Herr Schmidt in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen!

•

Nicht nur die Krankenkassenbeamten, sondern auch die Krankenkassen haben unter der Geheimratsmaschine des Oberversicherungsamtes Dresden zu leiden. Das zeigt folgender Bericht:

Der Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden hielt am 28. August schon wieder — nach vier Wochen — eine Sitzung ab, deren Grundton auf Kampf gestimmt war — Kampf gegen das Oberversicherungsamt Dresden. Kampf gegen ein seit Jahren geübtes kleinliches und bevormundendes Verfahren gegenüber einem achtunggebietenden Institut und gegen dessen Verwalter, die doch, Vorstand und Ausschuß zusammen 110 Personen, auch nicht die Dümmsten sind und reiflich überlegen, ehe sie etwas beschließen. Aber was hilft's, drüben in der Kasernenstraße sitzen zwei Herren, die alles viel besser wissen, obwohl sie von tiefem Einblick in die schweren Nöte der Kasse und ihrer Mitglieder nicht angekränkelt sind.

Vor vier Wochen beschloß der Ausschuß einen Satzungsnachtrag, um den Grundlohn auf 120 M. zu bringen; dabei wurden vierzehn Beitragsstufen bzw. Lohngruppen gebildet, deren vier erste aber dem O. V. A. nicht genügten. Und nun beachte man das Uebermaß von Scharfsinn, das in folgender Abweichung zutage tritt:

Kassenbeschluß:	Oberversicherungsamt:
1. Lohn bis 7 Mark	1. bis 7 Mark
2. 7 „ 10 „	2. 7 „ 9 „
3. 10 „ 15 „	3. 9 „ 11 „
4. 15 „ 20 „	4. 11 „ 13 „
	5. 13 „ 16 „
	6. 16 „ 20 „

Heute spielen bekanntlich Unterschiede von zwei und drei Mark gar keine Rolle mehr, wohl aber bedeuten zwei Klassen mehr ein gewaltiges Mehr an Arbeit für die Kasse. Mitglieder dieser sechs Klassen, die in den verflossenen vier Wochen krank waren, würden kaum eine für sie günstigere Wirkung gespürt haben.

Zum zweiten war für die „hohe Behörde“ Stein des Anstoßes eine anderweite Regelung der Entschädigung für die (ehrenamtlich tätigen) Vorstands- und Ausschußmitglieder von jetzt 15 M. für die Stunde auf einen angemessenere Betrag. Es war vorgeschlagen und beschlossen, daß in jedem Falle der entgangene Arbeitsverdienst oder Pauschale für Zeitverlust vergütet würde, daneben eine Aufwandsvergütung in der Höhe, wie sie die Mitglieder des Rates und die Stadtverordneten jeweils erhalten. Ablehnung war die Antwort des O. V. A. — und warum? Weil nach solcher Bestimmung einmal jemand, der kein Minister ist, ministerähnliche Entschädigung erhalten könnte!! Inzwischen ist nun eine Verordnung des Arbeitsministeriums ergangen, die etwas mehr Verständnis für die Nöte der Zeit zeigt und doch wenigstens die Entschädigung für den vollen Tag einschließlich Uebernachtung und Arbeitsverdienst von 250 M. auf 480 M. bringt.

Das waren die Streitgegenstände, wegen deren eine Verschleppung um mindestens sechs Wochen eingetreten ist und damit ein gewaltiger Verlust an Beiträgen, die von 6 Prozent auf 8 Prozent gesteigert werden mußten. Das wirkt um so unangenehmer, als die Ausgaben fortgesetzt ins Ungemessene steigen — besonders für Arzthonorare, Gehälter und Löhne, Arzneimittel, Krankenhauskosten, Brillen, Bandagen u. a. m.

Dem Unwillen, der die Versammlung, besonders die Seite der Versichertenvertreter, erfüllte, gaben in scharfer Abwehr die Genossen Fräßdorf, Menke und Starke beredten Ausdruck und selbst die — an sich geduldigeren — Verwaltungsdirektoren fanden Worte des Unwillens über den Verkehr mit der Oberbehörde. Genosse Menke stellte einen Antrag, nach dem der Vorstand gegen das O. V. A. Beschwerde führen und verlangen soll, daß an Stelle der Bureaukraten aus Friedrich Augusts Zeit neuzeitlich fühlende und denkende Menschen gesetzt werden. Mit großer Mehrheit — nicht nur der Versichertenvertreter — wurde der Antrag angenommen.

Die Versammlung nahm noch einige Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Aerzten entgegen; es geht sehr schwer vorwärts, da diese immer neue Rechte entdecken, die sie selbstverständlich wahrnehmen müssen. Es kann noch ein Weilchen dauern, ehe die Mitglieder zu ihrem Recht kommen. In aller Kürze dürfte eine weitere Versammlung nötig werden, um so eher, je schneller die Mark wertlos wird.

Der Idealismus und Opfersinn

im Sozialismus kommt täglich neu zum Ausdruck. Der Aufforderung der Landesversammlung, einen Stundenlohnbeitrag abzuführen, um siegesfroh dem kommenden Wahlkampf entgegensehen zu können, sind nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch politisch Nichtorganisierte willig gefolgt. In einer Anzahl Betriebe haben alle Werktätigen das Opfer gebracht und damit bekundet, daß sie unsre Zeit begriffen haben; eine Zeit, die nicht Worte, sondern Taten von uns fordert.

Diese Tat ist die Ablieferung des Stundenlohnbeitrages.

Sächsische Angelegenheiten

Die Entscheidungssitzung des Landtags

Wie der Präsident des Landtages der Regierung mitgeteilt hat, wird der Landtag nicht am 6. September, wie irrtümlich in einem Teil der Presse berichtet worden war, sondern am 14. September zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten, um über die Auflösung des Landtages zu beschließen.

Diese Mitteilung entspricht einem Beschlusse des Aeltestenausschusses des Landtages, der in seiner Sitzung am Mittwoch die nächste Vollsitzung auf den 14. September anberaumte. Wenn in dieser Sitzung die bürgerlich-kommunistische Landtagsmehrheit die fristlose Auflösung des Landtages beschließen sollte, was nach dem schon gestern mitgeteilten Ergebnis der gestrigen Rechtsausschußsitzung sicher zu sein scheint, dann wären die Landtagsneuwahlen nach der Verfassung innerhalb von sechs Wochen nach dem Auflösungsbeschluß, also spätestens bis zum 26. Oktober, vorzunehmen. Voraussichtlich werden sie auf den letzten Sonntag vor diesem endgültigen Termin, also auf den 22. Oktober 1922, anberaumt werden.

Kein Anlaß zur Beunruhigung

In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags gab der Ministerpräsident die Erklärung ab, daß der augenblickliche Mangel an Zahlungsmitteln, der hier und da die rechtzeitige Lohn- und Gehaltszahlung unmöglich gemacht habe, keinen Anlaß zur Beunruhigung biete. In kürzester Zeit würden die herrschenden Schwierigkeiten überwunden sein.

Aehnliche beruhigende Erklärungen gab der Ministerpräsident einer Vertretung des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände ab. Er teilte mit, daß die Regierung sofort an die in Frage kommenden Reichsstellen herantreten wird. Irgendwelche Anlässe zur Beunruhigung liegen nicht vor, da diese Dinge nur eine Auswirkung des seinerzeitigen Buchdruckerstreiks in Berlin und der augenblicklichen kolossalen Entwertung der Mark sind. Die gesamte Oeffentlichkeit wird aufgefordert, Ruhe zu bewahren, da die Aussicht besteht, die besagten Uebelstände in den nächsten Tagen zu beseitigen.

Deutsch-polnische Verhandlungen

Am 4. September beginnen in Dresden die Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Bevollmächtigten, um den Abschluß eines deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrags vorzubereiten.

Deutschnationale Kartoffeln

Die Leipziger Volkszeitung ist in der Lage, den folgenden Bettelbrief des Vereins Leipzig der Deutschnationalen Volkspartei an seine Mitglieder veröffentlichen zu können:

„An unsre Mitglieder!

Unheilvolle Wochen liegen hinter uns, und wir können jetzt erst sagen, daß wir die Krisis ohne Opfer überstanden haben.

Die Ferien sind vorüber, wir müssen mit neuer Kraft an die Arbeit, die leider einige Wochen hat brachliegen müssen.

Wir erwarten von allen unsern Mitgliedern, daß wir auch diesmal auf die Unterstützung eines jeden rechnen dürfen, und daß sich jeder einzelne in unsre gemeinsame Arbeit einfügt, um so mehr die Landtagswahl vor der Tür steht, um immer in unermüdlicher Kleinarbeit alle unsre Mitmenschen darauf hinzuweisen, soweit sie noch nicht zu uns gehören, daß die Folgen unsers wirtschaftlichen Niederganges und die maßlose Teuerung nur eine Folge der unglückseligen Erfüllungspolitik der heutigen Machthaber ist.

So bedauerlich es ist, sind die Mitgliedsbeiträge für 1922 noch immer zum großen Teil nicht eingezahlt. Wir bitten, das Versäumte recht bald nachzuholen.

Aber an alle unsre Mitglieder müssen wir die dringliche und herzliche Bitte richten, uns größere Beiträge zukommen zu lassen, da auch wir unter der großen Teuerung zu leiden haben, und 20 Mark Mitgliedsbeitrag trotz größter Sparsamkeit nicht im entferntesten ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Ein jeder bedenke, daß die Sozialdemokraten in der Woche mehr Beitrag bezahlen, als unsre Mitglieder im ganzen Jahr!

Die kommende Landtagswahl wird außerdem erhebliche Anforderungen in finanzieller Beziehung an uns stellen.

Auch unsre wirtschaftliche Hilfsaktion, die wir im kommenden Winter für unsre Mitglieder eingerichtet haben, verlangt Geld, um notwendige Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln zu beschaffen. Wir hoffen, daß wir in diesem Jahre alle unsre Mitglieder mit verbilligten Kartoffeln beliefern können.

Wir bitten, die uns zugedachten Spenden auf unser Postscheckkonto, Girokasse oder Georgiring 7, einzahlen zu wollen.

Keiner schließe sich aus! Ein jeder trage dazu bei, um uns für die kommenden Landtagswahlen voll kampfkräftig zu machen. Ohne Opfer kein Erfolg!

Mit deutschem Gruß! (Unterschriften.)“

39

Pioniere

Roman aus dem Norden von Ernst Dihring

Aus dem Schwedischen übertragen von Else v. Hollander

Als Langarnisse das Buch nehmen wollte, das von seinem Kopf auf den Tisch gefallen war, legte sich eine große Hand auf das Buch.

„Was ist los?“ sagte Langarnisse und stand auf. Instinktiv schielte er nach der Tür, während er die Scheine in die Tasche stopfte. Die Tür war frei.

„Was los ist?“ sagte der Besitzer der Hand und beugte sich so weit vor, daß das Gesicht im Rauch sichtbar wurde. Es war Hansson. „Was los ist?“ wiederholte er und nahm das Buch an sich. „Soll ich sagen, was los ist?“ fragte er.

Es war plötzlich merkwürdig still in der Baracke geworden, und von allen Seiten starrten sonderbar rote Blicke durch den Nebel auf Langarnisse, und es kamen immer mehr hinzu.

„Warum schmeißt du dich so viel?“ fragte Hansson, „wenn du hoch spielst?“

„Schmeißen?“ stotterte Langarnisse. „Schmeißen?“

Das Stimmengemurmel um den Tisch wurde stärker, aber doch hörte Langarnisse, wie ein Glas über den Tisch rollte, auf den Boden fiel und zerbrach.

„Du Lump!“ schrie Hansson plötzlich auf, beugte sich über den Tisch und riß das Taschentuch aus Langarnisses Tasche, so daß Könige und Damen umhertanzten. Im selben Augenblick warf Langarnisse die Kognakflasche gegen die Lampe, sprang über ein paar Fässer, bekam einen Fußtritt und stürzte zur Tür hinaus, während Maja laut schrie.

Wie ein Orkan folgten ihm die Burschen. Tische wurden umgeworfen, Flaschen zertrampelt, ein Klumpen von Gestalten klemmte sich in der Türöffnung fest, mit wirbelnden Armen und Beinen, löste sich aber auf, und die Arbeiter, mit Sköld an der Spitze, stürmten in die Nacht hinaus.

Es war eine richtige wilde Jagd. Ein paar Revolverschüsse knallten.

Langarnisse rannte wie besessen zum See hinunter. Er hatte einen guten Vorsprung, und außerdem war er völlig nüchtern im Gegensatz zu den Arbeitern, die anfänglich gute Fahrt hatten, dann aber stolperten, sich auf dem Boden wälzten und zurückblieben.

Der Mond hatte den Eiskeller im Berge verlassen und war hoch an den Himmel hinaufgewandert, und da stand er und leuchtete unbarmherzig auf Langarnisse herab.

Nach Hause zu gehen wagte er nicht, sondern nahm den Kurs wieder zur Bahn hinauf. Er sah sich um. Nur zwei Gestalten folgten ihm, und die eilten wie Schatten weit hinter ihm.

Langarnisse lief auf den Bahndamm hinauf, so daß die andern ihn im Mondschein deutlich sahen. Man hörte einen Rachegeschrei durch die Luft gellen, und wieder knallten einige Schüsse.

Als Langarnisse an die Schlucht kam, wo sie ihn nicht mehr sehen konnten, sprang er wie ein Hase den Abhang hinunter, und versteckte sich im Birkenwald. Nach einer Weile stürmten die Schatten oben auf dem Bahndamm an ihm vorbei. Es waren Sköld und Kleinjakob. Langarnisse lachte. Lauft nur, dachte er, ich ruhe mich aus.

Sicherheitshalber kroch er wieder zur Bahn hinunter und in einen Kohlenschuppen hinein. Da war es schmutzig und feucht, aber ein prächtiges Versteck. Dort lag er auch und hörte, wie die Schatten schnaufend von der Jagd zurückkehrten, während sie allerhand rachgierige Betrachtungen über „diesen verdammten Falschspieler“ anstellten.

Wohl eine Stunde lag Langarnisse still in dem Kohlenschuppen, dann erst wagte er leise und vorsichtig herauszukriechen. Er blieb noch eine gute Weile regungslos in der Oeffnung liegen, hörte aber nichts Verdächtiges. Die Schneehühner krächzten dann und wann draußen in den Schlingen, und manchmal knackte ein Zweig im Dunklen, aber das war wohl ein Rentier auf einer nächtlichen Wanderung.

Langarnisse kroch vorsichtig aus dem Loch heraus. Auf den Bahndamm wagte er sich nicht hinauf, sondern kroch eine weite Strecke in seinem Schatten vorwärts, bis er die Zeit für gekommen hielt, sich hinüber zu begeben. Wie ein Wilddieb kroch er auf dem Bauch über den Damm und hastete auf der andern Seite hinunter. Erst dann erhob er sich.

Eines war ihm völlig klar. Er hatte sich da oben unmöglich gemacht. Das beste war, sich je eher desto besser an eine andre Stelle der Bahn zu begeben, wo seine Talente noch unbekannt waren. Die Leute hier würden natürlich die ganze Nacht weiterfeiern, so konnte er sich sehr wohl nach Hause wagen und den kleinen Blechkasten holen, der unten in der Schnapsgrube lag und den Gewinn mancher Spielorgie enthielt.

Langarnisse lief mit beschwingten Schritten zum See hinunter. Er sah die Baracken der siebenundzwanzigsten Schicht. Sie waren noch hell. Er lachte, während er weiterlief. Amüsiert euch nur, Jungens, dachte er.

Wenn ich nur erst auf dem nächsten Hügel bin, sehe ich das Haus, und dann dauert es nur ein paar Minuten, den Kasten zu holen und mich davonzumachen. Ich kann die ganze Nacht lang laufen. Die Nacht ist feinfein. Es ist ein Vergnügen, zu marschieren. Und dann dieser schöne Mondschein!

Langarnisse blieb stehen. Was war das für ein Geruch?

Er witterte mit geblähten Nasenlöchern. Ein sonderbarer Geruch. Er stieg langsam die Höhe hinan.

Was war das für ein Lärm? Feuerlärm?

Er legte sich nieder. Nein, jetzt war es wieder still. Direkt über der Höhe stand der Mond, und als Langarnisse so dalag und hinaufblickte, konnte er nicht umhin, ihn anzusehen. Er hatte das Gefühl, er grüne ihn förmlich an. Aber das war natürlich nur Einbildung. Was war das für ein sonderbares Licht, das dort hinter der Höhe flammte? Fast wie Nordlicht. Es konnte aber noch kein Nordlicht sein Ende August. Was mochte es sein? Es war auch ein niederträchtiger Geruch. Waren es Lappen, die hier rasteten und Kaffee kochten? Oder —?

Langarnisse bekam Magenkneifen von dem plötzlichen Schreck, der ihn überfiel. Er mußte um jeden Preis Gewißheit haben.

Aeußerst vorsichtig kroch er jetzt die Höhe hinauf. Das Licht dahinter wurde heller, wurde gelb, rot, und dann sah er Flammen und Rauch. Er streckte den Kopf über den Hügelrand. Da hatte er das Bild vor sich, unter sich.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Da die deutschnationalen Argumente nicht mehr ziehen, so sollen es die deutschnationalen Kartoffeln tun, die von den Produzenten auch billiger geliefert werden können. Ein Beweis, daß sie den andern Verbrauchern viel zu hohe Preise abnehmen. Während man sonst mit Speck Mäuse fängt, werden die Deutschnationalen mit Kartoffeln auf den Mitglieder- und Wählerfang ausgehen. Gelingt ihnen der Coup, so holen sie hundertfach das wieder aus der armen Bevölkerung heraus, was sie an „Opfern" für die „wirtschaftliche Hilfsaktion" gebracht haben. Die arbeitende Bevölkerung wird diesen schwarzweißroten Rattenfängern hoffentlich die Tür weisen. Bezeichnend ist die Behauptung, daß die Herrschaften die Krisis, das heißt die Zeit nach der Ermordung Rathenaus, ohne Opfer überstanden hätten! Der Reaktion ist also nicht der geringste Abbruch getan worden. Sie steht unversehrt da und rüstet zu neuen Taten, zu neuen Anschlägen gegen die Arbeiterklasse, gegen die Republik. Dann die verlogene Redensart, daß die Teuerung nur die Folge der Erfüllungspolitik sei. Deutschnationalen Wucher, deutschnationale Ausplünderung der Volksmassen gibt es also nicht. Die Riesengewinne, die der Agrarier bei dem Verkauf von Vieh, Getreide, Butter einstreicht, werden verleugnet, und alle Schuld wird auf die jetzige Regierung geschoben. Widerliche Heuchelei, die auch mit den stärksten Worten nicht scharf genug kritisiert werden kann.

Zivildienstrecht der Inhaber eines Versorgungsscheines

Der Sächsische Landesverband des Bundes Deutscher Militäranwärter schreibt uns:

Am 1. September treten die neuen „Anstellungsgrundsätze" für die Inhaber eines Versorgungsscheines in Kraft. Nach deren Bestimmungen sind in Zukunft die Inhaber eines Zivilversorgungsscheines aus dem alten Heer einschließlich Marine, Gendarmerie und Schutzmannschaft, des Zivildienstscheines aus dem 100 000-Mann-Heer und der 15 000-Mann-Marine, des Beamtenscheines der Schwerbeschädigten und des Polizeiversorgungsscheines von den Behörden als Beamtenanwärter zu übernehmen. Leider sind viele von den beteiligten Kreisen geäußerten Wünschen nicht in Erfüllung gegangen. Immerhin bringen sie Ordnung, Klarheit und stoffliche Verbesserungen. Die Hauptsache ist aber und wird immer sein der Geist und der Wille, in dem die Ausführung geschieht.

An bedeutsamen Neuerungen sind anzuführen: Die Anstellungsgrundsätze für den Reichs- und Staatsdienst einerseits und für den Kommunal- usw. Dienst anderseits sind jetzt die gleichen. Die Erteilung des Versorgungsscheines beschränkt sich nicht mehr auf die Kapitulanten und die aus ihnen hervorgegangenen Polizei- und Landjägerbeamten allein, sondern sie erstreckt sich auch auf Nichtkapitulanten, sofern sie schwerbeschädigt und außerstande sind, einen andern Zivilberuf auszuüben. Auch haben die Langgedienten keinerlei Vorzug bei der Vormerkung und Einberufung in eine Beamtenstelle, vielmehr entscheidet die Reihenfolge der Anmeldung. Die Schwerbeschädigten genießen gewisse Vorzüge. Den Versorgungsanwärtern sind die Stellen der Gruppen I bis III mit einfachen Dienstverrichtungen gänzlich, die Stellen für die Besorgung des Schreibamtes zu drei Viertel, die Eingangsstellen der Gruppen I bis VII im übrigen zur Hälfte, bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu einem Drittel vorbehalten. Die Zahlen sind Mindestsätze. Die Stellen mit technischen Anforderungen sind nunmehr in die anteilig vorbehaltenen einbezogen. Die Stellen im staatlichen und kommunalen Polizeidienst und in der Landjägerei sind den aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Anwärtern gänzlich vorbehalten. Gleiches gilt für die aus der Wehrmacht hervorgegangenen Anwärter hinsichtlich der Stellen im Dienste der Wehrmacht. Bei Verletzung der Anstellungsgrundsätze ist es bei dem bisherigen Beschwerderecht verblieben, auch ist es nicht gelungen, eine Aufsichtsbehörde zu schaffen, die Angebot und Nachfrage regelt, schlichtet und schöpferisch wirkt.

Eine bedeutende Neuerung ist auch die, daß planmäßig angestellte Versorgungsanwärter, die zur Zeit der Anstellung auch für Stellen einer höheren Besoldungsgruppe vorgemerkt sind oder waren, auf Antrag noch zwei Jahre nach Inkrafttreten der Grundsätze in den Bewerberlisten belassen werden. Die seinerzeit bei der planmäßigen Anstellung beispielsweise als Schaffner in der Anwärterliste für Eisenbahnassistenten gestrichenen Anwärter können somit erneut ihre Wiederaufnahme in die Liste beantragen.

Die verschiedenartigsten Belange laufen hier zusammen. Die Güte der Wehrmacht zu Lande und zu Wasser und der Schutzpolizei wird wesentlich von der Handhabung der Bestimmungen, aber auch von dem Geiste und dem Verständnis des deutschen Volkes abhängen, in dem diese Maßnahmen aufgefaßt werden.

Das geschäftliche Messeergebnis

Ein abschließendes Urteil über das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe läßt sich heute noch nicht fällen. Die Berichte aus den Ausstellerkreisen lauten widersprechend. Allseitig wird betont, daß die Messe sich viel versprechend anließ und die erschienenen Einkäufer Kauflust an den Tag legten. Das starke Anziehen des Dollarkurses und die daraus entspringende neue Preiswelle wirkte dann auf das Maßgeschäft hemmend ein. Aus den einzelnen Meßindustrien werden verschiedene Ergebnisse gemeldet. So ist das Geschäft in der Kino- und Photomesse befriedigend. In der vielseitigen Kurz- und Galanteriewarenbranche ist zum Teil ganz gut gekauft worden, z. B. die Zelluloidartikel, weniger gut dagegen in Christbaumschmuck. Auf der technischen Messe nimmt der Besuch bedeutend langsamer ab als in der Innenstadt. Es ist kaum ein Unterschied gegen Mittwoch zu bemerken. Im allgemeinen ist die Stimmung gut. Jedoch wird nach wie vor bei den Lieferanten wie auch bei den Bestellern des Inlandgeschäfts große Zurückhaltung bemerkt. Der Besuch von Ausländern ist zufriedenstellend. Auch heute kann der Geschäftsgang als für die heutigen Verhältnisse befriedigend bezeichnet werden.

Der russische Oberst Kamenski, der des Raubmordes am russischen Oberleutnant Rogatschew bei Brennbarf in Böhmen verdächtig ist, wurde im D-Zuge Plauen—Eger verhaftet. Er hatte zwei neue Koffer mit seidenen Kleidern usw. im Werte von mindestens 500 000 M., mit denen er sich wieder über die Grenze begeben wollte, und außerdem mehrere geladene Revolver und Patronen bei sich. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung einer Dame, die ihn in Plauen erkannt hatte. Er gibt zu, der gesuchte Kamenski zu sein, bestreitet aber die Mordtat. Kamenski war bereits vor kurzem in Plauen wegen Schmuggels zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Städte Bad Gottleuba und Bad Berggießhübel wollen sich zu einer Stadtverwaltung zusammenschließen. In beiden Städten sind zu den Vorarbeiten Ortsausschüsse gebildet worden, die nach Erledigung dieser Vorarbeiten zu einem Gesamtausschuß zusammentraten und der die diesbezüglichen Vorschläge zu machen hat. Als dessen Vorsitzender ist Bürgermeister Hackebeil in Gottleuba und als dessen Stellvertreter Stadtrat Fiedler in Berggießhübel gewählt worden.

Großer Pelzdiebstahl. Das bekannte Leipziger Kaufhaus von Theodor Althoff wurde in der vergangenen Nacht von Einbrechern heimgesucht. Die Diebe hatten es hauptsächlich auf die Pelzabteilung abgesehen. Es fielen ihnen prachtvolle Ausstattungsstücke in die Hände. Der Gesamtwert der gestohlenen Pelzwaren beläuft sich auf 3 bis 4 Millionen Mark.

Ein Automobilunglück ereignete sich bei der gefährlichen Kurve der Staatsstraße zwischen Herrnhut und Ebersbach, wo vor einem Jahre schon ein Fabrikant aus Zittau auf gleiche Weise tödlich verunglückte. Ein mit sieben Personen besetztes Auto prallte infolge Versagens der Bremse auf abschüssiger Straße an das Geländer des Petersbachs, das durchschlagen wurde. Das Auto stürzte die hohe Böschung hinab. Die Insassen stürzten aus dem Wagen, erlitten aber nur leichte Verletzungen.

Eine Jagd nach Kohlenschiebern veranstaltete die Zwickauer Polizei. Es wurden drei Geschirre mit 286 Zentnern beschlagnahmt, die nun an Minderbemittelte verkauft werden.

Stadt-Chronik

Mark-Katastrophe und Konsumgenossenschaften

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" vom 26. August bringt einen Alarmruf, der mit dem dringlichen Satze ausklingt: Rettet die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung! Diese ernsthafteste Mahnung geht von dem rasenden Sturz der Mark und dessen wirtschaftlichen Folgen aus. Dann heißt es:

Wir nähern uns mit Riesenschritten einem Zustand, in dem Ware überhaupt nur noch gegen Vorausbezahlung erhältlich ist. Viele Fabrikanten nehmen heute keine Bestellungen mehr entgegen, wenn ihnen nicht eine Teilzahlung langfristig vorausbezahlt wird. Zucker, Schmalz, Margarine und andre wichtige Bedarfsartikel müssen im Großhandel vorausbezahlt werden. Auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ist diesen Zahlungsbedingungen unterworfen, und sie ist gezwungen, sie den Genossenschaften gegenüber in Anwendung zu bringen. Bei weiterer Geldentwertung muß der Zustand eintreten, daß auch bei der Großeinkaufsgesellschaft jede Kreditgewährung aufhört und Ware nur noch gegen Vorausbezahlung zu erhalten ist. Selbstverständlich müssen auch die Konsumgenossenschaften die bestellten Waren bar oder im voraus bezahlen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, können sie diese Waren nicht führen. Zahlreiche Kleinhändler und Grossisten haben den Vertrieb aller wichtigen Bedarfsartikel, die nur gegen bar erhältlich sind, eingestellt, weil ihnen das Betriebskapital fehlt. Auch das Betriebskapital unsrer Konsumgenossenschaften ist bei weitem nicht ausreichend. Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß der Geschäftsanteil nicht niedriger sein darf, als der Wochenlohn eines besserbezahlten Arbeiters. Trotz aller Beschlüsse ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Wenn jetzt nicht die äußerste Kraftanstrengung gemacht wird, so wird sehr bald die See des Wirtschaftslebens mit den Trümmern gestrandeter Konsumgenossenschaften gefüllt sein. Dem Einschrumpfen des Wertmessers Reichsmark sind die Warenpreise nicht gefolgt. Die Konsumgenossenschaften haben ihr Betriebskapital zugunsten ihrer Mitglieder ausverkauft. Es ist daher unbedingt die Pflicht der Mitglieder, das Betriebskapital durch Erhöhung des Geschäftsanteils wieder aufzufüllen. Der Mangel an Betriebskapital wird überdies in kürzester Frist in den Konsumgenossenschaften zur größten Warenknappheit führen. Auch der private Handel wird versagen. Die Waren werden den Genossenschaften aus der Hand gerissen werden. Sie werden gezwungen sein, um eine gleichmäßige Verteilung herbeizuführen, bei vielen Artikeln zu einer freiwilligen Rationierung zu greifen. Außerdem aber muß sobald als möglich zu dem Grundsatz übergegangen werden, daß für jede Ware außer dem Aufschlag zur Deckung der Geschäftsunkosten der Preis gilt, der erforderlich ist, um die gleiche Warenmenge wieder einzukaufen. Die Genossenschaft muß einen Warenbestand haben. Dieser Warenbestand, der für das Mitglied auf den Lagern der Genossenschaft gehalten wird, muß bezahlt sein. Hierzu dient der Geschäftsanteil des Mitgliedes. Jedes Mitglied, das Waren aus der Verkaufsstelle entnehmen will, muß seinen Anteil an dem Warenbestand in der Form des Geschäftsanteils voll eingezahlt haben. Wenn schon den alten und treuen Mitgliedern nur noch Ware abgelassen werden kann, sofern der Geschäftsanteil voll bezahlt ist, so sind selbstverständlich auch die Beitrittsbedingungen für neue Mitglieder entsprechend zu verschärfen. Auch hier müssen wir die volle Einbezahlung eines Geschäftsanteils fordern.

Der vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann, gezeichnete Aufruf bezeichnet nochmals die Erhöhung des Mitgliedergeschäftsanteils auf zunächst 2000 M. als erste Notwendigkeit, und er fordert zu diesem Zweck die Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen der Konsumvereine. Den Mitgliedern müsse der furchtbare Ernst der Situation klargemacht werden.

Eine Straßenbahnfahrt 8 Mk.

Erst am 7. August war in Dresden der Straßenbahnfahrpreis auf 5 M. erhöht worden. Nun sieht sich — infolge der weiteren Geldentwertung — die Straßenbahnverwaltung schon wieder gezwungen, den Fahrpreis beträchtlich zu erhöhen. Von Montag den 4. September an kostet die einfache Straßenbahnfahrt auf den Stadtlinien 8 Mark.

Eine Tariferhöhung tritt, außer für die Stadtlinien, auch ein für die Linie Leuben—Niedersedlitz—Kleinzschachwitz, die staatlichen Straßenbahnlinien, die Gemeindeverbandslinie Loschwitz—Pillnitz, die Bergbahnen in Loschwitz und für die Güterbeförderung auf der Bühlauer Linie und den Bergbahnen. Sie beträgt ungefähr das 1,5fache der jetzigen Fahrpreise. Der Fahrscheinpreis beträgt nur auf den Stadtlinien 8 M., nach Reick und Laubegast dagegen 10 M. und nach Bühlau 12 M. Kinder zahlen künftig nur den Einheitsfahrpreis von 4 M. auch dort, wo der Fahrpreis für Erwachsene 10 oder 12 M. beträgt. Der Sonntagszuschlag auf den Bergbahnen wird nicht nur wie bisher nachmittags, sondern am ganzen Tage erhoben. Im Uebergangsverkehr mit den fremden Linien reicht künftig die Uebergangsstrecke von Cossebaude her nur bis zum Friedhof Tolkewitz und von Weißig her wieder wie früher, nur bis zum Kurhaus Weißer Hirsch.

Wochenkarten des alten Tarifs gelten noch in der 38. Woche, das ist die Woche vom 4. bis 10. September. Die 6er, 10er und 30er Karten der jetzigen Tarife sind für 30. September gekündigt und gelten daher nur noch bis dahin.

Für die Einigung

Die von der U. S. P. Donnerstag abend nach Hammers Hotel einberufene Volksversammlung hatte wiederum einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Der vorgesehene Referent, Dr. Levi, war wegen Krankheit am Erscheinen verhindert; es referierte an seiner Stelle Redakteur Saupe aus Leipzig über „Die politische Lage und das Einigungsproblem". Die Lage schilderte er ganz in Uebereinstimmung mit unsrer, von Rednern und Zeitungen allezeit vertretenen Auffassung. Der Arbeiterschaft steht noch ein großer Kampf mit dem Kapitalismus bevor, in diesem muß sie einig sein, und der Redner nannte es erfreulich, daß wenigstens die Einigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in sicherer Aussicht steht.

Infolge eines der blöden Zwischenrufe, in denen die Kommunisten (sie waren wieder zahlreich erschienen) groß sind, kam es zu stürmischen Szenen, die aber zeigten, daß die Freunde der Einigung an Zahl überwiegend sind. Der Redner gab zu, daß die U. S. P. seit ihrer Reichskonferenz eine Rechtsschwenkung gemacht, um mit der S. P. D. zusammen für die Arbeiterschaft herauszuholen, was möglich ist, ja selbst in gemeinschaftlicher Regierung mit den Linksparteien der Bürgerlichen. Allerdings könne niemand mit Bestimmtheit voraussagen, ob das Proletariat als Sieger aus den kommenden Kämpfen hervorgehen werde. Der Redner appelliert aber an alle Anwesenden, den Zusammenschluß zum Heil des Sozialismus zu fördern.

Tosender Beifall folgte der Rede, in dem die Opposition der Kommunisten schmählich unterging. In der Aussprache brachte der Kommunist Franke, in Ermangelung eines Besseren, die alte Forderung eines Reichsbetriebsrätekongresses wieder zum Vorschein. Er polemisierte im übrigen mit dem nichtanwesenden Levi. Franke hofft auf den Bürgerkrieg und einen internationalen Kongreß aller Arbeiterparteien. Weckel hält dann den Kommunisten viele ihrer Sünden und Dummheiten vor, was deren Skandalsucht lebendig macht; es kam fast zu Tätlichkeiten. Die fernere Debatte förderte nichts Wesentliches zutage. Im Schlußwort beschäftigte auch Saupe sich noch mit den Kommunisten und warnt vor der Hoffnung eines plötzlichen Umschwunges im Wirtschaftsleben. Der Sozialismus kann nur durch langsames Vordringen infolge positiver Arbeit sein Ziel erreichen.

Gegen 10¾ Uhr war die Versammlung zu Ende. Sie wurde mit einem allgemeinen Gesang geschlossen.

Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner

Der Gau Sachsen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten schreibt uns, Unter dieser Ueberschrift sind in letzter Zeit mehrfach Notizen durch die Tageszeitungen gegangen, neuerdings auch wieder vom Hauptversorgungsamt Dresden, die geeignet sind, in der Oeffentlichkeit sowohl als auch in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine völlig falsche Meinung über die neuen Teuerungsmaßnahmen der Reichsregierung aufkommen zu lassen. Der Fernstehende oder Unwissende wird beim Lesen dieser Notizen die Auffassung haben, daß hiernach die Schwerkriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen schlechthin Teuerungszuschläge in Höhe von mehreren Hundert Mark monatlich zu ihren Renten erhalten. Demgegenüber sei kurz folgendes festgestellt:

Nach dem Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1922 werden Teuerungszuschläge nur an die bedürftigen Schwerkriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen und ganz ausnahmsweise auch an bedürftige Leichtbeschädigte gewährt. Aber bei den Einkommensgrenzen nach diesem Gesetz, die für die Gewährung des Teuerungszuschlages maßgebend sind, sind noch nicht einmal alle bedürftigen Kriegsopfer empfangsberechtigt. Das ergibt sich ohne weiteres aus nachstehendem Beispiel: Nach den Sätzen für den Monat August erhielt denselben Teuerungszuschuß ein in der Erwerbsfähigkeit um 80 v. H. geminderter Schwerkriegsbeschädigter mit drei Kindern in der Ortsklasse A erst dann, wenn sein monatliches Einkommen neben der Rente 1860 M. betrug! Dieser Schwerbeschädigte bekam dann für sich und seine drei Kinder zu seiner Rente von 622,05 M. (mit einfacher Ausgleichszulage) einen Teuerungszuschuß von 1100 M. monatlich. Hatte dieser Schwerbeschädigte neben seiner Rente ein Einkommen von rund 2063 M. monatlich, dann erhielt er 675 M., also den halben Teuerungszuschlag. Noch etwas niedriger sind die Einkommensgrenzen bei den Kriegerwitwen. Dagegen werden hier in der Regel an die Kriegerwaisen die Teuerungszuschläge auch dann gewährt, wenn die Witwe im Erwerbsleben steht. Für den Monat September haben sich diese Einkommensgrenzen etwas erhöht, weil die Zuschüsse höher geworden sind. Danach erhält ein Schwerbeschädigter, wie oben angeführt, den vollen Teuerungszuschlag von 1860 M. monatlich dann, wenn er neben der Rente von 622,05 M. ein monatliches Einkommen von 2250 M. und der halbe Teuerungszuschuß steht ihm dann zu, wenn er ein monatliches Einkommen von 3063 M. hat. Hatte dieser Schwerbeschädigte im August neben seiner Rente ein monatliches Einkommen von mehr als 3063 M., dann war er nicht mehr bedürftig und erhielt keinen Teuerungszuschuß. Im September erhält dieser Schwerbeschädigte einen Teuerungszuschuß dann nicht, wenn sein Einkommen neben der Rente 5063 M. übersteigt.

So sieht in Wirklichkeit die Versorgung der Kriegsopfer aus. Es dürfte sich hiernach die Frage erübrigen, ob ein Schwerkriegsbeschädigter, der vier Fünftel seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, mit Frau und drei Kindern bei einem Teuerungszuschuß von 1860 M. und 622,05 M. Rente existieren kann. Es braucht wohl auch nicht die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auch ein Schwerbeschädigter mit 80 v. H. Erwerbsbeschränkung (Frau und drei Kinder) und einem Einkommen von etwas über 5063 M. monatlich neben seiner Rente von 622,05 M. unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr als bedürftig anzusehen ist. Die Oeffentlichkeit mag sich hierüber selbst ein Urteil bilden und entscheiden, ob es richtig ist, wenn so oft von der guten und ausreichenden Versorgung der Kriegsopfer Deutschlands gesprochen wird.

Müller-Heim als Kläger

Der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Heinrich Fleißner, wurde von Müller-Heim verklagt, weil die L. V. im Mai dieses Jahres eine Notiz der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei, die sich mit Herrn Müller-Heim beschäftigte, übernommen und sie mit der Ueberschrift „Ein Verleumder gestellt" versehen hatte. Vor Eintritt in die Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht beantragte der Beklagte, die Verhandlung auszusetzen, bis ein vom Ministerpräsidenten Buck gestellter Strafantrag gegen Müller-Heim wegen Beleidigung zum Austrag gekommen ist. Er stützte sich dabei auf die §§ 190 und 191 des Strafgesetzbuches. Das lehnte das Gericht ab mit der Begründung, es könne unter Umständen eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung erfolgen, wozu ein Wahrheitsbeweis nicht geführt werden kann. Der Klageantrag deutete aber nicht nur auf formale Beleidigung, sondern auch auf Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen, und der Eröffnungsbeschluß ließ die formale Beleidigung überhaupt aus dem Spiel. Dazu war notwendig, daß der Wahrheitsbeweis geführt wurde. Wäre dies auch nur in der Hauptsache erbracht worden, dann mußte Fleißner freigesprochen werden. Der Angeklagte beantragte daher Vertagung der Verhandlung, damit er Gelegenheit fände, den Wahrheitsbeweis zu führen. Jetzt sei er dazu nicht in der Lage, weil er im guten Glauben, daß die Aussetzung des Verfahrens bis nach dem Prozeß Buck—Müller-Heim erfolgen würde, keinerlei Vorbereitungen dazu getroffen habe. Doch das Gericht lehnte auch dies ab; es läge nur eine formale Beleidigung vor, wegen der Fleißner schließlich zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Vorzugseintrittspreise im städtischen Günzbad für Dresdner Einwohner. Vom 1. September d. J. an ist Dresdner Einwohnern die Möglichkeit zur Benutzung des Bades zu ermäßigten Eintrittspreisen gegeben, sofern nicht Einzelkarten, sondern Fünferkarten gelöst werden. Die Fünferkarten werden für alle Arten von Bädern gegen Vorlegung des Dresdner Einwohnermeldescheins ausgegeben. Sie gelten drei Monate lang vom Tage ihrer Lösung an und sind nur an Dresdner Einwohner übertragbar. Uebertretung dieser Bestimmung ist strafbar. Bei Gebrauch von Fünferkarten kostet ein Bad nur zwei Fünftel des Preises einer Einzelkarte. — Jeden Sonnabend findet in den beiden Schwimmhallen von nachmittags 2 Uhr an sogenannter Volksbadetag statt, an dem zu halben Preisen, 6 M. für Erwachsene, 3 M. für Schüler und Kinder, gebadet werden kann. Für den Volksbadetag werden Einzelkarten für alle Besucher ausgegeben. Zur Lösung dieser Karten ist die Vorlegung des Einwohnermeldescheins nicht erforderlich. Schulklassen, einschließlich Fortbildungsschulklassen usw., können unter Führung ihrer Lehrer auch an jedem andern Werktage zu Volksbadepreisen in den Schwimmhallen baden. — Auf die neu eingerichtete Kurbadeabteilung wird besonders aufmerksam gemacht. Es werden Kohlensäure-, Sauerstoff-, Schwefel-, elektrische Licht-, Kaiser-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dampf-, Fichtennadel-, Gerbstoff-, Soda- und Solebäder verabreicht. Das Bad ist an allen Werktagen von vormittags 10 bis abends 7½ Uhr, Sonnabends bis abends 8 Uhr geöffnet. Es wird allgemein interessieren, daß das allseitig als mustergültig anerkannte Günzbad in der Zeit vom 1. Mai bis Mitte August dieses Jahres von über 100 000 badenden Personen besucht worden ist. Davon haben allein 78 867 zahlende Besucher in den Schwimmhallen gebadet.

Anstellungsgrundsätze für Versorgungsanwärter. Reichsrat und Reichstag haben zu den neuen Anstellungsgrundsätzen ihre Zustimmung erteilt. Wir verweisen nochmals auf folgende Einzelheiten: Versorgungsanwärter sind nach diesen Grundsätzen die Inhaber des Zivilversorgungscheines (Militäranwärter), d. h. für die Wehrmacht der Zivildienstschein für die Schutzpolizei, der Polizeiversorgungsschein und der an Schwerbeschädigte verliehene Beamtenschein. — Die informatorische Beschäftigung ist weggefallen. Jeder Bewerber, dessen Unbrauchbarkeit sich nicht ohne weiteres aus der Bewerbung ergibt, ist in eine Bewerberliste einzutragen. Die Reihenfolge dieser Eintragungen ist für die Einberufung maßgebend (nicht mehr „in Betracht zu ziehen", wie bisher). Soll von ihr ausnahmsweise einmal abgewichen werden, dann ist vorher die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Vorprüfungen sind nach der Vormerkung und in der Reihenfolge der Eintragungen abzuhalten. Fachprüfungen dürfen dem Versorgungsanwärter erst am Schluß der Probezeit auferlegt werden. Diese darf im allgemeinen höchstens ein Jahr betragen. Nur wenn für Zivilanwärter derselben Laufbahn eine längere Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, darf sie bis zur Dauer von drei Jahren ausgedehnt werden. Die über ein Jahr hinausgehende Ausbildungszeit wird dann auf das Diätariendienstalter und als außerplanmäßige Dienstzeit angerechnet. Die Vorzugsberechtigung der Unteroffiziere mit mindestens achtjähriger Dienstzeit ist aufgehoben. Schwerbeschädigte sind mit dem Tage vorzumerken, an dem sie wegen ihres Leidens erstmalig in ein Lazarett aufgenommen sind. Bei Einberufungen sind sie für die erste und dann für jede fünfte frei werdende Stelle zu bevorzugen.

Das Bezirksamt für Kriegerfürsorge teilt mit: Ehemalige Unteroffiziere und Gemeine der alten preußischen Armee sowie ihre Hinterbliebenen können aus der Krupp-Jubiläumsstiftung im Falle der Bedürftigkeit unterstützt werden. Eingehend begründete Unterstützungsanträge der im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-A. wohnhaften Berechtigten sind bis spätestens 15. Oktober 1922 bei dem Bezirksamt für Kriegerfürsorge in der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, König-Johann-Straße 23, einzureichen, das diese gesammelt an die Hauptfürsorgestelle weiterleitet. Der Bewilligung von Unterstützungen aus der Krupp-Jubiläumsstiftung können die für die Gewährung von Unterstützungen aus den sozialen Kriegerfürsorgemitteln geltenden Grundsätze zugrunde gelegt werden. Das Bezirksamt macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nur Anträge von ehemaligen Angehörigen der preußischen Armee Berücksichtigung finden.

Berechnung der Sachbezüge. Die im Dezember 1921 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an festgesetzten Ortspreise für Berechnung des Wertes der Sachbezüge der nach Reichsversicherungsordnung oder Versicherungsgesetz für Angestellte versicherten Personen sind durch Zwischenfestsetzung des Versicherungsamtes des Rates zu Dresden mit Wirkung vom 4. September 1922 an um 100 Prozent erhöht worden.

Wozu man Geld hat. In Vorstadt Löbtau soll am 19. September der Grundstein zu einer neuen katholischen Kirche gelegt werden. Man kann nicht behaupten, daß die nahe katholische Kirche in Cotta stets überfüllt sei und deshalb der Meinung sein, daß das Geld lieber für irdische Wohnungen verbaut werden könnte. — Die neue Kirche soll dem heiligen Antonius von Padua gewidmet werden. Einiges über diesen frommen Mann ist auch bei Wilhelm Busch zu lesen.

Pilzausstellung. Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz veranstaltet im Lichthofe des Neuen Rathauses vom 8. bis 10. September eine Pilzausstellung, zu der sich Dresdner Lehrer unter Führung des Herrn Oberlehrers Knauth zur Verfügung gestellt haben. Die Ausstellung ist Sonntags von 12 bis 6 Uhr und wochentags von 11 bis 6 Uhr geöffnet. Die Ausstellung ist in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit besonders dankenswert und ihr Besuch ist sehr zu empfehlen.

Die Sparkasse der Stadt Dresden macht bekannt: Nach den Bestimmungen über die Gewährung zinsbarer Darlehn gegen Verpfändung von Wertpapieren und Sparkassenbüchern beträgt der Zinssatz 1 Prozent über den Lombardzinsfuß der Reichsbank; er wird deshalb infolge der Erhöhung des letzteren vom heutigen Tage an auf 6 Prozent festgesetzt.

Das Volksbad Louisenstraße 48 bleibt wegen Vornahme baulicher Herstellungen vom 11. September 1922 an bis auf weiteres geschlossen.

Sarrasani wird sein neues großes Manegeschaustück am Sonntag nicht nur in der Abendvorstellung geben, sondern auch nachmittags, und zwar in genau der gleichen Vollständigkeit und Besetzung wie in der Abendvorstellung. Auch der neue artistische Teil erfährt nachmittags keinerlei Kürzung. Nachmittags zahlen Kinder halbe Preise.

Ein Gelegenheitsdiebstahl brachte den Gastwirt Johann August Hainck vor das Schöffengericht. Er hatte geschäftlich auf dem städtischen Steueramt zu tun. Dort sah er eine Brieftasche liegen, die einem Kaufmann gehörte, der dort eine Besorgung gehabt hatte. H. steckte die Brieftasche ein. Sie enthielt 3200 M. Bargeld und andre Papiere. Kurz nachdem sich H. entfernt hatte, kam der wirkliche Eigentümer. Man sandte ihn mit einem Kriminalbeamten in die Wohnung H.s, wo auch die Brieftasche, aber ohne Inhalt, gefunden wurde. Das Geld hatte H. herausgenommen und die Papiere von der Brücke aus in die Elbe geworfen. Das Gericht verurteilte Hainck wegen einfachen Diebstahls zu 5000 Mark Strafe.

Autodieb festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde der Kraftwagenführer S. nebst zwei Helfershelfern in dem Augenblick abgefaßt und festgenommen, als er ein seinem Dienstherrn gestohlenes Auto an einen Ausländer (Tschechen) veräußern wollte.

Dieb festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde ein arbeitsloser Mann festgenommen, der in letzter Zeit bei seinen Bettelgängen vom Treppenflur aus durch offenstehende Fenster aus Badezimmern und Alkoven Sachen stahl und sie sofort zu Geld machte. Soweit der Polizei bekannt geworden ist, verübte er die Diebstähle in der Hauptsache in der Holbein-, Dürer-, Augsburger, Grunaer und Mathildenstraße. Etwa auf diese Weise Bestohlene, die noch keine Anzeige erstattet haben, können dies bei der Kriminalpolizei nachholen.

Diebstähle in Blasewitz. Die Hausdiener Alfred Spattke und Johannes Krokella sowie die Kellner Arno Otto Hoffmann und Venedig Alexander Poser waren im Dampfschiffhotel zu Blasewitz angestellt. Sie hatten sich gemeinschaftlich zu verantworten teils wegen Diebstahls, Anstiftung dazu und teils wegen Hehlerei. Sie stahlen nicht nur verschiedene Lebensmittel und Getränke, sondern auch Biergläser in größeren Posten und leere Weinflaschen. Das Schöffengericht verurteilte jeden der vier Teilnehmer zu 1000 Mark Strafe.

Bezirksmieterausschüsse. Friedrichstadt, 5. Bezirk. Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr, Auskunft im Restaurant Posthorn, Wachsbleichstraße 9. — Pieschen-Trachenberge. Dienstag den 5. September Versammlung sämtlicher Straßen- und Hausobleute des 2. Unterbezirks im Restaurant Grundstein, Moritzburger Straße 63. — Löbtau. 1. Bezirk: Obmännerversammlung am 4. September, abends 8 Uhr, in Schneiders Restaurant, Kesselsdorfer Straße. 4. Bezirk: Obmännerversammlung am 6. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Gute Quelle, Reisewitzer Straße. — Temnitz. Mittwoch den 6. September, abends 8 Uhr, im Bad Erholung, Bahnstraße, Mieterversammlung. Thema: Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz und Mietpreisbildung.

Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, 8. Stadtbezirk. Montag den 4. September, abends 7½ Uhr, Bezirksversammlung im Restaurant Goldne Krone, Grillparzerstraße 9.

Bezirksmieterausschuß Pieschen-Trachenberge. Dienstag den 5. September Versammlung sämtlicher Straßen- und Hausobleute des 2. Unterbezirks im Restaurant Germania, Moritzburger Str. 68. Allseitiges Erscheinen ist nötig.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Kreis Dresden. Sonnabend den 2. September, abends 7½ Uhr, Werbeabend im Tivoli, Wettinerstraße. Künstlerisches Programm. Kriegsopfer sowie die übrige Arbeiterschaft sind herzlich willkommen.

Bezirksmieterausschuß Striesen-Tolkewitz-Blasewitz-Laubegast. Die für Montag den 3. September anberaumte Sitzung der Obleute und Mieterausschüsse muß Umstände halber ausfallen. Auskunft Montags 7 bis 9 Uhr im Sachsenhof, Barbarossaplatz.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Sonntag, vormittags 10½ Uhr, im Palmengarten, Pirnaische Straße 29, eine Sonntagsfeier, die das Leben und Wirken von Uriel Acosta schildert. Redner Dr. Seber. Gäste herzlichst willkommen.

Die Ortsgruppe Groß-Dresden des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands hält an folgenden Tagen ihre Versammlungen ab: 1. September, 6 Uhr, Pieschen, Restaurant Turnerschänke; 1. September, 4½ Uhr, Stadtviertel Hauptbahnhof, Restaurant Groba, Ecke Uhland- und Schnorrstraße; 2. September, 6 Uhr, Plauen, Restaurant Plauenscher Lagerkeller; 3. September, 8 Uhr, Kemnitz, Stetzsch, Krieglers Gasthaus, Stetzsch; 3. September, 6 Uhr, Cossebaude, Gohlis, Restaurant Talschänke, Cossebaude; 3. September, 8 Uhr, Strehlen, Restaurant zum Ratsgarten; 4. September, 6 Uhr, Neustadt, Jugendheim, Oppellstraße 19, 1 Tr.; 4. September, 5 Uhr: Johannstadt, Restaurant Reißigerhof; 4. September, 6 Uhr: Trachau, Restaurant Ratskeller; 4. September, 7 Uhr: Leuben, Restaurant Goldener Anker; 5. September, 6½ Uhr: Gruna, Restaurant Grüne Wiese; 5. September, 6 Uhr: Cotta, Gasthof Cotta; 5. September, 6 Uhr: Kötzschenbroda, Restaurant Kalkulator; 6. September, 6½ Uhr: Blasewitz, Böttchers Restaurant, Tolkewitzer Straße; 6. September, 4½ Uhr: Alt- und Friedrichstadt, Alter Stadtverordnetensaal, Landhausstraße 7, Hof; 7. September, 5 Uhr: Löbtau, Restaurant Bürgergarten; 7. September, 7 Uhr: Rochwitz, Restaurant zum Kamerad; 7. September, 6 Uhr: Radebeul, Restaurant Goldene Krone; 8. September, 6 Uhr: Striesen, Restaurant Sächsischer Prinz; 9. September, 5 Uhr: Radeburg, in der Schule; 10. September, 2 Uhr: Ottendorf-Okrilla, Restaurant Ratskeller.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten der S. P. D. Montag den 4. September, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal II, Versammlung. Genosse Landtagsabg. Karl Pethke spricht über: Die wirtschaftliche und politische Lage. Zahlreiches Erscheinen aller Postbeamten der S. P. D. wird erwartet.

4. Unterbezirk

Dienstag den 5. September, abends 6½ Uhr, Kreisvorstandssitzung im Jugendheim. Erscheinen aller dringend notwendig.

Jungsozialisten

Die literarische Arbeitsgemeinschaft Ariel (über „Faust") beginnt nunmehr am 5. September, und zwar in der 21. Volksschule, Freiberger Platz, Lehrerzimmer. Die Genossen und Genossinnen, die sich dazu gemeldet hatten, werden gebeten, sich an dem genannten Tage um 6 Uhr dort einzufinden. Goethes „Faust" mitbringen!

6. Unterbezirk

Sitzung der Kreisvorstandsmitglieder und Frauengruppenleiterinnen

Sonnabend den 2. September, abends 6 Uhr, im Restaurant Felsenkellerbrauerei, Dresden-Plauen (Haltestelle der Linie 22 oder Eisenbahnstation Plauen). Tagesordnung: 1. Beitragserhöhung. 2. Bericht der Zeitungskommission, 3. Wichtige Parteiangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen der Bezirksführer und Frauengruppenleiterinnen und der Delegierten zur Bezirkskonferenz ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und der am folgenden Tage stattfindenden Bezirkskonferenz dringend erwünscht.

Striesen 1. In der am 28. August in der Wartburgschänke abgehaltenen Frauenversammlung sprach die Genossin Ernestine Lutze über Wirtschaftsfragen. Sie erläuterte die Ursachen der jetzigen Teuerung und wirtschaftlichen Not. Nur die Sozialdemokratie könne hier Wandel schaffen. Deshalb sei es Pflicht der Proletarierfrauen, sich politisch zu organisieren und zu betätigen. Die bürgerliche Presse müsse aus dem Hause des Arbeiters und Beamten verschwinden, nur die Volkszeitung bringe den Genossinnen die im Interesse des Proletariats nötige Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Fragen. Alle Frauen müßten mitarbeiten für die sozialistischen Ziele, damit gäben sie auch ihren Kindern den größten Schatz auf den Lebensweg. Im Schlußwort gab Referentin noch einige Beispiele aus ihrer eigenen Entwicklung zum Sozialismus und aus ihrem Leben. Reicher Beifall bewies die Uebereinstimmung der Zuhörer mit ihr. — Genosse Sobiechowski unterstrich die Ausführungen der Genossin Lutze und wies besonders darauf hin, daß selbst manche Parteigenossen noch nicht Leser der Volkszeitung seien. Die Fürsorge und Wohlfahrtspflege sei ein dankbares Tätigkeitsgebiet für die Genossinnen und sollte mehr als bisher beachtet werden. Ferner regte er die Bildung einer eigenen Frauengruppe an. Es wurde demgemäß beschlossen. Mit einem Appell zu reger Teilnahme an den Parteiveranstaltungen schloß die Leiterin Genossin Ehlich die vielversprechende und starkbesuchte Versammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitsmarkt im Juli

Die Arbeitsmarktlage, wie sie sich in den Zahlenbildern der Statistik widerspiegelt, zeigte nach dem Reichsarbeitsblatt im Berichtsmonat im wesentlichen noch immer das Gepräge wie in den Vormonaten. Wie der Dollar steigt, steigt auch die Zahl der Beschäftigten, sinkt die Zahl der Arbeitslosen. Es ist aber kennzeichnend für die gegenwärtige Periode, daß die seit der Ermordung des Reichsaußenministers einsetzende beschleunigte Markentwertung nicht mehr in gleichem Maße den Beschäftigungsgrad hob, wie das bisher zu beobachten war. Die ungeheuerliche Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe zwingt viele Betriebe zu Einschränkungen, soweit sie nicht, wie z. B. die Textilindustrie, Lohnveredelungsaufträge des Auslandes übernehmen können. Wenn diese Entwicklung sich noch nicht stärker durchgesetzt hat, so deshalb, weil die Besorgnis vor weiterem In-die-Höhe-Schnellen der Preise die Verbraucher zu Deckungskäufen, die Hersteller zur Anspannung der Produktion bis zum äußersten Maße antreibt.

Die Krankenkassenstatistik zeigte im Juli eine gegenüber dem Vormonat etwas stärkere Zunahme der Versicherungspflichtigen, d. h. also der Beschäftigten.

Nach der Arbeitslosenstatistik der Arbeitnehmerorganisationen hat die Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat eine Zunahme nicht erfahren, sondern sich auf der bisherigen Höhe gehalten.

Die Statistik der aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten läßt in abgeschwächtem Maße sich fortsetzendes Abnehmen der Zahlen erkennen. Insgesamt wurden am 1. August 15 425 Vollerwerbslose unterstützt. Die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen belief sich auf 19 079.

Die Arbeitsnachweisstatistik hatte im Juli einen weiteren Rückgang der Inanspruchnahme vor allem seitens der Arbeitgeber zu verzeichnen, so daß in fast allen Berufsgruppen eine geringe Steigerung der Andrangsziffer eintrat.

Die Internationale der Postbeamten

Nach Beendigung des Internationalen Telegraphistenwettstreits in Berlin und des 3. Kongresses der J. V. T. T. (Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals) besuchte eine größere Zahl dieser Teilnehmer verschiedener Länder auch Dresden. U. a. weilten am 28. August italienische Beamte hier. Am 30. August kamen mittags etwa 100 dänische und schwedische Post- und Telegraphenbeamte in Dresden an. Ihnen konnten infolge ihres längeren Aufenthalts außer den Schönheiten Dresdens mit seiner Umgebung auch die schönsten Punkte der Sächsischen Schweiz gezeigt werden. Sie verließen Dresden am 25. August, abends, um in ihre nordische Heimat zurückzukehren. Die Vorarbeiten zum Besuch dieser ausländischen Beamten und die Führung während ihres hiesigen Aufenthalts hatten organisierte Dresdner Post- und Telegraphenbeamte übernommen. Daß die Gäste auch die große Not des deutsche Volkes erkannt hatten, bewies die mit Aufrichtigkeit und Wärme allgemein gegebene Versicherung, nach der Rückkehr in ihre Heimat aufklärend zu wirken und zur Linderung unsrer Nöte beitragen zu wollen.

Die Zuschußkasse der Metallarbeiter

Am Sonntag tagte im Dresdner Volkshaus eine Zentralsitzung der Filialverwaltungen des Bezirkes Dresden und Umgegend der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Kollege Denker gab als Abgeordneter einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Ansbach. Die Kasse hat die Kriegsjahre gut überstanden. Die Mitgliederzahl war von 157 000 im Jahre 1913 auf 117 000 Ende 1914 und 97 000 Ende 1917 zurückgegangen, ist jedoch bis zum Ende des 1. Vierteljahrs 1922 wieder auf 176 000 in über 1000 Filialen gestiegen. Der Rechnungsabschluß über das Jahr 1921 ergab, daß die Kasse 3 641 245 M. über die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage an Vermögen hat. Infolge der günstigen Vermögenslage hat die Generalversammlung verschiedene Verbesserungen beschlossen. Das Beitrittsgeld ist auf 5 M. festgesetzt worden. Vom 1. Oktober dieses Jahres an gelten folgende Wochenbeiträge: 1. Klasse 10 M., 2. Klasse 8 M., 3. Klasse 6 M., 4. Klasse 3 M. und 5. Klasse 1 M. Das Krankengeld ist vom 27,6fachen auf den 30fachen Betrag der Beiträge erhöht worden. An Sterbegeld wird nach einem Jahre Mitgliedschaft der 120-, nach 2 Jahren der 150-, nach 5 Jahren der 200-, nach 10 Jahren der 260- und nach 15 Jahren der 300fache Beitragssatz gezahlt. In der besonderen Sterbekasse, der auch die Frauen beitreten können, wurden entsprechend der Geldentwertung Klassen zu 3, 2 und 1 M. Monatsbeitrag und Sterbegeld bis zu 1500 M. eingeführt. In der anschließenden Aussprache ergänzten die andern Abgeordneten den Bericht. Die Arbeiten der Generalversammlung wurden von allen Anwesenden gutgeheißen.

Weltkongreß der Bäckereiarbeiter

Die Exekutive der internationalen Union der Lebens- und Genußmittelindustrie beruft zum 14. und 15. Oktober einen Weltkongreß der Bäckereiarbeiter nach Köln a. Rh. Der Kongreß wird sich in der Hauptsache mit dem gesetzlichen Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien beschäftigen. Bekanntlich stehen die organisierten Bäckereiarbeiter seit längerer Zeit in allen Ländern, wo die Nachtarbeit gesetzlich verboten ist, im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum, das bestrebt ist, die Nachtarbeit wieder einzuführen. Die Beteiligung an der Tagung wird nach den vorliegenden Berichten groß sein. Auch die Organisation der englischen Bäckereiarbeiter hat auf ihrem zwölften Jahreskongreß, der erst dieser Tage in Swansea stattfand, beschlossen, zwei Delegierte zum Weltkongreß abzuordnen.

Die Leipziger Buchdrucker haben durch Urabstimmung mit 2913 gegen 2790 Stimmen den Eintritt in den Streik, der Montag beginnen sollte abgelehnt.

Ausstände im Limbacher Bezirk. In Limbach stellten die Arbeiter von vier Betrieben der Veredelungsindustrie Lohnforderungen, die abgelehnt wurden. Darauf trat die Belegschaft dieser vier Betriebe am 28. August in den Streik. Eine von den Ausständigen für den 29. August einberufene Betriebsrätevollversammlung machte sich die Forderung der Streikenden zu eigen und beschloß, für den 30. August die Durchführung des Generalstreiks im Industriebezirk unter der Forderung 50prozentiger Erhöhung der Löhne für die beiden letzten Augustwochen und Berechnung des Lohnes vom 1. September ab in Goldwährung unter Zugrundelegung des Friedenslohnes.

Die Landarbeiterstreiks im Bautzener und Pirnaer Bezirk haben nunmehr auch auf den Löbauer Bezirk übergegriffen, wo auf den Rittergütern die Arbeiter sich im Ausstand befinden. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Ernte, die noch zu einem Drittel auf dem Halme steht, ist gefährdet. Verhandlungen sind angebahnt worden.

Zur Gehaltsbewegung der Reichsbeamten wird aus Berlin gemeldet: Im Reichsfinanzministerium werden in der nächsten Woche die Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Gewerkschaften über die Aufbesserung der Gehälter und Löhne wieder aufgenommen werden.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Bezirk Altstadt. Die Mitglieder des Bezirksausschusses werden gebeten, sich restlos an den Vorarbeiten für den Werbeabend in Kaitz zu beteiligen. Jeder Gruppenvertreter muß einige Genossinnen und Genossen aus seiner Gruppe mitbringen. Treffpunkt Sonnabend den 2. September, 4 Uhr, Bahnhof Strehlen.

Nächste Bezirksausschußsitzung Dienstag den 5. September, 7½ Uhr, Volkshaus, Zimmer 8.

Briefkasten

F. Sch., Siebenlehner Straße. Die leider unbestreitbare Tatsache, daß die unteren Beamten eine gegen die der höheren Angestellten viel zu geringe Teuerungszulage erhalten, haben wir mehr als einmal kritisiert. Auf Ihre Bemerkung, es gäbe jetzt viele Genossen, die sich statt Kinder einen Hund anschaffen, wollen wir lieber nicht antworten.

Wettervorhersage für den 2. September

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Fortbestand des unbeständigen Wetters mit zeitweisen Niederschlägen.

Wetterlage: Die umfangreiche Depression, die den größten Teil Europas bedeckt, ist etwas flacher geworden. Sie weist aber noch zahlreiche Teilbildungen auf, unter deren Einfluß das unbeständige Wetter anhalten wird. Anzeichen für eine durchgreifende Aenderung des Wetters in den nächsten Tagen sind nicht zu erkennen.

hervorragend bewährt bei
Jogal — Gicht, Rheuma, Ischias — Grippe, Hexenschuß, Nervenschmerzen
Togal stillt die Schmerzen u. heilt die Harnsäure aus. In allen Apotheken erhältlich. Best. 6,3% Acid. acet. salic., 900% Chinin, 12,6% Lithium, ad 100 Amylum. Ausführl. Broschüre gratis u. franko Fabrik Pharmacia, München 27.

Gesundheit und Wohlbefinden der Familienmitglieder sind abhängig von der Bereitung der Speisen. Man lerne deshalb auch den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel kennen, um aus dieser Kenntnis heraus den
Teigwaren
Makkaroni, Nudeln, Hörnchen
den ersten Platz einzuräumen!

Hühneraugen
werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl
Hornhaut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl-Ballen-Scheiben. [f 57
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — In Drogerien u. Apotheken. Man verlange ausdrückl. „Lebewohl"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Da die deutschnationalen Argumente nicht mehr ziehen, so sollen es die deutschnationalen Kartoffeln tun, die von den Produzenten auch billiger geliefert werden könnten. Ein Beweis, daß sie den andern Verbrauchern viel zu hohe Preise abnehmen. Während man sonst mit Speck Mäuse fängt, werden die Deutschnationalen mit Kartoffeln auf den Mitglieder- und Wählerfang ausgehen. Gelingt ihnen der Coup, so dalen sie hundertfach das wieder aus der armen Bevölkerung heraus, was sie an „Opfern" für die „wirtschaftliche Hilfsaktion" gemacht haben. Die arbeitende Bevölkerung wird diesen schwarzweißroten Rattenfängern hoffentlich die Tür weisen. Bezeichnend ist die Behauptung, daß die Herrschaften die Krisis, das heißt die Zeit nach der Ermordung Rathenaus, ohne Opfer überstanden hätten! Der Reaktion ist also nicht der geringste Abbruch getan worden. Sie steht unversehrt da und rüstet zu neuen Taten, zu neuen Anschlägen gegen die Arbeiterklasse, gegen die Republik. Dann die verlogene Redensart, daß die Teuerung nur die Folge der Erfüllungspolitik sei. Deutschnationalen Wucher, deutschnationale Ausplünderung der Volksmassen gibt es also nicht. Die Riesengewinne, die der Agrarier bei dem Verkauf von Vieh, Getreide, Butter einstreicht, werden geleugnet, und alle Schuld wird auf die jetzige Regierung geschoben. Widerliche Heuchelei, die auch mit den stärksten Worten nicht scharf genug kritisiert werden kann.

Zivildienstrecht der Inhaber eines Versorgungsscheines

Der Sächsische Landesverband des Bundes Deutscher Militäranwärter schreibt uns:

Am 1. September treten die neuen „Anstellungsgrundsätze" für die Inhaber eines Versorgungsscheines in Kraft. Nach deren Bestimmungen sind in Zukunft die Inhaber eines Zivilversorgungsscheines aus dem alten Heer einschließlich Marine, Gendarmerie und Schutzmannschaft, des Zivildienstscheines aus dem 100 000-Mann-Heer und der 15 000-Mann-Marine, des Beamtenscheines der Schwerbeschädigten und des Polizeiversorgungsscheines von den Behörden als Beamtenanwärter zu übernehmen. Leider sind viele von den beteiligten Kreisen geäußerten Wünschen nicht in Erfüllung gegangen. Immerhin bringen sie Ordnung, Klarheit und stoffliche Verbesserungen. Die Hauptsache ist aber und wird immer sein der Geist und der Wille, in dem die Ausführung geschieht.

An bedeutsamen Neuerungen sind anzuführen: Die Anstellungsgrundsätze für den Reichs- und Staatsdienst einerseits und für den Kommunal- usw. Dienst anderseits sind jetzt die gleichen. Die Erteilung des Versorgungsscheines beschränkt sich nicht mehr auf die Kapitulanten und die aus ihnen hervorgegangenen Polizei- und Landjägerbeamten allein, sondern sie erstreckt sich auch auf Nichtkapitulanten, sofern sie schwerbeschädigt und außerstande sind, einen andern Zivilberuf auszuüben. Auch haben die Langgedienten keinerlei Vorzug bei der Vormerkung und Einberufung in eine Beamtenstelle, vielmehr entscheidet die Reihenfolge der Anmeldung. Die Schwerbeschädigten genießen gewisse Vorzüge. Den Versorgungsanwärtern sind die Stellen der Gruppen I bis III mit einfachen Dienstverrichtungen gänzlich, die Stellen für die Besorgung des Schreibamtes zu drei Viertel, die Eingangsstellen der Gruppen I bis VII im übrigen zur Hälfte, bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu einem Drittel vorbehalten. Die Zahlen sind Mindestsätze. Die Stellen mit technischen Anforderungen sind nunmehr in die anteilig vorbehaltenen einbezogen. Die Stellen im staatlichen und kommunalen Polizeidienst und in der Landjägerei sind den aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Anwärtern gänzlich vorbehalten. Gleiches gilt für die aus der Wehrmacht hervorgegangenen Anwärter hinsichtlich der Stellen im Dienste der Wehrmacht. Bei Verletzung der Anstellungsgrundsätze ist es bei dem bisherigen Beschwerderecht verblieben, auch ist es nicht gelungen, eine Aufsichtsbehörde zu schaffen, die Angebot und Nachfrage regelt, schlichtet und schöpferisch wirkt.

Eine bedeutende Neuerung ist auch die, daß planmäßig angestellte Versorgungsanwärter, die zur Zeit der Anstellung auch für Stellen einer höheren Besoldungsgruppe vorgemerkt sind oder waren, auf Antrag noch zwei Jahre nach Inkrafttreten der Grundsätze in den Bewerberlisten belassen werden. Die seinerzeit bei der planmäßigen Anstellung beispielsweise als Schaffner in der Anwärterliste für Eisenbahnassistenten gestrichenen Anwärter können somit erneut ihre Wiederaufnahme in die Liste beantragen.

Die verschiedenartigsten Belange laufen hier zusammen. Die Güte der Wehrmacht zu Lande und zu Wasser und der Schutzpolizei wird wesentlich von der Handhabung der Bestimmungen, aber auch von dem Geiste und dem Verständnis des deutschen Volkes abhängen, in dem diese Maßnahmen aufgefaßt werden.

Das geschäftliche Messeergebnis

Ein abschließendes Urteil über das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe läßt sich heute noch nicht fällen. Die Berichte aus den Ausstellerkreisen lauten widersprechend. Allseitig wird betont, daß die Messe sich viel versprechend anließ und die erschienenen Einkäufer Kauflust an den Tag legten. Das starke Anziehen des Dollarkurses und die daraus entspringende neue Preiswelle wirkte dann auf das Meßgeschäft hemmend ein. Aus den einzelnen Meßindustrien werden verschiedene Ergebnisse gemeldet. So ist das Geschäft in der Kino- und Photomesse befriedigend. In der vielseitigen Kurz- und Galanteriewarenbranche ist zum Teil ganz gut gekauft worden, z. B. die Zelluloidartikel, weniger gut dagegen in Christbaumschmuck. Auf der technischen Messe nimmt der Besuch bedeutend langsamer ab als in der Innerstadt. Es ist kaum ein Unterschied gegen Mittwoch zu bemerken. Im allgemeinen ist die Stimmung gut. Jedoch wird nach wie vor bei den Lieferanten wie auch bei den Bestellern des Inlandgeschäfts große Zurückhaltung bemerkt. Der Besuch von Ausländern ist zufriedenstellend. Auch heute kann der Geschäftsgang als für die heutigen Verhältnisse befriedigend bezeichnet werden.

Der russische Oberst Kamenski, der des Raubmordes an russischer Oberleutnant Rogatschew bei Brenndorf in Böhmen verdächtig ist, wurde im D-Zuge Plauen—Eger verhaftet. Er hatte zwei neue Koffer mit seidenen Kleidern usw. im Werte von mindestens 500 000 M., mit denen er sich wieder über die Grenze begeben wollte, und außerdem mehrere geladene Revolver und Patronen bei sich. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung einer Dame, die ihn in Plauen erkannt hatte. Er gibt zu, der gesuchte Kamenski zu sein, bestreitet aber die Mordtat. Kamenski war bereits vor kurzem in Plauen wegen Schmuggels zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Städte Bad Gottleuba und Bad Berggießhübel wollen sich zu einer Stadtverwaltung zusammenschließen. In beiden Städten sind zu den Vorarbeiten Ortsausschüsse gebildet worden, die nach Erledigung dieser Vorarbeiten zu einem Gesamtausschuß zusammentreten und der die diesbezüglichen Vorschläge zu machen hat. Als dessen Vorsitzender ist Bürgermeister Hackebeil in Gottleuba und als dessen Stellvertreter Stadtrat Fichler in Berggießhübel gewählt worden.

Großer Pelzdiebstahl. Das bekannte Leipziger Kaufhaus von Theodor Althoff wurde in der vergangenen Nacht von Einbrechern heimgesucht. Die Diebe hatten es hauptsächlich auf die Pelzabteilung abgesehen. Es fielen ihnen prachtvolle Ausstattungsstücke in die Hände. Der Gesamtwert der gestohlenen Pelzwaren beläuft sich auf 3 bis 4 Millionen Mark.

Ein Automobilunglück ereignete sich bei der gefährlichen Kurve der Staatsstraße zwischen Herrnhut und Eulenrettschain, wo vor einem Jahre schon ein Fabrikant aus Zittau auf gleiche Weise tödlich verunglückte. Ein mit sieben Personen besetztes Auto prallte infolge Versagens der Bremse auf abschüssiger Straße an das Geländer des Peterbachs, das durchschlagen wurde. Das Auto stürzte die hohe Böschung hinab. Die Insassen stürzten aus dem Wagen, erlitten aber nur leichte Verletzungen.

Eine Jagd nach Kohlenschiebern veranstaltete die Zittauer Polizei. Es wurden drei Gespanne mit 286 Zentnern beschlagnahmt, die nun an Minderbemittelte verkauft werden.

Stadt-Chronik

Mark-Katastrophe und Konsumgenossenschaften

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" vom 26. August bringt einen Alarmruf, der mit dem dringlichen Satze ausklingt: Rettet die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung! Diese ernsthafteste Mahnung geht von dem rasenden Sturz der Mark und dessen wirtschaftlichen Folgen aus. Dann heißt es:

Wir nähern uns mit Riesenschritten einem Zustand, in dem Ware überhaupt nur noch gegen Vorausbezahlung erhältlich ist. Viele Fabrikanten nehmen heute keine Bestellungen mehr entgegen, wenn ihnen nicht eine Teilzahlung langfristig vorausbezahlt wird. Zucker, Schmalz, Margarine und andre wichtige Bedarfsartikel müssen im Großhandel vorausbezahlt werden. Auch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ist diesen Zahlungsbedingungen unterworfen, und sie ist gezwungen, sie den Genossenschaften gegenüber in Anwendung zu bringen. Bei weiterer Geldentwertung muß der Zustand eintreten, daß auch bei der Großeinkaufsgesellschaft jede Kreditgewährung aufhört und Ware nur noch gegen Vorausbezahlung zu erhalten ist. Selbstverständlich müssen auch die Konsumgenossenschaften die bestellten Waren bar oder im voraus bezahlen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, können sie diese Waren nicht führen. Zahlreiche Kleinhändler und Grossisten haben den Vertrieb aller wichtigen Bedarfsartikel, die nur gegen bar erhältlich sind, eingestellt, weil ihnen das Betriebskapital fehlt. Auch das Betriebskapital unsrer Konsumgenossenschaften ist bei weitem nicht ausreichend. Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß der Geschäftsanteil nicht niedriger sein darf, als der Wochenlohn eines besserbezahlten Arbeiters. Trotz aller Beschlüsse ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Wenn jetzt nicht die äußerste Kraftanstrengung gemacht wird, so wird sehr bald die See des Wirtschaftslebens mit den Trümmern gestrandeter Konsumgenossenschaften gefüllt sein. Dem Einschrumpfen des Wertmessers Reichsmark sind die Warenpreise nicht gefolgt. Die Konsumgenossenschaften haben ihr Betriebskapital zugunsten ihrer Mitglieder ausverkauft. Es ist daher unbedingt die Pflicht der Mitglieder, das Betriebskapital durch Erhöhung des Geschäftsanteils wieder aufzufüllen. Der Mangel an Betriebskapital wird überdies in kürzester Frist in den Konsumgenossenschaften zur größten Warenknappheit führen. Auch der private Handel wird versagen. Die Waren werden den Genossenschaften aus der Hand gerissen werden. Sie werden gezwungen sein, um eine gleichmäßige Verteilung herbeizuführen, bei vielen Artikeln zu einer freiwilligen Rationierung zu greifen. Außerdem aber muß sobald als möglich zu dem Grundsatz übergegangen werden, daß für jede Ware außer dem Aufschlag zur Deckung der Geschäftsunkosten der Preis gilt, der erforderlich ist, um die gleiche Warenmenge wieder einzukaufen. Die Genossenschaft muß einen Warenbestand haben. Dieser Warenbestand, der für das Mitglied auf den Lagern der Genossenschaft gehalten wird, muß bezahlt sein. Hierzu dient der Geschäftsanteil des Mitgliedes. Jedes Mitglied, das Waren aus der Verkaufsstelle entnehmen will, muß seinen Anteil an dem Warenbestand in der Form des Geschäftsanteils voll eingezahlt haben. Wenn schon den alten und treuen Mitgliedern nur noch Ware abgelassen werden kann, sofern der Geschäftsanteil voll bezahlt ist, so sind selbstverständlich auch die Beitrittsbedingungen für neue Mitglieder entsprechend zu verschärfen. Auch hier müssen wir die volle Einbezahlung eines Geschäftsanteils fordern.

Der vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann, gezeichnete Aufruf bezeichnet nochmals die Erhöhung des Mitgliedergeschäftsanteils auf zunächst 2000 M. als erste Notwendigkeit, und er fordert zu diesem Zweck die Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen der Konsumvereine. Den Mitgliedern müsse der furchtbare Ernst der Situation klargemacht werden.

Eine Straßenbahnfahrt 8 M.

Erst am 7. August war in Dresden der Straßenbahnfahrpreis auf 5 M. erhöht worden. Nun sieht sich — infolge der weiteren Geldentwertung — die Straßenbahnverwaltung schon wieder gezwungen, den Fahrpreis beträchtlich zu erhöhen. Von Montag den 4. September an kostet die einfache Straßenbahnfahrt auf den Stadtlinien 8 Mark.

Eine Tariferhöhung tritt, außer für die Stadtlinien, auch ein für die Linie Leuben—Niederseidlitz—Kleinzschachwitz, die staatlichen Straßenbahnlinien, die Gemeindeverbandslinie Loschwitz—Pillnitz, die Bergbahnen in Loschwitz und für die Güterbeförderung auf der Bühlauer Linie und den Bergbahnen. Sie beträgt ungefähr das 1,5fache der jetzigen Fahrpreise. Der Fahrscheinpreis beträgt nur auf den Stadtlinien 8 M., nach Reick und Laubegast dagegen 10 M. und nach Bühlau 12 M. Kinder zahlen künftig nur den Einheitsfahrpreis von 4 M. auch dort, wo der Fahrpreis für Erwachsene 10 oder 12 M. beträgt. Der Sonntagszuschlag auf den Bergbahnen wird nicht nur wie bisher nachmittags, sondern am ganzen Tage erhoben. Im Uebergangsverkehr mit den fremden Linien reicht künftig die Uebergangsstrecke von Cossebaude her nur bis zum Friedhof Tolkewitz und von Weißig her wieder wie früher, nur bis zum Kurhaus Weißer Hirsch.

Wochenkarten des alten Tarifs gelten noch in der 36. Woche, das ist die Woche vom 4. bis 10. September. Die 6er, 10er und 20er Karten der jetzigen Tarife sind für 30. September gekündigt und gelten daher nur noch bis dahin.

Für die Einigung

Die von der U. S. P. Donnerstag abend nach Hammers Hotel einberufene Volksversammlung hatte wiederum einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Der vorgesehene Referent, Dr. Levi, war wegen Krankheit am Erscheinen verhindert; er referierte an seiner Stelle Redakteur Saupe aus Leipzig über „Die politische Lage und das Einigungsproblem". Die Lage schilderte er ganz in Uebereinstimmung mit unsrer, von Rednern und Zeitungen allezeit vertretenen Auffassung. Der Arbeiterschaft steht noch ein großer Kampf mit dem Kapitalismus bevor, in diesem muß sie einig sein, und der Redner nannte es erfreulich, daß wenigstens die Einigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in sicherer Aussicht steht.

Infolge eines der blöden Zwischenrufe, in denen die Kommunisten (sie waren wieder zahlreich erschienen) groß sind, kam es zu stürmischen Szenen, die aber zeigten, daß die Freunde der Einigung an Zahl überwiegend sind. Der Redner gab zu, daß die U. S. P. seit ihrer Reichskonferenz eine Rechtsschwenkung gemacht, um mit der S. P. D. zusammen für die Arbeiterschaft herauszuholen, was möglich ist, ja selbst in gemeinschaftlicher Regierung mit den Linksparteien der Bürgerlichen. Allerdings könne niemand mit Bestimmtheit voraussagen, ob das Proletariat als Sieger aus den kommenden Kämpfen hervorgehen werde. Der Redner appellierte aber an alle Anwesenden, den Zusammenschluß zum Heil des Sozialismus zu fördern.

Tosender Beifall folgte der Rede, in dem die Opposition der Kommunisten schmählich unterging. In der Aussprache brachte der Kommunist Franke, in Erwangelung eines Besseren, die alte Forderung eines Reichsbetriebsrätekongresses wieder zum Vorschein. Er polemisierte im übrigen mit dem nichtanwesenden Levi. Franke hofft auf den Bürgerkrieg und einen internationalen Kongreß aller Arbeiterparteien. Weckel hält dann den Kommunisten viele ihrer Sünden und Dummheiten vor, was deren Skandalsucht lebendig macht; es kam fast zu Tätlichkeiten. Die fernere Debatte förderte nichts Wesentliches zutage. Im Schlußwort beschäftigte auch Saupe sich noch mit den Kommunisten und warnt vor der Hoffnung eines plötzlichen Umschwunges im Wirtschaftsleben. Der Sozialismus kann nur durch langsames Vordringen infolge positiver Arbeit sein Ziel erreichen.

Gegen 10½ Uhr war die Versammlung zu Ende. Sie wurde mit einem allgemeinen Gesang geschlossen.

Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner

Der Gau Sachsen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten schreibt uns, Unter dieser Ueberschrift sind in letzter Zeit mehrfach Notizen durch die Tageszeitungen gegangen, neuerdings auch wieder vom Hauptversorgungsamt Dresden, die geeignet sind, in der Oeffentlichkeit sowohl als auch in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine völlig falsche Meinung über die neuen Teuerungsmaßnahmen der Reichsregierung aufkommen zu lassen. Der Fernstehende oder Unwissende wird beim Lesen dieser Notizen die Auffassung haben, daß hiernach die Schwerkriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen schlechthin Teuerungszuschläge in Höhe von mehreren Hundert Mark monatlich zu ihren Renten erhalten. Demgegenüber sei kurz folgendes festgestellt:

Nach dem Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1922 werden Teuerungszuschläge nur an die bedürftigen Schwerkriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen und ganz ausnahmsweise auch an bedürftige Leichtbeschädigte gewährt. Aber bei den Einkommensgrenzen nach diesem Gesetz, die für die Gewährung des Teuerungszuschlages maßgebend sind, sind noch nicht einmal alle bedürftigen Kriegsopfer empfangsberechtigt. Das ergibt sich ohne weiteres aus nachstehendem Beispiel: Nach den Sätzen für den Monat August erhielt denselben Teuerungszuschuß ein in der Erwerbsfähigkeit um 80 v. H. geminderter Schwerkriegsbeschädigter mit drei Kindern in der Ortsklasse A erst dann, wenn sein monatliches Einkommen neben der Rente 1350 M. betrug! Dieser Schwerbeschädigte bekam dann für sich und seine drei Kinder zu seiner Rente von 622,05 M. (mit einfacher Ausgleichszulage) einen Teuerungszuschuß von 1100 M. monatlich. Hatte dieser Schwerbeschädigte neben seiner Rente ein Einkommen von rund 2363 M. monatlich, dann erhielt er 675 M., also den halben Teuerungszuschlag. Noch etwas niedriger sind die Einkommensgrenzen bei den Kriegerwitwen. Dagegen werden hier in der Regel an die Kriegerwaisen die Teuerungszuschläge auch dann gewährt, wenn die Witwe im Erwerbsleben steht. Für den Monat September haben sich diese Einkommensgrenzen etwas erhöht, weil die Zuschüsse höher geworden sind. Danach erhält ein Schwerbeschädigter, wie oben angeführt, den vollen Teuerungszuschlag von 1850 M. monatlich dann, wenn er neben der Rente von 622,05 M. ein monatliches Einkommen von 2250 M. und der halbe Teuerungszuschuß steht ihm dann zu, wenn er ein monatliches Einkommen von 3833 M. hat. Hatte dieser Schwerbeschädigte im August neben seiner Rente ein monatliches Einkommen von mehr als 3038 M., dann war er nicht mehr bedürftig und erhielt keinen Teuerungszuschuß. Im September erhält dieser Schwerbeschädigte einen Teuerungszuschuß dann nicht, wenn sein Einkommen neben der Rente 5063 M. übersteigt.

So steht in Wirklichkeit die Versorgung der Kriegsopfer aus. Es dürfte sich hiernach die Frage erübrigen, ob ein Schwerkriegsbeschädigter, der vier Fünftel seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, mit Frau und drei Kindern bei einem Teuerungszuschuß von 1850 M. und 622,05 M. Rente existieren kann. Es braucht wohl auch nicht die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auch ein Schwerbeschädigter mit 80 v. H. Erwerbsbeschränkung (Frau und drei Kinder) und einem Einkommen von etwas über 5063 M. monatlich neben seiner Rente von 622,05 M. unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr als bedürftig anzusehen ist. Die Oeffentlichkeit mag sich hierüber selbst ein Urteil bilden und entscheiden, ob es richtig ist, wenn so oft von der guten und ausreichenden Versorgung der Kriegsopfer Deutschlands gesprochen wird.

Müller-Heim als Kläger

Der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Heinrich Fleißner, wurde von Müller-Heim verklagt, weil die L. V. im Mai dieses Jahres eine Notiz der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei, die sich mit Herrn Müller-Heim beschäftigte, übernommen und sie mit der Ueberschrift „Ein Verleumder gestellt" versehen hatte. Vor Eintritt in die Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht beantragte der Beklagte, die Verhandlung auszusetzen, bis ein vom Ministerpräsidenten Buck gestellter Strafantrag gegen Müller-Heim wegen Beleidigung zum Austrag gekommen ist. Er stützte sich dabei auf die §§ 190 und 191 des Strafgesetzbuches. Das lehnte das Gericht ab mit der Begründung, es könne unter Umständen eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung erfolgen, wozu ein Wahrheitsbeweis nicht geführt werden kann. Der Klageantrag deutete aber nicht nur auf formale Beleidigung, sondern auch auf Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen, und der Eröffnungsbeschluß ließ die formale Beleidigung überhaupt aus dem Spiel. Dazu war notwendig, daß der Wahrheitsbeweis geführt wurde. Wäre dies auch nur in der Hauptsache erbracht worden, dann mußte Fleißner freigesprochen werden. Der Angeklagte beantragte daher Vertagung der Verhandlung, damit er Gelegenheit fände, den Wahrheitsbeweis zu führen. Jetzt sei er dazu nicht in der Lage, weil er im guten Glauben, daß die Aussetzung des Verfahrens bis nach dem Prozeß Buck—Müller-Heim erfolgen würde, keinerlei Vorbereitungen dazu getroffen habe. Doch das Gericht lehnte auch dies ab; es läge nur eine formale Beleidigung vor, wegen der Fleißner schließlich zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Vorzugseintrittspreise im städtischen Günzbad für Dresdner Einwohner. Vom 1. September d. J. an ist Dresdner Einwohnern die Möglichkeit zur Benutzung des Bades zu ermäßigten Eintrittspreisen gegeben, sofern nicht Einzelkarten, sondern Fünferkarten gelöst werden. Die Fünferkarten werden für alle Arten von Bädern gegen Vorlegung des Dresdner Einwohnermeldescheins ausgegeben. Sie gelten drei Monate lang vom Tage ihrer Lösung an und sind nur an Dresdner Einwohner übertragbar. Uebertretung dieser Bestimmung ist strafbar. Bei Gebrauch von Fünferkarten kostet ein Bad nur zwei Fünftel des Preises einer Einzelkarte. — Jeden Sonnabend findet in den beiden Schwimmhallen von nachmittags 2 Uhr an sogenannter Volksbadetag statt, an dem zu halben Preisen, 6 M. für Erwachsene, 3 M. für Schüler und Kinder, gebadet werden kann. Für den Volksbadetag werden Einzelkarten für alle Besucher ausgegeben. Zur Lösung dieser Karten ist die Vorlegung des Einwohnermeldescheins nicht erforderlich. Schulklassen, einschließlich Fortbildungsschulklassen usw., können unter Führung ihrer Lehrer auch an jedem andern Werktage zu Volksbadepreisen in den Schwimmhallen baden. — Auf die neu eingerichtete Kurbadeabteilung wird besonders aufmerksam gemacht. Es werden Kohlensäure-, Sauerstoff-, Schwefel-, elektrische Licht-, Kaiser-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dampf-, Fichtennadel-, Gerbstoff-, Soda- und Solebäder verabreicht. Das Bad ist an allen Werktagen von vormittags 10 bis abends 7½ Uhr, Sonnabends bis abends 8 Uhr geöffnet. Es wird allgemein interessieren, daß das allseitig als mustergültig anerkannte Günthbad in der Zeit vom 1. Mai bis Mitte August dieses Jahres von über 100 000 badenden Personen besucht worden ist. Davon haben allein 78 867 zahlende Besucher in den Schwimmhallen gebadet.

Anstellungsgrundsätze für Versorgungsanwärter. Reichsrat und Reichstag haben zu den neuen Anstellungsgrundsätzen ihre Zustimmung erteilt. Wir verweisen nochmals auf folgende Einzelheiten: Versorgungsanwärter sind nach diesen Grundsätzen die Inhaber des Zivilversorgungscheines (Militäranwärter), d. h. für die Wehrmacht der Zivildienstschein für die Schutzpolizei, der Polizeiversorgungsschein und der an Schwerbeschädigte verliehene Beamtenschein. — Die informatorische Beschäftigung ist weggefallen. Jeder Bewerber, dessen Unbrauchbarkeit sich nicht ohne weiteres aus der Bewerbung ergibt, ist in eine Bewerberliste einzutragen. Die Reihenfolge dieser Eintragungen ist für die Einberufung maßgebend (nicht mehr „in Betracht zu ziehen", wie bisher). Soll von ihr ausnahmsweise einmal abgewichen werden, dann ist vorher die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Vorprüfungen sind nach der Vormerkung und in der Reihenfolge der Eintragungen abzuhalten. Fachprüfungen dürfen dem Versorgungsanwärter erst am Schluß der Probezeit auferlegt werden. Diese darf im allgemeinen höchstens ein Jahr betragen. Nur wenn für Zivilanwärter derselben Laufbahn eine längere Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, darf sie bis zur Dauer von drei Jahren ausgedehnt werden. Die über ein Jahr hinausgehende Ausbildungszeit wird dann auf das Diätariendienstalter und als außerplanmäßige Dienstzeit angerechnet. Die Vorzugsberechtigung der Unteroffiziere mit mindestens achtjähriger Dienstzeit ist aufgehoben. Schwerbeschädigte sind mit dem Tage vorzumerken, an dem sie wegen ihres Leidens erstmalig in ein Lazarett aufgenommen sind. Bei Einberufungen sind sie für die erste und dann für jede fünfte frei werdende Stelle zu bevorzugen.

Das Bezirksamt für Kriegerfürsorge teilt mit: Ehemalige Unteroffiziere und Gemeine der alten preußischen Armee sowie ihre Hinterbliebenen können aus der Krupp-Jubiläumsstiftung im Falle der Bedürftigkeit unterstützt werden. Eingehend begründete Unterstützungsanträge der im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-A. wohnhaften Berechtigten sind bis spätestens 15. Oktober 1922 bei dem Bezirksamt für Kriegerfürsorge in der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, König-Johann-Straße 23, einzureichen, das diese gesammelt an die Hauptfürsorgestelle weiterleitet. Der Bewilligung von Unterstützungen aus der Krupp-Jubiläumsstiftung können die für die Gewährung von Unterstützungen aus den sozialen Kriegerfürsorgemitteln geltenden Grundsätze zugrunde gelegt werden. Das Bezirksamt macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nur Anträge von ehemaligen Angehörigen der preußischen Armee Berücksichtigung finden.

Berechnung der Sachbezüge. Die im Dezember 1921 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an festgesetzten Ortspreise für Berechnung des Wertes der Sachbezüge der nach Reichsversicherungsordnung oder Versicherungsgesetz für Angestellte versicherten Personen sind durch Zwischenfestsetzung des Versicherungsamtes des Rates zu Dresden mit Wirkung vom 4. September 1922 an um 100 Prozent erhöht worden.

Wozu man Geld hat. In Vorstadt Löbtau soll am 19. September der Grundstein zu einer neuen katholischen Kirche gelegt werden. Man kann nicht behaupten, daß die nahe katholische Kirche in Cotta stets überfüllt sei und deshalb der Meinung sein, daß das Geld lieber für irdische Wohnungen verbaut werden könnte. — Die neue Kirche soll dem heiligen Antonius von Padua gewidmet werden. Einiges über diesen frommen Mann ist auch bei Wilhelm Busch zu lesen.

Pilzausstellung. Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz veranstaltet im Lichthofe des Neuen Rathauses vom 8. bis 10. September eine Pilzausstellung, zu der sich Dresdner Lehrer unter Führung des Herrn Oberlehrers Knauth zur Verfügung gestellt haben. Die Ausstellung ist Sonntags von 12 bis 6 Uhr und wochentags von 11 bis 6 Uhr geöffnet. Die Ausstellung ist in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit besonders dankenswert und ihr Besuch ist sehr zu empfehlen.

Die Sparkasse der Stadt Dresden macht bekannt: Nach den Bestimmungen über die Gewährung zinsbarer Darlehn gegen Verpfändung von Wertpapieren und Sparkassenbüchern beträgt der Zinssatz 1 Prozent über den Lombardzinsfuß der Reichsbank; er wird deshalb infolge der Erhöhung des letzteren vom heutigen Tage an auf 9 Prozent festgesetzt.

Das Volksbad Louisenstraße 48 bleibt wegen Vornahme baulicher Herstellungen vom 11. September 1922 an bis auf weiteres geschlossen.

Sarrasani wird sein neues großes Manegeschaustück am Sonntag nicht nur in der Abendvorstellung geben, sondern auch nachmittags, und zwar in genau der gleichen Vollständigkeit und Besetzung wie in der Abendvorstellung. Auch der neue artistische Teil erfährt nachmittags keinerlei Kürzung. Nachmittags zahlen Kinder halbe Preise.

Ein Gelegenheitsdiebstahl brachte den Gastwirt Johann August Hainl vor das Schöffengericht. Er hatte geschäftlich auf dem städtischen Steueramt zu tun. Dort sah er eine Brieftasche liegen, die einem Kaufmann gehörte, der dort eine Besorgung gehabt hatte. H. steckte die Brieftasche ein. Sie enthielt 3200 M. Bargeld und andre Papiere. Kurz nachdem sich H. entfernt hatte, kam der wirkliche Eigentümer. Man sandte ihn mit einem Kriminalbeamten in die Wohnung H.s, wo auch die Brieftasche, aber ohne Inhalt, gefunden wurde. Das Geld hatte H. herausgenommen und die Papiere von der Brücke aus in die Elbe geworfen. Das Gericht verurteilte Hainl wegen einfachen Diebstahls zu 5000 Mark Strafe.

Autodieb festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde der Kraftwagenführer S. nebst zwei Helfershelfern in dem Augenblick abgefaßt und festgenommen, als er ein seinem Dienstherrn gestohlenes Auto an einen Ausländer (Tschechen) veräußern wollte.

Dieb festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde ein arbeitsloser Mann festgenommen, der in letzter Zeit bei seinen Bettelgängen vom Treppenflur aus durch offenstehende Fenster aus Badezimmern und Alkoven Sachen stahl und sie sofort zu Geld machte. Soweit der Polizei bekannt geworden ist, verübte er die Diebstähle in der Hauptsache in der Holbein-, Dürer-, Augsburger, Grunaer und Mathildenstraße. Etwa auf diese Weise Bestohlene, die noch keine Anzeige erstattet haben, können dies bei der Kriminalpolizei nachholen.

Diebstähle in Blasewitz. Die Hausdiener Alfred Spattke und Johannes Krokella sowie die Kellner Arno Otto Hoffmann und Benedix Alexander Poser waren im Dampfschiffhotel zu Blasewitz angestellt. Sie hatten sich gemeinschaftlich zu verantworten teils wegen Diebstahls, Anstiftung dazu und teils wegen Hehlerei. Sie stahlen nicht nur verschiedene Lebensmittel und Getränke, sondern auch Biergläser in größeren Posten und leere Weinflaschen. Das Schöffengericht verurteilte jeden der vier Teilnehmer zu 1000 Mark Strafe.

Bezirksmieterausschüsse. Friedrichstadt, 5. Bezirk. Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr, Auskunft im Restaurant Posthorn, Wachsbleichstraße 9. — Pieschen-Trachenberge. Dienstag den 5. September Versammlung sämtlicher Straßen- und Hausobleute des 2. Unterbezirks im Restaurant Grundstein, Moritzburger Straße 69. — Löbtau. 1. Bezirk: Obmännerversammlung am 4. September, abends 8 Uhr, in Schneiders Restaurant, Kesselsdorfer Straße. 4. Bezirk: Obmännerversammlung am 5. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Gute Quelle, Reisewitzer Straße. — Kaitz. Mittwoch den 6. September, abends 8 Uhr, im Bad Erholung, Bahnstraße, Mieterversammlung. Thema: Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz und Mietpreisbildung.

Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. 8. Stadtbezirk. Montag den 4. September, abends ½8 Uhr, Bezirksversammlung im Restaurant Goldne Krone, Grillparzerstraße 90.

Bezirksmieterausschuß Pieschen-Trachenberge. Dienstag den 5. September Versammlung sämtlicher Straßen- und Hausobleute des 2. Unterbezirks im Restaurant Germania, Moritzburger Str. 68. Allseitiges Erscheinen ist nötig.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Kreis Dresden. Sonnabend den 2. September, abends 7½ Uhr, Werbeabend im Tivoli, Wettinerstraße. Künstlerisches Programm. Kriegsopfer sowie die übrige Arbeiterschaft sind herzlich willkommen.

Bezirksmieterausschuß Striesen-Tolkewitz-Blasewitz-Laubegast. Die für Montag den 8. September anberaumte Sitzung der Obleute und Mieterausschüsse muß Umstände halber ausfallen. Auskunft Montags 7 bis 9 Uhr im Sachsenhof, Barbarossaplatz.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Sonntag, vormittags 10¼ Uhr, im Palmengarten, Pirnaische Straße 29, eine Sonntagsfeier, die das Leben und Wirken von Uriel Acosta schildert. Redner Dr. Seber. Gäste herzlichst willkommen.

Die Ortsgruppe Groß-Dresden des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands hält an folgenden Tagen ihre Versammlungen ab: 1. September, 6 Uhr, Pieschen, Restaurant Turnerschänke; 1. September, 4½ Uhr, Stadtviertel Hauptbahnhof, Restaurant Groba, Ecke Uhland- und Schnorrstraße; 2. September, 6 Uhr, Plauen, Restaurant Plauenscher Lagerkeller; 3. September, 8 Uhr, Kemnitz, Stetzsch, Krieglers Gasthaus, Stetzsch; 3. September, 6 Uhr, Cossebaude, Gohlis, Restaurant Talschänke, Cossebaude; 3. September, 8 Uhr, Strehlen, Restaurant zum Ratsgarten; 4. September, 6 Uhr, Neustadt, Jugendheim, Oppellstraße 10, 1 Tr.; 4. September, 5 Uhr: Johannstadt, Restaurant Reißigerhof; 4. September, 6 Uhr: Trachau, Restaurant Ratskeller; 4. September, 7 Uhr: Leuben, Restaurant Goldener Anker; 5. September, 6½ Uhr: Gruna, Restaurant Grüne Wiese; 5. September, 6 Uhr: Cotta, Gasthof Cotta; 5. September, 6 Uhr: Kötzschenbroda, Restaurant Kalkulator; 6. September, 6½ Uhr: Blasewitz, Böttchers Restaurant, Tolkewitzer Straße; 6. September, 4½ Uhr: Alt- und Friedrichstadt, Alter Stadtverordnetensaal, Landhausstraße 7, Hof; 7. September, 5 Uhr: Löbtau, Restaurant Bürgergarten; 7. September, 7 Uhr: Rochwitz, Restaurant zum Kameral; 7. September, 6 Uhr: Radebeul, Restaurant Goldene Krone; 8. September, 6 Uhr: Striesen, Restaurant Sächsischer Prinz; 9. September, 5 Uhr: Radeburg, in der Schule; 10. September, 2 Uhr: Ottendorf-Okrilla, Restaurant Ratskeller.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten der S. P. D. Montag den 4. September, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal II, Versammlung. Genosse Landtagsabg. Karl Bethke spricht über: Die wirtschaftliche und politische Lage. Zahlreiches Erscheinen aller Postbamten der S. P. D. wird erwartet.

4. Unterbezirk

Dienstag den 5. September, abends 6½ Uhr, Kreisvorstandssitzung im Jugendheim. Erscheinen aller dringend notwendig.

Jungsozialisten

Die literarische Arbeitsgemeinschaft Arzt (über „Faust") beginnt nunmehr am 5. September, und zwar in der 21. Volksschule, Freiberger Platz, Lehrerzimmer. Die Genossen und Genossinnen, die sich dazu gemeldet hatten, werden gebeten, sich an dem genannten Tage um 6 Uhr dort einzufinden. Goethes „Faust" mitbringen!

6. Unterbezirk

Sitzung der Kreisvorstandsmitglieder und Frauengruppenleiterinnen

Sonnabend den 2. September, abends 6 Uhr, im Restaurant Felsenkellerbrauerei, Dresden-Plauen (Haltestelle der Linie 22 oder Eisenbahnstation Plauen). Tagesordnung: 1. Beitragserhöhung. 2. Bericht der Zeitungskommission. 3. Wichtige Parteiangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen der Bezirksführer und Frauengruppenleiterinnen und der Delegierten zur Bezirkskonferenz ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und der am folgenden Tage stattfindenden Bezirkskonferenz dringend erwünscht.

Striesen 1. In der am 28. August in der Wartburgschänke abgehaltenen Frauenversammlung sprach die Genossin Ernestine Lutze über Wirtschaftsfragen. Sie erläuterte die Ursachen der jetzigen Teuerung und wirtschaftlichen Not. Nur die Sozialdemokratie könne hier Wandel schaffen. Deshalb sei es Pflicht der Proletarierfrauen, sich politisch zu organisieren und zu betätigen. Die bürgerliche Presse müsse aus dem Hause des Arbeiters und Beamten verschwinden, nur die Volkszeitung bringe den Genossinnen die im Interesse des Proletariats nötige Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Fragen. Alle Frauen müßten mitarbeiten für die sozialistischen Ziele, damit gäben sie auch ihren Kindern den größten Schatz auf den Lebensweg. Im Schlußwort gab Referentin noch einige Beispiele aus ihrer eigenen Entwicklung zum Sozialismus und aus ihrem Leben. Reicher Beifall bewies die Uebereinstimmung der Zuhörer mit ihr. — Genosse Sobiechotwiki unterstrich die Ausführungen der Genossin Lutze und wies besonders darauf hin, daß selbst manche Parteigenossen noch nicht Leser der Volkszeitung seien. Die Fürsorge und Wohlfahrtspflege sei ein dankbares Tätigkeitsgebiet für die Genossinnen und sollte mehr als bisher beachtet werden. Ferner regte er die Bildung einer eigenen Frauengruppe an. Es wurde demgemäß beschlossen. Mit einem Appell zu reger Teilnahme an den Parteiveranstaltungen schloß die Leiterin Genossin Ehlich die vielversprechende und starkbesuchte Versammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitsmarkt im Juli

Die Arbeitsmarktlage, wie sie sich in den Zahlenbildern der Statistik widerspiegelt, zeigte nach dem Reichsarbeitsblatt im Berichtsmonat im wesentlichen noch immer das Gepräge wie in den Vormonaten. Wie der Dollar steigt, steigt auch die Zahl der Beschäftigten, sinkt die Zahl der Arbeitslosen. Es ist aber kennzeichnend für die gegenwärtige Periode, daß die seit der Ermordung des Reichsaußenministers einsetzende beschleunigte Markentwertung nicht mehr in gleichem Maße den Beschäftigungsgrad hob, wie das bisher zu beobachten war. Die ungeheuerliche Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe zwingt viele Betriebe zu Einschränkungen, soweit sie nicht, wie z. B. die Textilindustrie, Lohnveredelungsaufträge des Auslandes übernehmen können. Wenn diese Entwicklung sich noch nicht stärker durchgesetzt hat, so deshalb, weil die Besorgnis vor weiterem In-die-Höhe-Schnellen der Preise die Verbraucher zu Deckungskäufen, die Hersteller zur Anspannung der Produktion bis zum äußersten Maße antreibt.

Die Krankenkassenstatistik zeigte im Juli eine gegenüber dem Vormonat etwas stärkere Zunahme der Versicherungspflichtigen, d. h. also der Beschäftigten.

Nach der Arbeitslosenstatistik der Arbeitnehmerorganisationen hat die Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat eine Zunahme nicht erfahren, sondern sich auf der bisherigen Höhe gehalten.

Die Statistik der aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten läßt in abgeschwächtem Maße sich fortsetzendes Abnehmen der Zahlen erkennen. Insgesamt wurden am 1. August 15 425 Vollerwerbslose unterstützt. Die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen belief sich auf 19 079.

Die Arbeitsnachweisstatistik hatte im Juli einen weiteren Rückgang der Inanspruchnahme vor allem seitens der Arbeitgeber zu verzeichnen, so daß in fast allen Berufsgruppen eine geringe Steigerung der Andrangsziffer eintrat.

Die Internationale der Postbeamten

Nach Beendigung des Internationalen Telegraphistenwettstreits in Berlin und des 3. Kongresses der J. P. T. T. (Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals) besuchte eine größere Zahl dieser Teilnehmer verschiedener Länder auch Dresden, u. a. weilten am 28. August italienische Beamte hier. Am 30. August kamen mittags etwa 100 dänische und schwedische Post- und Telegraphenbeamte in Dresden an. Ihnen konnten infolge ihres längeren Aufenthalts außer den Schönheiten Dresdens mit seiner Umgebung auch die schönsten Punkte der Sächsischen Schweiz gezeigt werden. Sie verließen Dresden am 25. August, abends, um in ihre nordische Heimat zurückzukehren. Die Vorarbeiten zum Besuch dieser ausländischen Beamten und die Führung während ihres hiesigen Aufenthalts hatten organisierte Dresdner Post- und Telegraphenbeamte übernommen. Daß die Gäste auch die große Not des deutsche Volkes erkannt hatten, bewies die mit Aufrichtigkeit und Wärme allgemein gegebene Versicherung, nach der Rückkehr in ihre Heimat aufklärend zu wirken und zur Linderung unsrer Nöte beitragen zu wollen.

Die Zuschußkasse der Metallarbeiter

Am Sonntag tagte im Dresdner Volkshaus eine Zentralsitzung der Filialverwaltungen des Bezirkes Dresden und Umgegend der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Kollege Henker gab als Abgeordneter einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Ansbach. Die Kasse hat die Kriegsjahre gut überstanden. Die Mitgliederzahl war von 157 000 im Jahre 1913 auf 117 000 Ende 1914 und 97 000 Ende 1917 zurückgegangen, ist jedoch bis zum Ende des 1. Vierteljahrs 1922 wieder auf 176 600 in über 1000 Filialen gestiegen. Der Rechnungsabschluß über das Jahr 1921 ergab, daß die Kasse 8 641 245 M. über die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage an Vermögen hat. Infolge der günstigen Vermögenslage hat die Generalversammlung verschiedene Verbesserungen beschlossen. Das Beitrittsgeld ist auf 5 M. festgesetzt worden. Vom 1. Oktober dieses Jahres an gelten folgende Wochenbeiträge: 1. Klasse 10 M., 2. Klasse 8 M., 3. Klasse 6 M., 4. Klasse 3 M. und 5. Klasse 1 M. Das Krankengeld ist vom 27,6fachen auf den 30fachen Betrag der Beiträge erhöht worden. An Sterbegeld wird nach einem Jahre Mitgliedschaft der 120-, nach 2 Jahren der 150-, nach 5 Jahren der 200-, nach 10 Jahren der 250- und nach 15 Jahren der 300fache Beitragssatz gezahlt. In der besonderen Sterbekasse, der auch die Frauen beitreten können, wurden entsprechend der Geldentwertung Klassen zu 3, 2 und 1 M. Monatsbeitrag und Sterbegeld bis zu 1500 M. eingeführt. In der anschließenden Aussprache ergänzten die andern Abgeordneten den Bericht. Die Arbeiten der Generalversammlung wurden von allen Anwesenden gutgeheißen.

Weltkongreß der Bäckereiarbeiter

Die Exekutive der internationalen Union der Lebens- und Genußmittelindustrie beruft zum 14. und 15. Oktober einen Weltkongreß der Bäckereiarbeiter nach Köln a. Rh. Der Kongreß wird sich in der Hauptsache mit dem gesetzlichen Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien beschäftigen. Bekanntlich stehen die organisierten Bäckereiarbeiter seit längerer Zeit in allen Ländern, wo die Nachtarbeit gesetzlich verboten ist, im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum, das bestrebt ist, die Nachtarbeit wieder einzuführen. Die Beteiligung an der Tagung wird nach den vorliegenden Berichten groß sein. Auch die Organisation der englischen Bäckereiarbeiter hat auf ihrem zwölften Jahreskongreß, der erst dieser Tage in Swansea stattfand, beschlossen, zwei Delegierte zum Weltkongreß abzuordnen.

Die Leipziger Buchdrucker haben durch Urabstimmung mit 2913 gegen 2790 Stimmen den Eintritt in den Streik, der Montag beginnen sollte abgelehnt.

Ausstände im Limbacher Bezirk. In Limbach stellten die Arbeiter von vier Betrieben der Veredelungsindustrie Lohnforderungen, die abgelehnt wurden. Darauf trat die Belegschaft dieser vier Betriebe am 26. August in den Streik. Eine von den Ausständigen für den 29. August einberufene Betriebsrätevollversammlung machte sich die Forderung der Streikenden zu eigen und beschloß, für den 30. August die Durchführung des Generalstreiks im Industriebezirk unter der Forderung 50prozentiger Erhöhung der Löhne für die beiden letzten Augustwochen und Berechnung des Lohnes vom 1. September ab in Goldwährung unter Zugrundelegung des Friedenslohnes.

Die Landarbeiterstreiks im Bautzener und Pirnaer Bezirk haben nunmehr auch auf den Löbauer Bezirk übergegriffen, wo auf den Rittergütern die Arbeiter sich im Ausstand befinden. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Ernte, die noch zu einem Drittel auf dem Halme steht, ist gefährdet. Verhandlungen sind angebahnt worden.

Zur Gehaltsbewegung der Reichsbeamten wird aus Berlin gemeldet: Im Reichsfinanzministerium werden in der nächsten Woche die Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Gewerkschaften über die Aufbesserung der Gehälter und Löhne wieder aufgenommen werden.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Bezirk Altstadt. Die Mitglieder des Bezirksausschusses werden gebeten, sich restlos an den Vorarbeiten für den Werbeabend in Kaitz zu beteiligen. Jeder Gruppenvertreter muß einige Genossinnen und Genossen aus seiner Gruppe mitbringen. Treffpunkt Sonnabend den 2. September, 4 Uhr, Bahnhof Strehlen.

Nächste Bezirksausschußsitzung Dienstag den 5. September, 7½ Uhr, Volkshaus, Zimmer 8.

Briefkasten

F. Sch., Siebenlehner Straße. Die leider unbestreitbare Tatsache, daß die unteren Beamten eine gegen die der höheren Angestellten viel zu geringe Teuerungszulage erhalten, haben wir mehr als einmal kritisiert. Auf Ihre Bemerkung, es gäbe jetzt viele Genossen, die sich statt Kinder einen Hund anschaffen, wollen wir lieber nicht antworten.

Wettervorhersage für den 2. September

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Fortbestand des unbeständigen Wetters mit zeitweisen Niederschlägen.

Wetterlage: Die umfangreiche Depression, die den größten Teil Europas bedeckt, ist etwas flacher geworden. Sie weist aber noch zahlreiche Teilbildungen auf, unter deren Einfluß das unbeständige Wetter anhalten wird. Anzeichen für eine durchgreifende Aenderung des Wetters in den nächsten Tagen sind nicht zu erkennen.

hervorragend bewährt bei
Togal — Gicht, Rheuma, Ischias — Grippe, Hexenschuß, Nervenschmerzen
Togal stillt die Schmerzen u. scheidet die Harnsäure aus. In allen Apotheken erhältlich. Best. 6,5% Acid. acet. salic., 0,66% Chinin, 12,6% Lithium, ad 100 Amylum. Ausführl. Broschüre gratis u. franko Fabrik Pharmacia, München 27.

Gesundheit und Wohlbefinden der Familienmitglieder sind abhängig von der Bereitung der Speisen. Man lerne deshalb auch den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel kennen, um aus dieser Kenntnis heraus den
Teigwaren
Makkaroni, Nudeln, Hörnchen
den ersten Platz einzuräumen!

Hühneraugen
werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl
Hornhaut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
Kein Herumschneiden, keine Hühneraugen mehr. — In Drogerien u. Apotheken. Man verlange ausdrücklich „Lebewohl"

Die Gesundheit des Schulkindes

Der Massenunterricht und die Erziehung in Massen haben ihre Vorzüge, selbstverständlich aber auch ihre minder angenehmen Seiten. Jede Anhäufung von Kindern, wo und wie sie sich auch immer vollziehen möge, hat ihre Bedenklichkeiten. Geschieht sie gar, wie das in der Schule der Fall ist, in geschlossenen Räumen und zum Zwecke der Arbeit, so ist die Möglichkeit von Schädigungen in erhöhtem Maße gegeben.

Nehmen wir zunächst das grob Körperliche vorweg, so ist die Infektionsgefahr die größte Sorge. Eine Reihe von ansteckenden Krankheiten ergreifen das Kind mit besonderer Vorliebe und breiten sich unter den noch nicht befallenen Kindern sehr schnell aus. Masern, Scharlach, Diphtherie sind typische Kinderkrankheiten, auch im Schulalter. Es kann daher nicht ausbleiben, daß von Zeit zu Zeit größere Epidemien entstehen, daß man sogar gelegentlich eine Klasse oder eine ganze Schule schließen muß. Nicht so offensichtlich, aber darum nicht minder beträchtlich ist die Gefahr der Tuberkulose. Jeder Lehrer, jeder Mitschüler, der an noch nicht erkannter Lungentuberkulose leidet, ist eine stete Gefahrenquelle.

Liegt im Wesen der Schule begründet, daß sie auf eine gewisse Zahl von Schülern einen minder günstigen Einfluß ausüben muß. Die Schule ist auf den Durchschnitt der Schüler eingestellt. Sie kann sich weder mit den reichbegabten noch mit den schlechtveranlagten ausdrücklich beschäftigen. Sie muß auch mit einem mittleren Maß von körperlichen und nervösen Kräften rechnen. Schwächliche, nervöse und minderbegabte Kinder werden darum unter den Anforderungen der Schule unvermeidlich leiden müssen und das um so mehr, je weniger ihre Eigenart erkannt und je weniger darauf Rücksicht genommen wird. Namentlich bei den nervösschwächlichen Kindern kann es zu unangenehmen Erscheinungen kommen. Schon morgens, noch vor dem Schulgang befällt sie die Unrast. Das Frühstück wird nur flüchtig und ohne Appetit genommen. Manche Kinder frühstücken zwar, erbrechen aber vor Erregung kurz danach. Der Unterricht in der Schule selbst ermüdet sie verhältnismäßig stark; blaß und matt kommen sie aus der Schule zurück. Die Eßlust ist wieder eingeschränkt, und so kommt es, daß im Verlaufe eines Viertel- oder halben Jahres ununterbrochenen Schulunterrichtes die Kinder schon allein durch ihre mangelnde Eßlust stark geschädigt werden. Mit dem Beginn der Ferien erfolgt ein vollständiger Umschlag. Die Last der Schulsorgen ist von ihnen genommen, sie sind nun wieder muntere und fröhliche Kinder und können auch schnell wieder aufblühen.

In der Tat werden aber nur die minderstarken Schulkinder ungünstig beeinflußt. Damit erledigt sich auch die so oft und ganz allgemein diskutierte Frage, ob die Belastung für die Kinder in der Schule zu groß sei. Für den normalen Typ ist sie es sicher nicht. Tatsächlich hat ja die Entwicklung des modernen Lebens mit seinen gesteigerten Anforderungen, mit seiner großen Verfeinerung zunächst dahin geführt, daß eine große Zahl von minder widerstandsfähigen Menschen entstanden ist. Die früheren Anforderungen der Schulen sind für diese Schüler zu hoch, und die Reaktion in Gestalt von Reformplänen mußte kommen. Es ist aber gut, sich darüber klar zu sein, daß es sich weniger um ein Versagen der Schule, wie um ein Versagen der Schüler handelt. Jede Zeit muß ihre Schule haben, und für unsre Zeit brauchen wir eine Schule, die den nervösen, empfindlichen und schwächlichen, dafür aber oft hochbegabten Kindern in erhöhtem Maße Rechnung trägt.

Bei den bisherigen Ausführungen hatten wir im wesentlichen die höheren Schulen im Auge. In den Volksschulen ist die Belastung durch das Unterrichtsmaterial nicht zu befürchten. Um so wichtiger ist es, daß die Volksschulen sich der nicht kleinen Zahl von Kindern entledigen, die den Unterricht durch körperliche und geistige Gebrechen hindern. Bei Wohlhabenden werden diese Kinder durch Privatunterricht gefördert. Für die große Masse der Bevölkerung ist das natürlich nicht möglich. Für sie müssen besondere Abteilungen eingerichtet werden, wie sie in Gestalt von Hilfsklassen, Hilfsschulen in allen Großstädten bestehen. Für die Volksschulen wird im Sinne der Gesundheitsförderung die Entwicklung dahin gehen müssen, daß sie sich neben dem Unterricht der körperlichen und geistigen Erziehung noch stärker annimmt wie bisher. Das Familienleben liegt heute durch Wohnungsnot, durch die angespannte Arbeitskraft aller Erwachsenen so danieder, daß dem Kinde in der Häuslichkeit vielfach nicht mehr Genüge geschehen kann. Selbst die Ernährung ist oft im qualitativen und quantitativen Sinne unzureichend. Schulspeisungen, die man schon vor dem Kriege da und dort begonnen hatte, und die durch die Quäkerspeisungen gefördert worden sind, werden voraussichtlich noch weiter ausgebaut werden müssen.

Für die schwächeren Kinder wird systematisch dafür gesorgt werden müssen, daß sie den Schäden des Großstadtlebens entzogen werden. Das Wohnen in Mietskasernen mit all seinen körperlichen und moralischen Schädigungen muß bekämpft werden durch Rückführung zur Natur. Die schon heute bestehenden Waldschulen sind nur für einen winzigen Prozentsatz vorhanden. Der großen Masse muß wenigstens Gelegenheit gegeben werden, durch Spiel im Freien, durch Luft- und Sonnenbäder, durch Wanderungen und dergleichen mehr mit der Natur in Berührung zu kommen.

Die hygienische Seite des Schullebens ist in den letzten Jahrzehnten ganz erheblich dadurch gefördert worden, daß man Schulärzte angestellt hat. Der Schularzt soll die Kinder gesundheitlich überwachen, d. h. zusehen, daß bei den Schulanfängern sich keine allzu kranken und schwächlichen befinden und soll sich laufend von dem Gesundheitszustand der Kinder überzeugen. Diejenigen, die behandlungsbedürftig befunden werden, sollen durch Vermittlung ihrer Eltern auch wirklich der Behandlung zugeführt werden. Es ist offensichtlich, daß hiermit nur der Anfang einer Verpflichtung erfüllt wird, der der Oeffentlichkeit obliegt. Die allgemeine Schulpflicht ist eine Verpflichtung der Bevölkerung. Ihr gegenüber steht die Verpflichtung der Behörde, den Unterricht so zu gestalten, daß er nicht nur jede mögliche Schädigung ausschließt, sondern darüber hinaus eine wirkliche Förderung nicht nur für das Wissen, sondern für das gesamte Leben des Kindes bedeutet. Von der Erkenntnis dieser Pflicht sind wir noch weit entfernt. Auch die Elternbeiräte, die jetzt geschaffen worden sind, und die zweifellos eine große Bedeutung gewinnen können und sollen, haben sich dieser Frage noch gar nicht angenommen. Die Einrichtung der Schule ist im Bewußtsein der Bevölkerung so verankert, daß gewisse Schäden als unbedingte Notwendigkeit einfach in den Kauf genommen werden. Sie werden aber ausgeglichen werden können, wenn die Schule in stärkstem Maße für das körperliche Wohl und die kräftige und gesunde Entwicklung der ihr anvertrauten Schüler eintritt, ihnen solche Werte übermittelt, die das Elternhaus nicht geben kann. Darüber hinaus soll und muß die Schule auf die Eltern erzieherisch rückwirken, in dem Sinne, daß die häusliche Erziehung, die häusliche Lebensweise so orientiert wird, wie es die heutigen Lebensbedingungen erforderlich machen.

Prof. Dr. med. St. Engel.

Zu früh oder zu spät?

Zur Frage der sozialistischen Einigung

In der Freiheit hatte vor einigen Tagen Dr. Kurt Rosenfeld über die Einigung der beiden sozialistischen Parteien in dem Sinne geschrieben, daß der Zeitpunkt jetzt noch nicht gekommen sei. Darauf erwidert am Sonntag die Redaktion der Freiheit:

In breiten Schichten des sozialistischen Proletariats aller Richtungen urteilt man über diese Frage entgegengesetzt wie der Genosse Rosenfeld. Man ist sich auf Grund bitterer Erfahrungen darüber klar geworden, daß die Zersplitterung und gegenseitige Befehdung eine der Hauptursachen der Ohnmacht des Proletariats ist. Nicht zu früh, sondern eher zu spät kommt diesen Genossen die Einigung, wenn sie jetzt erfolgt. Es ist auch nicht so, als wenn die Einigungsfrage im Anschluß an die Aktionen anläßlich des Rathenau-Mordes plötzlich unvermittelt aufgetaucht sei und jetzt verwirklicht werden soll, ohne daß sie im Proletariat genügend diskutiert worden wäre. Man kann im Gegenteil behaupten, daß in den letzten Jahren keine Frage so stark diskutiert worden ist als die Einigungsfrage.

Wenn das Proletariat später einmal die seit der Revolution bis jetzt verflossene Zeit kritisch würdigen wird, so wird es vielleicht als einen der schwersten Fehler dieser Zeit feststellen, daß die proletarische Einigung nicht erfolgte, daß der historische Augenblick für die Einigung der Ausbruch der Revolution war und daß man damals nicht nur gemeinsam Regierungen und Arbeiter- und Soldatenräte hätte bilden, sondern vor allem die einheitliche politische Organisation des sozialistischen Proletariats hätte wiederherstellen müssen. Der Drang breiter proletarischer Massen ging damals zweifellos nach dieser Richtung. Der Glaube an die hinreißende und aufbauende Kraft zündender Parolen einerseits, die Anlehnung an die Mächte des alten Regimes anderseits verhinderte in jener ersten Revolutionszeit die Durchführung dieses instinktiv von den Massen richtig erfaßten Gedankens.

Aber jedesmal, wenn seitdem die Bedrohung der Errungenschaften der Revolution und des proletarischen Emanzipationskampfes durch die Reaktion besonders bedenkliche Form annahm, lebte der Gedanke der Einigung wieder elementar auf. So in den Januartagen 1919, beim Kapp-Putsch 1920, beim Erzberger-Mord 1921 und nun nach dem Rathenau-Mord 1922. Die Abwehr der Reaktion hat die Arbeiter der sozialistischen Parteien jedesmal zu gemeinsamen Aktionen zusammengeführt und die gemeinsame Aktion hat dann immer den Wunsch hervorgerufen, das Zusammenarbeiten zu einem dauernden zu gestalten, die politischen Kampforganisationen zu verschmelzen.

Der Artikel der Freiheit führt dann weiter aus, daß die Verschmelzung der beiden Parteien wahrscheinlich schon nach dem Erzberger-Mord Tatsache geworden wäre, wenn nicht der Görlitzer Parteitag durch den Beschluß zur Koalitionspolitik eine neue Scheidewand errichtet hätte. Der Rathenau-Mord aber habe dazu geführt, daß die Fäden dort wieder angeknüpft wurden, wo sie damals gerissen waren. Der Artikel schließt mit den Worten: „Der Druck der wirtschaftlichen Not, der außenpolitischen Gefahr und der reaktionären Gefahr im Innern schweißen die Proletarier „jetzt" zusammen zu gemeinsamem Kampfe um ihre Lebensinteressen und deshalb ist es auch dringend notwendig, die Einigung des Proletariats „jetzt" durchzuführen und nicht zu warten bis zu einem Zeitpunkt, den die Geschichte einst als „zu spät" bezeichnen könnte.

Sport • Spiel • Körperpflege

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. Wanderungen am 3. Sept. Vorabendtour: Winterstein, Pohlshorn, Schmilka. Abf. 2. Sept. 7,38 nach Schmilka. — Tagestour: Schandau, Kohlbornstein, Zschirnstein, Naturfreundehaus. Abf. 6,10 Uhr nach Schandau. — Tagestour: Jagdwege, Hohe Brücken, Dittersbacher Höhe, Liebethaler Grund, Pirna. Abf. 5,36 Uhr Postplatz nach Pillnitz, Linie 18. — Nachm.: Vogelgrund, Triebenberg, Reitzendorfer Mühle. Abm. 1 Uhr Laubegast, Endstation Linie 19. — 5. Sept. Sitzung der Ortsgruppenleitung, 7 Uhr im Volkshaus. — Dresden-Neustadt: 2. Sept. Abendwanderung in die Heide. Abm. 7 Uhr Exerzierhalle Alaunplatz. — Sektion für Naturkunde: Ins Moritzburger Teichgebiet. Abm. 7 Uhr Wilder Mann. — Kletterfektion: Niedergrund, Abf. am 2. Sept. 4,40 Uhr, Uebernachtung Hütte. — Volkstanzgruppe: 5. Sept. Uebungsabend, 7 Uhr im Lokal. — Hausausschuß: 5. Sept., 7 Uhr, Sitzung bei Finke, Am Queckbrunnen. — Jugendabteilung: 3. Sept. Gründungsfeier. Schnitzeljagd ohne Papier in den Friedewald zum Eigenteich; dort Picknick mit Ueberraschungen. Bei eintretender Dunkelheit Rückmarsch mit Fackeln. Abm. 5,30 Uhr Neust. Bhf. — Borsdorf u. U. 5. Sept. Besuch der Ortsgruppe Lößnitzortschaften. 7½ Uhr Elfolds Teiche. — Jugendabteilung: Wanderung mit der Partei. — Briesnitz-Cossebaude. Badetour Waldteiche. 6 Uhr Kemnitzer Fähre. — Jugendabteilung: Tagestour Erzgebirge. — Loschwitz: 2. bis 3. Sept. Arbeitsdienst auf den Königsteiner Hütten. Abf. am 2. Sept. 4,40 Uhr Hpbhf. — Dorfhain-Klingenberg: 2. und 3. Sept. zum Werbetag der Gruppe Freiberg. Abf. am 2. Sept. nachm. 5,37 Uhr von Klingenberg-Colmnitz. Stellen 4½ Uhr Dorfhainer Höhe. — Lößnitzortschaften: abends 8 Uhr Zusammenkunft mit Gruppe Borsdorf. — Bannewitz u. U. Badetour Brettmühlenteich. 5 Uhr Gasthof. — Jugendabteilung: ebenso. — Schmiedeberg: 2. u. 3. Sept. zum Werbetag nach Freiberg. Abm. 1½ Uhr Vereinslokal. 5. Sept. Monatsversammlung, 7½ Uhr Vereinslokal. — Rabenau-Delsa: Tagestour mit Vorabend nach Sebnitz und Tanzplan. Abm. 2. Sept. nachm. 3½ Uhr vom Sängerheim. Abf. 4,18 Uhr, Hainsberg nach Sebnitz. — Radeberg: Pilztour, Landwehrgraben, Naundorf. 4 Uhr Lindenhof. 4. Sept. Verwaltungssitzung beim Genossen Bierdel.

3. Bezirk. 3. Sept. Ortsgr. Pirna-Copitz: Tagestour Sattelberg. Abf. 8,06 nach Gottleuba. Führer E. Liebsch. Halbtagstour Pillnitz, Führung durch Schloß und Garten. Abm. 1½ Uhr Copitzer, Gasometer. Führer P. Karsch. — 3. Sept. Jugendabteilung: 3. Gründungsfeier auf dem Borsberg. Abm. früh 7 Uhr Copitzer Bhf. — 2. Sept. Bez.-Gr. Königstein: Tages- mit Vortour Geising-Altenberg. Führer K. Bayer. — 3. Sept. W.-Kl. Frei Weg: Tagestour Schrammsteine. Abf. 4,52 früh. Führer A. Gehra. — 3. Sept. N.-G. Frohsinn: Halbtagstour Großsedlitzer Garten. Abm. früh 6 Uhr Lohmtorg. — 3. Sept. Ortsgr. Heidenau: Tagestour Tharandter Wald, Serrenteich. Abf. Heiden. Bhf. nach Edle Krone, früh 5,14 Uhr. Führer Winkler.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Dresden-A. (Abt. Plauen). 3. Sept. Nachmittagswanderung nach Tharandt. 2 Uhr Plauenscher Bahnhof. 10. Sept. Tagestour fällt aus. Früh 7 Uhr Platzbau. — 1. Gruppe. 2. September, 5½ Uhr, in Löbtau, Herbertstraße, Lehrstunde für Turnerinnen. — 4. Gruppe. 3. Sept. Kreiskinderturnen auf dem Sportplatz in Possendorf. 1½ Uhr. — Possendorf-Wilmsdorf. 1. Sept. nach dem Turnen Versammlung. Liederbücher mitbringen. — Hänichen. 2. Sept. Versammlung, anschließend Geselliges Beisammensein. — Cunnersdorf. 1. Sept., abends 8½ Uhr, Versammlung bei Richter. — Briesnitz-Cotta. 6. Sept. Technische Kommission in der Schutzhütte, 7 Uhr.

Fußballsport.

Sportplatz Saalhausener Straße: 2. September, 5 Uhr, Löbtau (Alte Herren)—Potschappel (Alte Herren). Sportverein von 1901: 2. September: Versammlung im Restaurant Gollau, Pfotenhauerstraße 72. Neustadt: 1. September, 7 Uhr: Versammlung bei Wendler. 2. September, 6½ Uhr: Herbstfest in der Reichskrone. 9. Turnbezirk, 2. Gruppe: 6. September, 7 Uhr, Gruppensitzung. Restaurant Eiche, Deuben, Poisentalstraße 15. Alle Vereinsvertreter erscheinen. Niederseditz. 3. September: Sportfest auf dem Platze am Wiesenweg; vormittags 7½ Uhr: 3000-Meter-Staffette; 8½ Uhr: Niederseditz 8—Zschachwitz 5; 10 Uhr: Niederseditz 2—Leuben 4; 1 Uhr: Festzug (Stellen an der Wartburg); 2 bis 4 Uhr: Volkstümliches Turnen; 4 Uhr: Niederseditz 1—Leuben 2; 5½ Uhr: Niederseditz 1 Jgd.—Lockwitz 1 Jgd.; 7 Uhr: Kommers im Restaurant Wartburg. Dresdner Sportverein 1910: 2. September Vollversammlung im Bärensteiner Hof.

F.K.D. 3. Sept. Heidewanderung nach Radeberg zum Gruppenfest. Daselbst Stellen einer Musterriege am Reck. Kleidung: kurze, weiße Hose, lange, schwarze Strümpfe. Treffen 7,30 Uhr vormittags am Garnisonlazarett.

Resultate. Trommelball: Cotta 1 — Striesen 1 111:73. Friedrichstadt 1 — Plauen 1 57:58. Schlagball: Friedrichstadt 1 — Striesen 1b 82:26. Pieschen 1. J. — Friedrichstadt 1. J. 48:60. Friedrichstadt 2. J. — Fortschritt 1. J. 25:55. Raffball: Friedrichstadt 2 — Kaditz 3 3:2. Schlagball: Zum Sportfest in Gorbitz spielen Friedrichstadt 1 — Wacker 1, Görlitz. Faustball (Turnerinnen): Cotta 1 — Cotta 2 57:14. Pieschen 1 — Cotta 2 31:15. Pieschen 1 — Cotta 1 48:69. Raffball (Turnerinnen): Pieschen 1 — Cotta 1 1:0. Schlagball (Jugend): Pieschen — Friedrichstadt 48:60. Faustball (Jugend): Rippien 1 — Pieschen 1 59:32. Rippien 1 — Welschhufe 1 53:42.

Raffball: 3. September treffen sich auf dem Erfurter Platz, 3 Uhr, Pieschen 1 — Markkleeberg 1 (Leipzig). Vorher Spiele der 2. Mannschaften und Turnerinnen.

Fußballsport. 3. Sept., 4 Uhr, Wilschdorf 1 — Leipziger Sportfreunde 3 auf dem Sportplatze zu Klotzsche an der Waldschenke. — Sportfreunde Kaditz. 2. Sept. Versammlung im Feldschlößchen, 7 Uhr für Jugend-, 8 Uhr für Altersmannschaften. Zuschriften und Spielforderungen sind an Friedrich Gerlach, Dresden-N. 30, Herbststr. 19, zu senden.

Arbeiter-Samariter-Kolonne (Bez. Striesen). 2. Sept. Wanderung. Treffpunkt abends 7 Uhr Schillerplatz, Loschwitz. — Lößnitzortschaften. 4. Sept., abends 7½ Uhr, in der Scharfen Ecke, Radebeul. Gründungsversammlung, zu der die organisierten Arbeiter eingeladen sind.

Volksgesundheit (Dresden-Ost). 3. Sept. Priesnitzwanderung (ohne Einkehr). Treffen 1 Uhr, Abmarsch 1½ Uhr, Ueberfähre bei Antons (Vogelwiese). Führer Helmert.

Kreisvorstandsmitglieder und Gruppenleiter des 5. Unterbezirks

Aktionskomitee:

Otto Lützner, Kreisvorsitzender, Strehlener Straße 36, part.,
Johann Thieme, Stellvertreter, Wettinerplatz 10, 4. Etage,
Max Weichold, Kreiskassierer, Grüne Straße 28 und Wettinerplatz 10, Telephon: 25 261,
William Matz, Schriftführer, Gerokstraße 57, Volksbuchhandlung, Telephon: 34 712.

Gruppe 1; Innere Altstadt:
Siegfr. Jungnitsch, Vors., Kl. Plauensche Gasse 11, Hh., 1.
Franz Wienholz, Stellvertr., Kleine Kirchgasse 4, part.,
Hermann Köhler, Kassierer, Scheffelstraße 21, 4. Etage.

Gruppe 2; Johannstadt-Süd:
Alwin Pötzsch, Vors., Lortzingstraße 8, 4. Etage.,
Max Walther, Stellvertr., Reißigerstraße 67, 4. Etage,
Max Tiesler, Kassierer, Lortzingstraße 25, 4. Etage.

Gruppe 3; Pirnaische Vorstadt:
Wilhelm Lux, Vors., Stephanienstraße 30, 1. Etage,
Gustav Wünsch, Stellvertr. u. Kassierer, Zirkusstr. 17, 4. Etg.

Gruppe 4; Wilsdruffer Vorstadt:
Richard Langmaak, Vors., Polierstraße 15, Hh., 2. Etage,
Otto Scheinpflug, Stellvertr., Ammonstraße 43, 3. Etage.

Gruppe 5; Altstadt-Friedrichstadt:
Georg Uhlig, Vors., Wölfnitzstraße 10, 2. Etage,
Walter Sünderhauf, Kassierer, Vorwerkstraße 18, 2.

Gruppe 6; Südvorstadt:
Eduard Jahreis, Vors., Gutzkowstraße 10, 4. Etage,
Walter Brückner, Stellvertr., Uhlandstraße 36, Hh.

Gruppe 7; Johannstadt-Nord:
Paul Jakobs, Vors., Gneisenaustraße 11, 4. Etage.,
Kurt Mathé, Stellvertr., Pfotenhauerstraße 77, 2. Etage,
Emil Uhlemann, Kassierer, Hertelstraße 7, 4. Etage.

Gruppe 8; Zwickauer Vorstadt:
Heinrich Schnettler, Vors., Zwickauer Straße 34,
Max Schütze, Kassierer, Zwickauer Straße 67, 4. Etage.

Frauenorganisation:
Frau Klara Pietzsch, Holbeinplatz 7, 4. Etage.

Zeitungskommission:
Frau Dr. Margarete Stegmann, Sidonienstraße 18, 1. Etg.,
Otto Lützner, Strehlener Straße 36, part.,
Kurt Mathé, Pfotenhauerstraße 77, 2. Etage.

Bei den vorstehenden Adressen können alle die Partei oder die Zeitung betreffenden Angelegenheiten angebracht werden.

Die französischen Interessen im Rheinland nach einer französischen Karte.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Wochmann; für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Edgar Hahnewald, sämtlich in Dresden; für den 8. Kreis und Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für den Inseratenteil: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Warum benützen so viele Tausende Odol?

Nicht allein der Gewohnheit wegen und auch nicht der handlichen Form wegen, in der es sich darbietet, sondern weil Odol das persönliche Wohlbefinden entschieden hebt. Odol übt eine mild desinfizierende Wirkung aus, welche stundenlang anhält und somit die Bildung von Krankheitserregern, Fäulnis- und Gärungsstoffen im Munde hemmt. Außerdem besitzt Odol einen köstlichen Geschmack.

p1403

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220901/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG